

Stenographisches Protokoll

44. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 9. November 1960

Tagesordnung

1. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961
2. Satzungen des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut
3. Abkommen über die Gründung der „Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale
4. Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 1686)
Entschuldigungen (S. 1686)

Bundesregierung

Zuschriften des Bundeskanzlers Ing. Raab:
Betrachtung des Vizekanzlers Dr. Pittermann mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky (S. 1686)
Betrachtung des Bundesministers für Landesverteidigung Graf mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Hartmann (S. 1686)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 103 bis 106 (S. 1730)

Regierungsvorlagen

- 282: Schaumweinsteuergesetz 1960 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1686)
283: Mineralölsteuernovelle 1960 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1686)
284: Schulbautenfondsgesetz — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1686)
285: Abänderung des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1954 über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1686)
286: Beförderungssteuergesetz-Novelle 1960 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1686)
287: Wertzuwachssteuergesetz — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1686)

Verhandlungen

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961 (281 d. B.)
Erste Lesung
Redner: Uhlir (S. 1687), Dr. Maleta (S. 1691), Dr. Gredler (S. 1702), Dr. Migsch (S. 1715) und Dr. Walther Weißmann (S. 1721)

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 1727)

Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (266 d. B.): Satzungen des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut (276 d. B.)

Berichterstatlerin: Lola Solar (S. 1727)

Genehmigung (S. 1728)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (265 d. B.): Abkommen über die Gründung der „Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (278 d. B.)

Berichterstatler: Matejcek (S. 1728)

Genehmigung (S. 1729)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959 (279 d. B.)

Berichterstatler: Populorum (S. 1729)

Kenntnisnahme (S. 1730)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Pius Fink, Uhlir, Grete Rehor, Wilhelmine Moik, Kulhanek, Rosa Weber, Dr. Hurdes, Anna Czerny, Kranebitter, Marie Emhart, Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß, Leisser und Genossen, betreffend Verbesserung und Ergänzung der Beihilfen aus dem Familienlastenausgleichsfonds (103/A)

Wilhelmine Moik, Grete Rehor, Rosa Weber, Dipl.-Ing. Pius Fink, Marie Emhart, Machunze, Anna Czerny, Kulhanek und Genossen, betreffend eine Änderung des Mutterschutzgesetzes (104/A)

Wilhelmine Moik, Grete Rehor, Rosa Weber, Anna Czerny, Marie Emhart und Genossen, betreffend Änderung des Landarbeitsgesetzes (105/A)

Wilhelmine Moik, Grete Rehor, Rosa Weber, Dipl.-Ing. Pius Fink, Marie Emhart, Machunze, Anna Czerny, Kulhanek und Genossen, betreffend Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (106/A)

Dr. Schwer, Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß, Vollmann, Dr. Walther Weißmann, Doktor Piffl-Perčević, Hermann Gruber und Genossen, betreffend Abänderung des Bundesstraßengesetzes (107/A)

Dr. Gredler, Dr. van Tongel und Genossen, betreffend Novellierung des Kriegs- und Verfolgungsschädens- sowie des Besatzungsschädengesetzes (108/A)

1686

Nationalrat IX. GP. — 44. Sitzung — 9. November 1960

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kos, Dr. van Tongel und Genossen an den Vizekanzler als Leiter der Sektion IV des Bundeskanzleramtes, betreffend Vorgänge in der Österreichische Stickstoffwerke-AG. in Linz (158/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,

betreffend Fälschungen in der Wiener Innung anlässlich der Auszahlungen von Meister-Unterstützungen (159/J)

Dr. Walther Weißmann, Dr. Hetzenauer, Sebinger, Mittendorfer und Genossen an den Vizekanzler, betreffend Millionenprovisionen durch die verstaatlichte Österreichische Stickstoffwerke-AG. (160/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Zweiter Präsident **Olah**,
Dritter Präsident Dr. **Gorbach**.

Präsident **Olah**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 42. Sitzung vom 7. November 1960 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Herren Bundesminister Dr. Bock und Graf sowie der Herr Abgeordnete Dr. Reisetbauer.

Entschuldigt haben sich die Herren Abgeordneten Jonas, Czernetz, Strasser, Benya, Altenburger, Soronics, Dipl.-Ing. Strobl, ferner Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl, Bundeskanzler Ing. Raab und Bundesminister Dr. Kreisky.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Zeillinger, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Zeillinger**:

„An Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschluß vom 5. November 1960, Zl. 9779/60, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Bruno Kreisky Vizekanzler DDr. Bruno Pittermann mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnissnahme Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

„An Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschluß vom 5. November 1960, Zl. 9780/60, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Eduard Hartmann den Bundesminister für Landesverteidigung Ferdinand Graf mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnissnahme Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

Präsident **Olah**: Dient dem Hohen Haus zur Kenntnis.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer **Zeillinger**: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Schaumweinsteuer (Schaumweinsteuergesetz 1960 — SchwStG. 1960) (282 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Mineralölsteuergesetz 1959 geändert und die Erhebung des Zuschlages zur Mineralölsteuer neu geregelt wird (Mineralölsteuernovelle 1960) (283 der Beilagen);

Bundesgesetz, womit ein Fonds zur Finanzierung von Schulbauten geschaffen wird (Schulbautenfondsgesetz) (284 der Beilagen);

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 6. Juli 1954 über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes, BGBl. Nr. 149, abgeändert wird (285 der Beilagen);

Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Beförderungssteuergesetzes 1953 abgeändert werden (Beförderungssteuergesetz-Novelle 1960) (286 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend die Erhebung einer Steuer vom Wertzuwachs bei inländischen Grundstücken (Wertzuwachssteuergesetz) (287 der Beilagen).

Sämtliche Regierungsvorlagen werden dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961 (281 der Beilagen)

Präsident **Olah**: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zu Punkt 1: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist als erster Redner der Herr Abgeordnete Uhlir. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Uhlir**: Hohes Haus! Einstweilen bin ich als einziger Redner in dieser Generaldebatte gemeldet. Offenbar ist es so, daß man abwartet, bis einer in dieser Diskussion den Anfang macht. (*Abg. Dr. Maleta: Keine Aufregung! — Abg. Zeillinger: Wir sind neugierig, was er zur Verfassung zu sagen hat!*)

Hohes Haus! Jahr für Jahr erhitzen sich bei der Aufstellung des Budgets die Gemüter. Die Debatte und vor allem die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag gibt Gelegenheit, zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten der Vergangenheit Stellung zu nehmen. Durch zahlenmäßige Festlegung der Einnahmen und Ausgaben wird der Rahmen der zukünftigen Staatspolitik festgelegt.

Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, über den Zeitraum eines Jahres hinaus gemeinsam den Weg zu bahnen, den unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuschlagen hat.

Der Voranschlag 1961 hat für uns sehr große Bedeutung, weil es durch ihn ermöglicht wird, sozialversicherungsrechtliche Leistungen und familienpolitische Maßnahmen zu planen und im kommenden Jahr schon teilweise einer Erfüllung zuzuführen; Maßnahmen und Forderungen, die in immer drängenderer Form an alle Abgeordneten des Hauses, gleichgültig welcher politischen Partei sie angehören, herangetragen wurden.

Erlauben Sie mir, daß ich zu einigen wenigen Fragen, die in der Öffentlichkeit und auch gestern in der Debatte über die Regierungserklärung aufgeworfen wurden, Stellung nehme.

Die Rentenreform, über deren wesentliche Grundzüge sich die beiden Regierungsparteien geeinigt haben, stellt einen der größten sozialpolitischen Fortschritte dar. Versuchen wir nicht, uns diesen Erfolg, wenn wir die entsprechenden Gesetze unter Dach und Fach gebracht haben werden, zu vergällen, sondern seien wir dann miteinander auf das Erreichte stolz! Zur Verwirklichung der Rentenreform haben sich beide Parteien darüber geeinigt, daß sie Opfer bringen müssen. Wir werden die den arbeitenden Menschen aufgebürdeten Belastungen diesen gegenüber vertreten — tun Sie das in Ihrem Kreise mit derselben Konsequenz! Wenn wir uns nach hartem Ringen, das, wie schon dargestellt, manchmal dramatische Formen angenommen hat, geeinigt haben, dann werden wir uns doch jetzt nicht gegenseitig Vorwürfe machen, daß wir uns geeinigt haben.

Eines ist wohl Tatsache: Hören wir in die Bevölkerung hinaus, so können wir feststellen, daß kein sozialpolitisches Gesetz in der Vergangenheit draußen ein so starkes Echo ge-

funden hat wie die Rentenreform. Und ich glaube: Wenn der Kalif unter die Bevölkerung geht und die Meinung der Bevölkerung hört, wird er das gleiche feststellen können.

Aber begeben wir uns einen Augenblick aus der realpolitischen Welt in die gestern so sehr beliebt gewesene Welt des Märchens. Das Märchen vom Kalifen, der den Ehrgeiz hatte, Wohltätigkeit gegenüber den Armen und Brethaftern in nie dagewesenem Umfang zu üben und der Paläste für die Armen, die es damals gar nicht gab, baute und die Reichen durch Steuerdruck unbarmherzig auspreßte, sodaß die Reichen zu Bettlern wurden, wäre von Ihnen, Herr Präsident Gorbach — er ist leider nicht hier —, besser nicht angeführt worden. (*Abg. Probst: Er ist im Kalifat! — Abg. Dr. Maleta: Er wird es noch rechtzeitig hören!*) Wenn sich Kalifen, wie ich schon sagte — und ich glaube, der Herr Präsident hat sich selbst als Pascha bezeichnet (*Abg. Prinke: Das ist wieder Phantasie! — Abg. Mark: Nein, das hat er gesagt!*) —, unter die Bevölkerung mischten, würden sie hören, wie das Volk darüber denkt. (*Abg. Dr. Pittermann: Auch keine Schande!*) Es gibt heute noch Arme und Bedürftige, und man kann die Rentenversorgung, so fortschrittlich sie auch ist, wahrhaftig mit den Prachtbauten des Märchens nicht vergleichen. Ich glaube, man darf es nicht tun. Ich fasse es auch nur als eine Warnung auf, bei der mit den besten Absichten entwickelten Sozialpolitik den Boden der Realität nicht zu verlassen.

Haben wir aber, sehr verehrte Damen und Herren, den Boden der Realität tatsächlich verlassen? Gestatten Sie mir, daß ich auf einige Zahlen verweise, die uns hier ein klares und deutliches Bild über den Umfang der sozialpolitischen Maßnahmen in den abgelaufenen Jahren geben. Ich habe versucht, das Verhältnis zwischen den gesamten Budgetaufwendungen, den Staatsaufwendungen und den Aufgaben für soziale Verwaltung festzustellen und habe das prozentuelle Verhältnis vom Jahre 1950 bis zum Jahre 1961 berechnet. Da kommen wir zu einem ganz eigentümlichen Bild. Im Jahre 1950 machten die Ausgaben für soziale Verwaltung 12 Prozent des Gesamtbudgets aus, 1951 waren es 11·4 Prozent, 1952 11·7 Prozent, 1953 10·1 Prozent, 1954 12·5 Prozent, 1955 10·6 Prozent — und nunmehr sinkt der Prozentsatz vehement ab: 1956 8 Prozent, 1957 6·5 Prozent, 1958 7·3 Prozent, 1959 7·6 Prozent, 1960 7·4 Prozent und 1961 10·1 Prozent.

Wenn wir also die ganze Rentenreform erfüllt haben werden, werden wir noch immer nicht an jenen Prozentsatz herankommen, der im Durchschnitt in den Jahren 1950 bis 1954 gegeben wurde. Bauen wir also

Paläste, wenn von 470.000 Rentnern der Arbeiterpensionsversicherungsanstalt 200.000 mit einem Betrag von 680 S monatlich leben müssen? Haben wir damit unsere Aufgaben gegenüber dieser großen Anzahl von Personen erfüllt? Und das sind Menschen, die gerade in den vergangenen Jahrzehnten ihre ganze Arbeitskraft hergegeben haben, um diesen österreichischen Staat zweimal aus wirtschaftlichem Tiefstand herauszuholen und emporzuführen. Kann das der Dank der Allgemeinheit für vierzig- und fünfzigjährige Tätigkeit sein?

Wir machen aus dem Wohlfahrtsstaat einen Versorgungsstaat, heißt es, und der Herr Präsident Gorbach hat gestern einige Sätze aus dem Buch „Das große Unbehagen“ des sozialistischen Abgeordneten Klenner zitiert. Es ist immer wieder so, daß man natürlich aus einem Werk — die Arbeit unseres Freundes ist eine sozialpolitische Betrachtung der gegebenen Verhältnisse — einen Satz herausgreifen und damit den gegenteiligen Inhalt oder Sinn dieses Werkes beweisen kann. Wenn man aber in diesem Buch weiterliest und nicht bei einem Satz stehenbleibt, dann wird man zu einem ganz anderen Sinn und Inhalt dieses Buches gelangen können. Der Herr Abgeordnete Gorbach hat gestern aus diesem Buch zitiert: „Zugleich begünstigt aber eine solche Einstellung“ — das ist die Einstellung dem Staat gegenüber, daß die Verantwortung nicht allzu groß sein soll, um hier Leistungen vom Staat zu erhalten — „eine wachsende Staatsverdrossenheit, da die sozialen Ansprüche nie voll befriedigt werden können, während die Steuer- und Sozialabgaben steigen.“ Man hätte nur eine Seite umzu- blättern brauchen, um einen Absatz zu lesen, der den wahren Inhalt dieses Buches aufzeigt. Hier sagt unser Freund Klenner: „Der Vorwurf, Gewerkschaften und Arbeiterparteien wollen den Versorgungsstaat mit all seinen psychologischen Konsequenzen, ist unangebracht. Sie verschließen nur nicht vor der Entwicklung die Augen und versuchen, gegenüber dem Anwachsen des Egoismus das Gemeinschaftsbewußtsein zu stärken. Soziale Sicherheit soll nur die Grundlage für ein schöpferisches, von Not befreites Leben geben.“

Das ist also der Sinn und Inhalt dieses Buches. Und was haben wir gestern vom Herrn Abgeordneten Gorbach gehört? Ich bin beauftragt, namens des Gewerkschaftsbundes recht herzlich zu danken für die Reklame, die der Herr Abgeordnete Gorbach gestern für dieses Buch gemacht hat. (Abg. Dr. Hurdes: Was er schreibt, ist vernünftig und gut! — Abg. Prinke: Hat mit Gewerkschaftsbund nichts zu tun!) Ich hoffe nur, daß dieses Buch auch von Ihnen gelesen wird und daß wir dann zu

Schlußfolgerungen auf sozialpolitischem Gebiete kommen, die für die ganze österreichische Bevölkerung nur von Vorteil sein können. (Abg. Dr. Hurdes: Hoffentlich lesen alle, was einige Seiten vorher über die Privatinitiative drinsteht!) Ja, sicherlich, wir lesen es. Ich hoffe nur, Sie lesen auch den anderen Teil, Herr Abgeordneter Dr. Hurdes! (Abg. Mark: Nicht nur Zeitungsauszüge, sondern das Buch! — Abg. Dr. Hurdes: Ja, freilich, wir freuen uns darüber!) Ein Buch, das versucht, die Verhältnisse zu untersuchen, die sich heute auf dem gesamten gesellschaftlichen Gebiet ergeben, muß kritisch gehalten sein. (Abg. Doktor Hurdes: Wir haben nichts gegen die Kritik!) Wenn man daraus Schlußfolgerungen zieht, kann man sie nur unter kritischer Betrachtung der gegebenen Verhältnisse ziehen. Aber daraus wieder politisches Kapital zu schlagen, halte ich für unmöglich. (Abg. Dr. Hurdes: Die Wahrheit ist für alle da, aus ihr soll man kein politisches Kapital schlagen!)

Ich halte auch eine solche unrichtige Darstellung seines Inhaltes unseres Präsidenten Gorbach auch nicht für würdig und nicht für richtig. (Abg. Mark: Die Entstellung durch die Kritik ist das entscheidende! — Abg. Dr. Hurdes: Das war keine unrichtige Darstellung! — Abg. Mark: Es war eine Entstellung! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Ich glaube, das Buch bringt doch ein wenig Unbehagen für Sie!) Nein, nein, das Buch kann für uns niemals ein Unbehagen bringen! Sie können daraus entnehmen, daß wir Sozialisten versuchen, uns in ehrlicher Diskussion und in ehrlicher Debatte über gegebene Verhältnisse zu einigen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir selbst betrachten alles kritisch und sind der Meinung, daß dies die richtige Form der kritischen demokratischen Beurteilung sein muß. (Abg. Dr. Hurdes: Deswegen ist die Auffassung Klenners über den Versorgungsstaat erfreulich! Voriges Jahr war er noch dafür, heuer sagt er etwas anderes!)

Sagen Sie mir, lieber Kollege Hurdes: Leben wir schon in diesem Versorgungsstaat? Haben wir denn heute nicht mehr an vielen Stellen noch Not und Elend?

Ich habe, meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren wiederholt versucht, das Hohe Haus darauf aufmerksam zu machen, daß in manchen Bevölkerungskreisen wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen. Ich habe, glaube ich, im vergangenen Jahr die Herren und Damen des Hauses aufgefordert, sie sollen einmal, wenn sie die Verhältnisse bei unseren Rentnern kennenlernen wollen, an dem Tag, an dem die Renten ausgezahlt werden, zu einem Postamt gehen. Dann werden sie sehen, wie Hun-

derte von Rentner warten, bis der Postbote aus dem Postamt herauskommt, weil sie kein Geld mehr haben. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hurdes: Was hat das mit dem Versorgungsstaat zu tun? Dieses Problem werden Sie mit dem Versorgungsstaat nicht lösen! — Abg. Mark: Arbeiten Sie doch nicht mit falsch verstandenen Schlagworten!)* Ich habe Ihnen gesagt, meine Damen und Herren: Wenn Sie die Verhältnisse kennenlernen wollen, dann gehen Sie in die Wohnungen von solchen Rentnern und sehen Sie sich nur an, wie diese Menschen leben! *(Abg. Dr. Kummer: Das hat mit dem Versorgungsstaat nichts zu tun! — Abg. Dr. Hurdes: Das wird über den Versorgungsstaat nicht besser!)* Und wenn man das sieht, dann kann man doch nicht von einem Versorgungsstaat sprechen, dann haben wir alle Kraft aufzubieten, damit jene Sozialleistungen erbracht werden, die das Leben dieser Menschen halbwegs erträglich gestalten! *(Abg. Dr. Hurdes: Das hat mit dem Versorgungsstaat nichts zu tun! Dort wird es nicht besser! — Abg. Mark: Damit allein werdet ihr die nächsten Wahlen nicht gewinnen!)*

Nun, meine Damen und Herren, in der Diskussion um die Rentenreform sind ja in der Öffentlichkeit noch einige Ausdrücke geprägt worden, und ich möchte mich mit einigen dieser Begriffe ebenfalls beschäftigen. *(Ruf bei der ÖVP: Hoffentlich nicht mit den gerügten!)*

Man hat gestern in der Diskussion versucht, das Versicherungsprinzip in der Rentenversicherung zu wahren. Hier macht man aus einem Fachausdruck ein politisches Schlagwort. Was heißt „Versicherungsprinzip“? Versicherungsprinzip ist dann gegeben, wenn die entsprechenden, im Gesetz festgelegten Anwartschaften erfüllt sind, wenn auf Grund der Versicherungszeiten, des Lohneinkommens eine Rente gewährt werden muß; das sind die Grundlagen des Versicherungsprinzips. Das ist also das Prinzip, das in der Rentenversicherung als Versicherungsprinzip gewertet wird. Das, was Sie als Versicherungsprinzip bezeichnen, ist nichts anderes als die Bedeckungsform eines bestimmten Aufwandes. Und über die Bedeckung eines Aufwandes kann man wohl ganz verschiedener Meinung sein.

Da haben wir auch in der Vergangenheit ganz verschiedene Methoden kennengelernt. Wir haben in der Angestelltenversicherung das Kapitaldeckungssystem gehabt, und wir haben es erlebt, daß das Kapital verlorengegangen ist. Wir haben jetzt das sogenannte Aufwandsdeckungssystem in allen Sparten unserer Sozialversicherung, und wir wissen,

welche Mängel dieses System gerade bei einer Rentenversicherung in sich birgt. Wir werden uns in Bälde dazu entschließen müssen, dieses Aufwandsdeckungssystem in der Rentenversicherung einer entsprechenden Änderung zuzuführen.

Aber nichts hätte klarer und deutlicher den Begriff Versicherungsprinzip ad absurdum führen können als die Rede des Herrn Finanzministers selbst. Sie sagten, meine Damen und Herren, daß entsprechende Beträge von den Arbeitern erbracht werden müssen, damit die Leistungen bezahlt werden können. Ja ist dieses Versicherungsprinzip, das Sie als Versicherungsprinzip bezeichnen, nun auch überall, in allen Sparten gewahrt?

Ich habe eine Aufstellung der Zahlen, die der Herr Finanzminister dargelegt hat, gemacht — allerdings etwas anders gereiht; ich habe auch die Ausgleichszulagen mit hineingenommen, denn wenn man die Ausgleichszulagen nicht hineinnimmt, würde man zu anderen Zahlen gelangen —: Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten: Staatszuschuß einschließlich Ausgleichszulage 4 Prozent, Versicherungsanstalt des Bergbaues 8,95 Prozent, Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen 16 Prozent, Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter 36,87 Prozent — wenn man die Ausgleichszulage wegnimmt, sind es nur 16 oder 17 Prozent —, Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft 56,1 Prozent, Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung 67,1 Prozent *(Abg. Hillegeist: Das ist das „Versicherungsprinzip“!)*, Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt 84,4 Prozent. *(Widerspruch bei der ÖVP.)*

Wo ist hier, meine Damen und Herren, das Versicherungsprinzip? *(Abg. Hillegeist: Sie haben damit den Anstalten einen schlechten Dienst erwiesen!)* Wir sind schon der Meinung, daß auch die Versicherten ihren entsprechenden Anteil zahlen müssen, aber wir sind der Auffassung, daß hier mit gleichem Maß gemessen werden muß und daß eine gleichmäßige Belastung aller Bevölkerungsschichten einzutreten hat! *(Beifall bei den Sozialisten.)* Das, glaube ich, ist eine Voraussetzung, wenn wir eine wirklich soziale Gerechtigkeit in unserem Staate haben wollen. *(Abg. Dr. Hurdes: Der Herr Abgeordnete Aigner hat gestern mit Recht gesagt, daß die Arbeiter selbst mitzahlen wollen; die Unterhändler haben nicht immer diesen Standpunkt vertreten!)* Ich habe es auch jetzt gesagt. *(Abg. Dr. Hurdes: Dann sind wir schon einig! — Abg. Mark: Aber die Arbeiter sollen nicht allein zahlen!)* Wir werden auch den Standpunkt gegenüber unseren Arbeitern vertreten, daß

sie ein Stückchen dazu beitragen müssen. Aber ich glaube, man wird den Bundeszuschuß gleichmäßig verteilen müssen, man kann nicht eine bestimmte Gruppe und Schichte bevorzugen — ich möchte nicht sagen, daß es so ist, daß die Institute, die von Ihnen verwaltet werden, den perzentuell größten Bundeszuschuß bekommen —, es muß eben hier eine entsprechende, gleichmäßige Aufteilung erfolgen. (*Abg. Dr. Maleta: Das hat auch seine Gründe! — Abg. Mitterer: Die Partnerleistung des Unternehmers müssen Sie auch in Rechnung stellen!*)

Meine Damen und Herren! Nun noch etwas zu dem Budget selbst. Die Abgeordneten müssen sich in diesem Budget, in den Voranschlagsziffern zurechtfinden. Wir bekommen dann auch noch alljährlich den Rechnungsabschluß. Es ist eine verwirrende Fülle von Ziffern, mit denen wir fertig werden wollen. Fertig geworden sind wir niemals damit. Im Finanzministerium haben wir, glaube ich, für jedes Kapitel einen eigenen Referenten, der sich dort mit dieser Frage beschäftigt. Die Abgeordneten können nicht alles kontrollieren, sie können sich nicht bei allen Ziffern zurechtfinden. Ich glaube aber, eines können und müssen die Abgeordneten verlangen: daß die Ziffern, die ihnen vorgelegt werden, richtig sind, daß ein Voranschlag vorgelegt wird, der klar und der wahr ist!

Meine Damen und Herren! Wenn wir also den Bundesrechnungsabschluß hernehmen, der uns in den letzten Tagen zugegangen ist, so sehen wir, daß als Begründung der Überschreitung bei Kapitel 15 Titel 2 § 2 Unterteilung 1 auf Seite 95 folgendes gesagt wird: „Übernahme der gemäß § 299 ASVG. den Ländern, Bezirksfürsorgeverbänden und Gemeinden auferlegten Kostentragungen durch den Bund ab 1. Jänner 1959 (FAG. 1959) (215,3 Millionen Schilling); weiters infolge zu niedrigen Veranschlagung aus Gründen der allgemeinen Budgetsanierung (50 Millionen Schilling) ...“

Das halte ich für unmöglich! Wenn man uns einen Voranschlag vorlegt, so haben diese Ziffern den Tatsachen zu entsprechen. Dann kann man nicht schon den Voranschlag frisieren, um unseren Blick zu trüben.

Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch auf eine andere Angelegenheit eingehen und gleichfalls bitten, daß man in Zukunft wirklich Klarheit und Wahrheit bei der Budgeterstellung obwalten läßt. Das ist die Höhe der Körperschaftsteuer im Verhältnis zur Einkommensteuer. Man kann nicht aus optischen Gründen die Eingänge höher ansetzen, obwohl man weiß, daß sie niemals in dieser Höhe eingehen werden, nur deshalb,

um dieses Mißverhältnis nicht in so krasser Form entstehen zu lassen.

Wir glauben daher, daß, wenn wir unsere Aufgabe als Abgeordnete erfüllen wollen, wenn wir unserer ersten Verpflichtung, das Budgetrecht im Abgeordnetenhaus auszuüben, nachkommen wollen, die Ziffern, die uns gegeben werden, richtig sein müssen!

Wir haben mit Genugtuung festgestellt, daß in der Einbegleitung zu diesem Budget zum erstenmal menschliche Töne mitgeschwungen haben. Es wurde vom Herrn Finanzminister gesagt, daß hinter jeder dieser Zahlen natürlich ein Menschenschicksal steht (*Ruf bei der ÖVP: Das ist voriges Jahr auch schon gesagt worden!*) und daß wir daher bei der Beurteilung der Ziffern selbst immer wieder diesen Grundsatz berücksichtigen müssen.

Er sagte aber auch, daß es notwendig ist, die Aufteilung so vorzunehmen, daß auch die Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart ihren entsprechenden Leistungsanteil für die Allgemeinheit erbracht haben, entsprechend berücksichtigt werden. Ich hoffe, daß dieser Grundsatz und dieser Grundgedanke auch in der praktischen Durchführung immer wieder bestehen wird.

Nun erlauben Sie mir, auf noch ein Argument von gestern zurückzukommen, das ist die Frage, die der Herr Abgeordnete Gorbach in sehr dezidierter Form an die Abgeordneten der Sozialistischen Partei gestellt hat. Er sagte erstens einmal in einem Vorwurf an den Vizekanzler, er habe von einer „Atempause“ gesprochen, und er frage, ob dies eine Kampfansage sei. Nun, ich glaube, wenn man diesen Passus liest, dann wird man wohl zu einer anderen Bewertung dieser Darstellung kommen. Der Herr Vizekanzler sagte: Die Ordnung im Staatshaushalt muß hergestellt werden. Das von der Regierung nach erfolgter Wiederbetrauung vorgelegte Budget bringt nur eine Atempause. Sie muß genützt werden, um so bald als möglich zu einer Vereinbarung über die künftige Finanz- und Wirtschaftspolitik, zu einem neuen Konzept der Zusammenarbeit zu gelangen. — Was ist daran eine Kampfansage? Es gehört Phantasie dazu, aus diesen Darlegungen eine Kampfansage zu entnehmen.

Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren — und es hat dies gestern schon mein Parteifreund Aigner klar und deutlich ausgesprochen —, daß wir auf dem Boden der Zusammenarbeit stehen und daß wir hier, im Osten Europas stehend, allen Grund haben, diese Zusammenarbeit auch in Hinkunft uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Wir haben das Stimmenergebnis der Wahlen als ein Votum für diese Zusammenarbeit aufgefaßt.

Wenn uns der Herr Abgeordnete Gorbach dezidiert fragte, wie wir zu dieser Zusammenarbeit stehen, dann muß ich diese Frage zurückgeben. Denn als die kanadischen Delegierten hier im Parlament waren, da wurde von einem angesehenen Abgeordneten Ihrer Partei auf eine Frage des Führers dieser kanadischen Delegation gesagt, er sei der Meinung und mit ihm auch einige Freunde bei der ÖVP und angeblich auch bei der SPÖ, daß die Koalition der demokratischen Entwicklung schade. (*Abg. Mitterer: Die jetzige Form — das müssen Sie dazusagen! — Abg. Mark: Der Schuldige meldet sich! — Heiterkeit.*) Sehen Sie, sofort ist der betreffende Kollege hier und meldet sich. (*Abg. Weikhart: Das war gegen Österreich gerichtet!*) Ich gebe also die Frage im vollen Ausmaß zurück.

Wir bekennen uns zu dieser Zusammenarbeit. Wir glauben aber auch, ein solches Bekenntnis von Ihnen in demselben Ausmaß und in derselben Form verlangen zu müssen. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Ich bin der Meinung, Hohes Haus, daß wir in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten wirtschaftlicher, politischer, sozialer Natur zu überwinden haben werden. Wir werden die Klippen dann überwinden, wenn wir zusammenstehen, wenn wir versuchen, durch Zusammenarbeit diese Fragen einer Lösung zuzuführen.

Wir sind der Meinung und Auffassung, daß sich diese Zusammenarbeit in der Vergangenheit bewährt hat, und sie wird in der Zukunft noch einige Bewährungsproben abzulegen haben. Wir sind aber auch der Auffassung — und das möchte ich ebenso mit aller Klarheit sagen —, daß das Zusammenwirken in der Koalition noch immer nicht die Aufgabe des eigenen Denkens bedeutet und daß eigenes, selbständiges Denken selbstverständlich vorherrschen muß. Wir sind auch der Meinung, daß wenn man an die großen Probleme wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur herantritt, wir an sie nicht mit dem Rüstzeug eines vergangenen Jahrhunderts herantreten dürfen, sondern daß wir erkennen müssen, daß die heutige Zeit eben andere Formen, andere Methoden verlangt.

Wir glauben sagen zu können, daß die Diskussion, die, bevor dieses Budget in dieses Haus eingebracht wurde, in der Öffentlichkeit abgehalten wurde, durchaus richtig war, daß diese Diskussion den Beweis für eine hohe demokratische Form geliefert hat und daß wir uns auch vor einer solchen Diskussion vor Einbringung dieses Budgets nicht zu scheuen brauchen.

Bleiben wir auf diesem Boden der Demokratie, der Zusammenarbeit stehen, dann,

davon bin ich überzeugt, wird Österreich, dieses unser Vaterland, das wir mit dem gleichen Herzen lieben, einer gesicherten und guten Zukunft entgegengehen!

In diesem Sinne werden wir auch für dieses Budget stimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Olah: Ich erteile das Wort dem nächsten gemeldeten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Maleta. (*Abg. Machunze: Wo bleibt denn die Opposition? — Abg. Zeillinger: Kommt schon, nur nicht nervös werden, Herr Kollege! — Abg. Dr. Gredler: Beim Budget gibt es immer nur eine Opposition, bei jeder Partei! — Weitere Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Dr. Maleta: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine alte Erfahrung, daß jede Budgetdebatte ein außerordentliches Interesse in der Öffentlichkeit auslöst, schließlich und endlich ist der Staatshaushalt eine Angelegenheit, die jeden einzelnen Staatsbürger wirtschaftlich unmittelbar berührt.

Aber dieses Budget 1961 trägt ein eigenartiges Stigma. Es hat zwangsläufig eine Diskussion ausgelöst über die Grundlagen der bisherigen Zusammenarbeit und über den weiteren Weg. Es hat irgendwie den Eindruck erweckt, als ob wir an einer Zäsur der innerpolitischen Entwicklung stünden. Deshalb waren ja diese Verhandlungen so schwierig, und deshalb war ja die öffentliche Anteilnahme so groß. Ich halte es daher für richtig, daß wir uns mit den Grundfragen auseinandersetzen, bevor ich auf die einzelnen Budgetprobleme näher eingehe.

Ich habe es vermieden, mit einem fertigen Manuskript vor Sie hinzutreten, weil ich die Möglichkeit haben wollte, aus den Diskussionen und Reden der letzten drei Tage die wesentlichen Schwerpunkte zu finden und dazu eingehend Stellung zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen um die Frage nicht herum, einmal tatsächlich über die Koalition zu diskutieren. Ich richte jetzt an die Kollegen und Kolleginnen von der Sozialistischen Partei den Appell, zu dieser sachlichen Diskussion bereit zu sein, denn, meine Damen und Herren, wenn wir wissen, daß die Koalition diesem Staat wertvolle Dienste geleistet hat, wenn wir die Koalition in der Zukunft erhalten wollen, dann müssen wir auch die Schwierigkeiten sehen, vor denen wir heute stehen, und untersuchen, wie wir sie aus dem Wege räumen können, oder zu welchen Schlußfolgerungen wir gezwungen werden, damit das, was nach einer Koalition kommen könnte, in demokratischen Bahnen verläuft. (*Ruf bei der SPÖ: Daher Atempause!*)

Ich bekenne mich als aufrechten Demokraten, und ich würde es jederzeit ablehnen, daß in diesem Österreich Entwicklungen eintreten, die uns in eine Situation brächten ähnlich dem Jahre 1934, weil wir heute ein neues Staatsbewußtsein gefunden haben und weil wir in einer außerordentlich schwierigen außerpolitischen Situation sind. Aber wir dürfen andererseits nicht mit dem Hinweis auf das Jahr 1934 die Augen verschließen und an der Eigenart der Problematik vorübergehen.

Worin besteht die Schwierigkeit der Koalition heute? Das Wesen einer jeden Koalition liegt darin, daß sie eine Arbeitsgemeinschaft zwischen zwei Parteien ist, die sich für einen gewissen Zeitraum auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen. Im Jahre 1945 war dies eine verhältnismäßig leichte Angelegenheit, denn wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es damals nicht um Grundsatzfragen ging. Wir waren heimgekehrt in unser wiedergewonnenes österreichisches Vaterland, wir haben die Aufgabe vor uns gesehen, aus dem Chaos, das uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat, eine neue Ordnung zu schaffen. Wir, die Demokraten in beiden Parteien, haben einen gemeinsamen Weg gesucht und ihn auch gefunden, und das österreichische Volk dankt uns dies auch heute, sofern es sich mit den politischen Problemen wirklich näher beschäftigt.

Es hat damals nur eine einzige Grundsatzfrage gegeben: das Problem der Verstaatlichung, das aber damals nicht von der grundsätzlichen Seite, sondern von einer politischen Betrachtung her gelöst wurde. Wir hatten sicherlich unsere schweren Bedenken gegen die weitgehende Verstaatlichung, aber es war nicht der Zeitpunkt, um über Prinzipien zu streiten. Das naheliegende war damals, daß wir versuchten, dieses österreichische Wirtschaftsgut, unsere große Grundstoffindustrie unter österreichischen Einfluß zu bekommen, und das war auch mit die Ursache für die Zustimmung der Österreichischen Volkspartei.

Meine Damen und Herren! Die Zeit bleibt nicht stehen, die Entwicklung geht weiter. Die Periode der tagespolitischen Notstandsarbeiten ist vorüber. Die beiden Parteien, die beide grundsätzlich verschiedene Wirtschafts- und Sozialauffassungen haben, befinden sich in einer Koalitionsgemeinschaft, die jetzt vor Fragen steht, deren Beantwortung und Lösung von der grundsätzlichen Einstellung abhängig ist. Das hat zur Folge, daß die überzeugten Anhänger in beiden Parteien mißmutig werden über Kompromisse, und es ist daher ein Fehler, wenn wir nicht in die Tiefe schürfen und nicht an die Wurzel der Problematik herangehen.

Es erhebt sich daher die Frage, ob die Koalition auch in der Zukunft eine Arbeits-

gemeinschaft sein und Spielregeln erarbeiten kann, die geeignet sind, auch über jene Probleme zu reden und Klarheit zu geben, die in das Grundsätzliche hineinspielen.

Aber, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, es kommt noch folgendes dazu: Wir in der Österreichischen Volkspartei und viele Kritiker dieser Partei — es gibt ja mehr Kritiker als Mitarbeiter — empfinden etwas anderes. Wir haben die Empfindung, daß es sich hier nicht nur um Gegensätze in grundsätzlichen Auffassungen handelt, sondern daß hier ein vielleicht nicht unberechtigtes Mißtrauen am Platz ist. Was will eigentlich die Sozialistische Partei tatsächlich mit der Koalition? Man fragt uns, die verantwortlichen Männer der Partei: Ja, seht ihr denn nicht, daß diese Koalition von den Sozialisten als Steigleiter benützt wird bis zu jenem Tag, wo dann von innen heraus zwangsläufig die politische Entwicklung dazu führt, daß die sozialistische Mehrheit unvermeidlich ist?

Ich werfe den Sozialisten nicht vor, daß sie diese Mehrheit anstreben; das ist das Recht einer Partei. Aber wir haben ebenso das Recht, zu wissen, woran wir sind, und daher ist es notwendig, daß wir uns über die Ziele der Koalition Klarheit verschaffen. So war die Frage des Bundesparteiobmannes Dr. Gorbach nach der Koalitionsgesinnung zu verstehen.

Ich will nicht demagogisch werden und jetzt nicht den Vorwurf der „mitregierenden Opposition“ erheben, sondern es scheint mir, daß hier das Wesentliche, der Kernpunkt der Frage liegt.

Die Erklärung des Herrn Vizekanzlers Pittermann in seiner Eigenschaft als sozialistischer Parteiobmann über die „Atempause“ hat uns, Herr Kollege Aigner, tatsächlich zu denken gegeben. Kollege Aigner hat gestern versucht, die Sache zu bagatellisieren und auf ein Nebengeleise abzuschieben, nämlich auf die Frage der sozialen, der gerechten Verteilung der Lasten. Aber uns scheint, daß es um etwas ganz anderes geht. Wir sehen in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer Wirtschaftskommission, und wir wissen, daß hier nicht nur irgendeine Kommission geplant ist, sondern daß das ein Teilstück und ein Glied eines sozialistischen Konzeptes für die Umgestaltung und Umformung der österreichischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist.

Ein beliebiges Beispiel aus einem ganz anderen Gebiet: Der Herr Sozialminister legt uns ein Konvolut auf den Tisch, die sogenannte Arbeitsrechtskodifikation. Das Arbeitsrecht zu kodifizieren — jeder Arbeitsrechtler weiß das — ist eine Notwendigkeit und juristisch, sachlich begründet. Es wäre eine

Erleichterung für die vielen kleinen Arbeiterfunktionäre in den Betrieben und für die Parteien, die damit zu tun haben. Aber wir entdecken in dieser Arbeitsrechtskodifikation leider auch wieder den Versuch, über die Kodifikation hinaus Positionen auszubauen und zu erweitern, der bei unseren Leuten das Gefühl erweckt, daß es sich hier nicht bloß um eine juristische Arbeit handelt, sondern um eine Ausweitung des sozialistischen Einflusses, um so eine stärkere Abhängigkeit unserer Leute in den Betrieben herbeizuführen.

Wir sehen in den ganzen Diskussionen und Debatten um die Finanz- und Steuerpolitik, daß es sich hier nicht allein um wirtschaftliche Grundsätze handelt, sondern daß die Sozialistische Partei diese Politik so zu lenken trachtet, daß sie ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sein kann. Ich denke bloß an die verschiedenen einzelnen Phasen der Verhinderung der Entstehung eines privaten Kapitalmarktes, was zwangsläufig zur Folge hat, daß sich der Staat, die öffentliche Hand natürlich stärker einschalten muß.

Das sind also Grundsatzfragen, über die wir uns einmal wirklich auseinandersetzen müssen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, weil diese Fragen an uns gestellt werden und weil sie eine Atmosphäre schaffen und eine politische Realität sind, deren Nichtklarstellen dazu führen könnte, daß sich die uns bisher vertraute innenpolitische Landkarte irgendwie verändert und sich neue Konturen abzeichnen und immer stärker werden. Daher ist es richtig, wenn wir uns heute in der Budgetdebatte über diese Fragen diskutierend auseinandersetzen, über den Kreis dieses Hauses hinaus auch mit unseren Wählern und mit den Menschen, die mit der Österreichischen Volkspartei sympathisieren.

An uns wird die Frage gestellt: War dieses Kompromiß, das wir abgeschlossen haben, berechtigt, oder beinhaltet nicht das Budget 1961 bereits den Keim einer inflationären Entwicklung? Haben wir Grundsätze preisgegeben, Grundsätze, die nicht preisgegeben hätten werden dürfen? Es ist daher meine Aufgabe, heute nicht mit Zahlen zu jonglieren, wir haben ja eine wochenlange Spezialdebatte im Haus und im Ausschuß vor uns und werden uns dabei mit diesen Details beschäftigen können. Aber es ist notwendig, die politischen Fragen hier klar herauszukristallisieren.

Der Bundesparteiobmann Dr. Gorbach hat gestern die Beschlüsse interpretiert, die die Parteiführung gefaßt hat, die in einer Bejahung des Kompromisses gipfeln und die Zustimmung ausdrücken zu einer Bestellung des Kabinetts Raab IV. Es ist für mich als Klubobmann aber die Aufgabe, zusätzliche Perspektiven aufzuzeigen.

Kein Zweifel: Die Abgeordneten einer Partei sind Teil dieser Partei, sie werden gewählt auf das Programm der Partei, und sie vertreten auch die Auffassungen, die dort erarbeitet werden. Aber zwischen den sieben Millionen Österreichern einerseits mit ihren Wünschen und Forderungen, mit ihren verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und Auffassungen, und dem Parlament andererseits besteht ein Zwischenraum, den die Parteien als Organe der Willensbildung ausfüllen, deren Ergebnisse erst hier in diesem Hohen Hause durch einen gesetzlichen Beschluß zu einer echten politischen Realität werden. Daher ist das Parlament die letzte Stufe der Willensbildung, und daher haben wir als Abgeordnete auch darauf zu achten, das Parlament in der richtigen Weise zu Ansehen und Geltung zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die eigentliche Budgetproblematik eingehe, möchte ich mich ganz kurz mit der Kritik auseinandersetzen, die seitens der Freiheitlichen Partei Österreichs an diesem Parlament und an der Koalition geübt wird.

Seien Sie versichert: Ich will heute nicht versuchen, aus irgendwelchen Ressentiments heraus zu diskutieren. Ich bin mir dessen voll bewußt, daß eine konstruktive Opposition zweckmäßig und wertvoll wäre. Ich will eine ernste Diskussion führen und möchte daher an Sie die Frage richten: Haben Sie einmal überlegt, meine sehr verehrten Herren von der FPÖ, wie weit Sie selbst an Ihrem Ausgeschaltetsein und an der von Ihnen so bezeichneten Mißachtung des Parlaments schuld sind? Sie nennen sich eine Freiheitliche Partei, das heißt eine liberale Partei, aber Sie unterscheiden sich wesentlich von den anderen liberalen Parteien Europas: Während diese als Nachkommen der Ideen von 1789, wenngleich in einer Wandlung zum Neoliberalismus, liberale Parteien sind, sind Sie ein Sammelbecken verschiedenster Elemente, verschiedenster negativer Elemente, sicherlich auch positiver Kräfte, ich streite das nicht ab. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kindl: Das müssen Sie von Ihrer Partei sagen! — Abg. Dr. Gorbach: Ein Konglomerat!)* Der Unterschied, lieber Freund, besteht darin, daß jene ehemaligen Nationalsozialisten, die sich zur ÖVP bekennen, sich gleichzeitig auch zur Programmatik der ÖVP bekennen; bei Ihnen gibt es in dieser Beziehung aber auch noch Unausgegorenheiten. *(Abg. Zeillinger: Das ist das Schmachkloseste, was seit Wochen hier vorgekommen ist!)* Aus dieser inneren Ungleichheit ergeben sich Unklarheiten, und daher leben Sie vom sogenannten Koalitionsschreck. *(Ruf bei der FPÖ: Es ist mir nie eingefallen, ein*

solches Urteil über Ihre Meinungen abzugeben!)

Im Witz liegt oft eine Wahrheit. Ich muß leider Sie zitieren, Herr Abgeordneter Dr. Gredler. Vor wenigen Tagen war eine Obmännerkonferenz des Parlaments, und dort habe ich Sie gefragt: „Was würden Sie eigentlich machen, wenn es in Österreich keine Koalition gäbe?“ Worauf Sie schnell wie ein Pfeil sagten: „Auswandern in einen Staat, wo es eine Koalition gibt!“ *(Lebhafte Heiterkeit.)* Sehr verehrter Herr Dr. Gredler, in diesem Witz liegt ein Körnchen Wahrheit. *(Abg. Zeillinger: Das tragische ist, daß Sie das glauben, Herr Kollege! — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Ich verstehe Sie leider nicht, sonst wäre ich sicherlich in der Lage, Ihnen zu antworten. *(Abg. Zeillinger: Sagt ihm nachher, daß das ein Witz war; er versteht es nicht!)*

Meine Herren von der FPÖ! Ich setze mich mit Ihnen deshalb auseinander, weil an uns die Frage gerichtet wird: Sie sind Nichtsozialisten, und warum gibt es nicht doch Möglichkeiten einer näheren Zusammenarbeit? Ein Liberaler kann mit uns diskutieren. Herr Dr. Gredler, ich billige Ihnen zu, Sie können mit uns darüber diskutieren: Was ist ein Rechtsstaat? Was ist eine Demokratie? Was ist das Parlament? Liegt hier eine Rechtsbeugung vor? Aber verstehen Sie doch, daß Abgeordnete aus unseren Reihen erregt werden, wenn die Vorwürfe, daß wir die Verfassung beugen, manchmal von Leuten kommen, die heute, wenn das Dritte Reich 1945 nicht zusammengebrochen wäre, vielleicht in einer anderen Position wirken würden. *(Abg. Dr. van Tongel: Wie Sie zum Beispiel im Dollfuß-Staat!)* Sie können, verehrter Herr Doktor, in meinem damaligen Buch nachlesen, dann werden Sie jedenfalls meine Stellungnahme daraus klar erkennen können. Ich glaube, Sie sind ein sehr oberflächlicher Leser. Der Herr Minister Helmer hat es seinerzeit im Kerker gelesen und ist zu einer ganz anderen Bewertung gekommen. Er hätte jedenfalls mehr Recht zu einer kritischen Äußerung gehabt als Sie!

Nun möchte ich auf den Vorwurf eingehen, daß in diesem Hause keine Debatte zu dem Zeitpunkt abgeführt wurde, als die Regierung in statu demissionis war. Herr Dr. Gredler, die Freiheitliche Partei Österreichs hat das hier kritisiert. Der Herr Abgeordnete Zeillinger war zu dieser Zeit in New York. Er hat das Geld und die Zeit gefunden, vierzehn Tage vorher zu einer Parteivorstandssitzung nach Österreich zu fliegen. Er hat es aber nicht für nötig gehalten, in einem kritischen Zeitpunkt zu einer Tagung des Parlaments zu

fliegen, wo so viel Bedeutendes für Ihre Partei zur Diskussion stand. *(Abg. Dr. van Tongel: Um zu erleben, daß wir hier abgewürgt werden!)* Sie hätten sich nicht abwürgen lassen brauchen, wenn Sie mit acht Mann dagewesen wären. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Na, die Südtirol-Frage wäre auch ohne Zeillinger gelöst worden. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Wir werden einmal seinen Beitrag untersuchen. *(Abg. Zeillinger: Ich hoffe, daß Ihr Parteifreund Herr Dr. Gschnitzer Ihnen eine gebührende Antwort auf diese Niedertracht geben wird! Was Sie da vorgebracht haben, ist eine Gemeinheit an Südtirol gewesen! — Lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe.)* — Abg. Dr. Hofeneder: Wie ist es mit „Niedertracht“? Ist „Niedertracht“ eine Beleidigung oder nicht? — Abg. Dr. Kranzlmayr: Ordnungsruf!) Aber es ist ja doch ganz gut ausgegangen, trotz dieser angeblichen Gemeinheit.

Und nun möchte ich noch ganz kurz vom Standpunkt des Klubs zu dieser Frage Stellung nehmen, weil den Abgeordneten der Vorwurf gemacht wurde, wir kuschen, wir seien Befehlsempfänger und wir seien abhängig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der damaligen Situation war die Regierung in statu demissionis, die Frage der Demission nicht entschieden, es bestand daher ein Vakuum. Wir waren überzeugt, daß die Regierung trotzdem legal war, aber wir sind der Meinung, daß jede Diskussion über die Institution des Präsidentenamtes oder über die Legalität der Regierung anders zu werten ist als etwa eine Diskussion über die sogenannte Haushaltsbesteuerung. Denn schließlich und endlich: Wenn hier eine Meinungsverschiedenheit über eine verfassungsrechtliche Frage entsteht, ist das nicht von so entscheidender Bedeutung wie Meinungsverschiedenheiten über Grundeinrichtungen der demokratischen Verfassung.

Wir dürfen nicht vergessen, daß juristische Gutachten widerspruchsvoll sein können, daß Juristen verpflichtet sind, nach Paragraphen zu urteilen, daß sie aber nicht verpflichtet sind, die außenpolitische Realität zu beachten. Diese außenpolitische Realität besagt, daß dieses Österreich von drei Seiten von Volksdemokratien, von Gefahren umgeben ist. Wir wissen weiter, daß wir bei der UNO zwar Freunde haben, daß diese Freunde aber auf Grund ihrer NATO-Zugehörigkeit und unserer Neutralität in einer Art Gewissenskonflikt sind. Darüber, Kollege Zeillinger, könnten Sie uns sicherlich einiges erzählen.

Der Klub der ÖVP-Abgeordneten hat daher diese Diskussion abgelehnt, er hat aber in seinem Kommuniké klar und eindeutig er-

klärt, daß er die rasche Beendigung dieser Krise wünscht. (*Ruf bei der FPÖ: Sie kommen einen Tag zu spät!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun möchte ich auf die eigentlichen Fragen, auf die Problematik des Budgets, eingehen. Die Österreichische Volkspartei ist als verantwortliche Regierungspartei, die den Finanzminister stellt, in einer schwierigen Situation. Sie trägt vor diesem Lande die Last der Verantwortung für das wirtschaftliche Wohlergehen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß die Wählerschaft zwei Seelen in ihrer Brust hat: Die Appelle an den Sparwillen, an die Stabilität finden allgemeinen Beifall, solange alle Gruppen beisammen sind. Wenn aber die einzelnen Interessengruppen für sich gesondert sind, erleben wir es immer wieder, daß man sagt: Gespart soll bei den anderen werden, wir haben noch gerechte Forderungen, und durch die Erfüllung unserer Forderungen wird die Stabilität nicht gefährdet.

Das ist die Situation, in der wir uns gegenüber unserer eigenen Wählerschaft befinden und die oft auch durch das Verhalten der Zeitungen unterstrichen wird, die auf der einen Seite verlangt: ÖVP bleib hart, gib nicht nach, hab Einsicht in die Verteidigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Grundsätze!, während sie auf der anderen Seite immer wieder sagen: Diese Politiker und dieses Parlament haben kein Verständnis für die berechtigten Forderungen dieser oder jener Gruppe.

Dazu kommt, und auch diesen Hintergrund müssen wir aufzeigen, daß die Sozialistische Partei bei diesen Koalitionsverhandlungen ein bestimmtes strategisches Konzept verfolgt hat. Sie hat ein Konvolut von sozialpolitischen Forderungen auf den Tisch gelegt und sich dabei folgendes gesagt: Die Österreichische Volkspartei muß dazu nein sagen oder zumindest wird sie nur teilweise ja sagen, und das gibt uns dann die Möglichkeit, vor dieser betroffenen Wählergruppe, etwa der Beamten oder der Rentner zu sagen: Seht, diese Volkspartei hat kein Verständnis für sozialpolitische Erfordernisse! Die Sozialistische Partei hat uns bei der Frage der Bedeckung nicht sehr viel geholfen — ich werde darauf später noch zu sprechen kommen —, sie hat sich dann gesagt, die Bedeckung soll auf eine Weise gefunden werden, die wieder jene Kreise am ärgsten spüren, die Wähler der Österreichischen Volkspartei sind, sodaß die Österreichische Volkspartei gewissermaßen in eine Zange, zwischen zwei Mühlsteine gerät. Das war, auf einen einfachen Nenner gebracht, das Konzept; die Sozialisten wollten sagen: „Den Armen nichts geben und den Reichen nichts nehmen — das ist die Politik der kapitalistischen Volkspartei.“

In dieser Situation war die Österreichische Volkspartei. Ich muß mich daher jetzt nicht nur an die Sozialisten wenden, sondern auch an eine Reihe sogenannter bürgerlicher Wirtschaftspolitiker. Es ist sicher richtig, daß ein ausgeglichenes Budget erstrebenswert ist, es ist sicher richtig, daß die Staatsausgaben sich nicht in einem größeren Umfang vermehren sollen, als das Sozialprodukt im Jahr wächst, es ist sicher richtig, daß darüber hinausgehende notwendig werdende Ausgaben nur durch erhöhte Einnahmen hereingebracht werden können, und es ist ebenso wirtschaftspolitisch richtig, daß erhöhte Einnahmen nur dann berechtigt sind, wenn sie das Wachstum des Sozialproduktes nicht durch leistungsfeindliche, produktionshemmende Steuern beeinträchtigen. Das weiß die Sozialistische Partei sicher auch. Und dennoch hat sie an uns massive Forderungen gestellt, welche die Ausgeglichenheit des Budgets gefährdet hätten, und sie hat uns auf der anderen Seite den Vorwurf des Schuldenmachens gemacht, wenn wir gewissen berechtigten sozialpolitischen Wünschen der Vergangenheit zugestimmt haben — wie man es im Moment eben braucht und im Augenblick für richtig findet.

Die Sozialistische Partei, um nur einige Beispiele zu bringen, sagt sehr leicht, das ist ein „böser Kapitalismus“, so zum Beispiel als wir etwa die Erhöhung der Körperschaftsteuer abgelehnt haben; das klingt in den Ohren der breiten Masse sehr gut. Aber sie weiß doch ebenso genau, daß wir in Österreich in der Besteuerung unter allen Staaten an der Spitze liegen. Trotzdem hat sie diese Forderung erhoben, nicht weil sie glaubt, daß man dies machen soll, sondern weil sie wollte, daß wir das ablehnen, damit sie dann eine Propagandamöglichkeit hat. Für die Sozialisten sind wir eine „böse kapitalistische Partei“, wenn wir etwa die Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktie fordern, obwohl sie wissen, daß das für die Erstellung eines tragfähigen privaten Kapitalmarktes eine sehr wesentliche Frage ist. Aber die Sozialisten finden, daß wir dann keine „böse kapitalistische Partei“ sind, wenn wir etwa Staatsanleihen, an denen Minister Waldbrunner Interesse hat, steuerlich begünstigen. Wir wissen schon, daß auch unsere Wirtschaftskreise damit einverstanden waren, weil dies ein ganz kleines Entgegenkommen in der Frage der nichtentnommenen Gewinne ist; aber vom Standpunkt des sozialistischen Prinzips sieht man, daß taktische Notwendigkeiten sofort den prinzipiellen Überzeugungen vorgezogen werden, wenn es sich auszuzahlen scheint.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sozialisten haben aber beispielsweise ein glattes Nein für eine andere Steuererhöhung, und da machen sie uns dann den gegenteiligen

Vorwurf, wenn wir diese verlangen. Wenn wir etwa die Ausgleichsteuer verlangen, um eine echte Wettbewerbsgleichheit zwischen den mehrstufigen und den einstufigen Unternehmungen, also den kleinen Lebensmittelhändlern und den kleinen Gewerbetreibenden, herzustellen. Von einer solchen Ausgleichsteuer wollen diese Herren Antikapitalisten nichts wissen, weil eine solche Erhöhung der Umsatzsteuer verschiedene Einrichtungen und Wirtschaftskörper treffen würde, die der Sozialistischen Partei nahestehen. (*Abg. Mitterer: Die GÖC!*)

In diesem Zusammenhang ein Wort über die sogenannte Bedeckung der notwendigen Erfordernisse für die Renten. Ich möchte mich hier mit meinem Vorredner, dem Abgeordneten Uhlir, etwas auseinandersetzen. Er hat uns eine Vorlesung über das Versicherungsprinzip gehalten. Das, was er sagte, war sicher richtig, aber zum Versicherungsprinzip gehört es ebenso, daß die Versicherten einen Beitrag leisten für die Aufbringung der für sie notwendigen Mittel. Aber wenn der Abgeordnete Uhlir als Beispiel gegen das Versicherungsprinzip, wie es angeblich Gorbach verstanden haben wollte, sagt, daß die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung exorbitante Summen ausmachen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, fällt dieses Argument wie ein Bumerang auf ihn selbst zurück; denn wer hat denn seine Zustimmung dafür gegeben, daß das Ausmaß der sozialen Belastung im Staatshaushalt so hoch werden konnte, wenn nicht auch die Österreichische Volkspartei als eine verantwortungsbewußte, sozial denkende Partei! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie sehr Demagogie eine Rolle spielt, meine Damen und Herren, können wir an einem kleinen Beispiel ermesen. Wir haben bei der Diskussion um die Beitragserhöhung in der Sozialversicherung die sozialistischen Vertreter im Koalitionsausschuß darauf verwiesen, daß gleich nach der Wahl in Schweden die sozialistische Regierung eine 4prozentige Erhöhung der Umsatzsteuer vorgenommen hat, mit der sicherlich berechtigten Begründung, daß erhöhte Leistungen auch zu erhöhten Mehreinnahmen des Staates berechtigen. Was würden denn Sie der Österreichischen Volkspartei sagen, wenn etwa wir eine Erhöhung der Umsatzsteuer in diesem Ausmaß verlangen würden? Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, es war notwendig, ganz kurz zu diesen Dingen etwas zu sagen.

Nun auch ein Wort an manche sogenannte bürgerliche Wirtschaftskritiker, die uns sagen: Seht ihr denn nicht, daß ihr mit euren Zugeständnissen auf dem sozialen Gebiet eine Tür geöffnet habt zum Versorgungsstaat,

zur näheren Heranrückung des totalen Kollektivs, das uns bedroht? Seht ihr denn nicht, was sie mit all ihren einzelnen Aktionen und Maßnahmen planen? Seid doch endlich hart! Sie vergessen, daß die Österreichische Volkspartei durch ihre Politik eine blühende Wirtschaft ermöglicht hat, und übersehen, daß es trotz aller unserer Bemühungen, trotz dieser österreichischen Wirtschaftsentwicklung noch heute Menschen gibt, die im Schatten der Konjunktur leben und die angesichts des gehobenen Lebensstandards ihre Forderungen nicht zu Unrecht erheben. Wenn aber diese Menschen das Vertrauen verlieren würden, dann, meine Damen und Herren, wäre es mit einer freien Wirtschaft in Österreich, mit Wohlstand und Freiheit sicherlich vorbei! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Vielleicht sagen Sie mir jetzt: Jetzt hat er als AAB-Mann gesprochen. Ich kann dazu sagen: Ja und nein; ja insofern, weil es unter der Arbeitnehmerschaft sicher auch solche Gruppen gibt, die im Schatten der Konjunktur leben. (*Rufe bei der SPÖ: Sehr richtig, viele sogar!*) Aber andererseits gibt es doch viele Menschen im Kleingewerbe, im Handel und in der Bauernschaft, für die dasselbe zutrifft und für die wir uns verantwortlich fühlen müssen. Unser Bekenntnis zu einer gesunden Wirtschaftspolitik geht so weit, daß wir die Währung, die Stabilität, kurzum die Wirtschaft nicht gefährden, aber wir müssen als christlich-demokratische Partei dafür sorgen, daß alle Bevölkerungsgruppen am gehobenen Sozialprodukt ihren Anteil nehmen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte darüber hinaus noch etwas dazusagen: Wir in der Österreichischen Volkspartei fühlen uns nicht nur als eine Interessenvertretung für tagespolitische Fragen schlechthin, wir glauben — dieser kurze Hinweis sei mir gestattet —, daß wir uns in einer säkularen Umwälzung befinden, daß gerade wir angesichts der großen Problematik, die sich ergibt aus dem Gegensatz zwischen Ost und West und aus der inneren Situation der Gesellschaftsordnung in Europa mit ihren Strukturwandlungen, mit ihrer großen Problemstellung: „Wie kann in den werdenden Institutionen, Organisationen und Kollektiven die Freiheit der Person gewahrt werden?“, über den Rahmen der tagespolitischen Aufgaben hinaus auch eine gesellschaftspolitische zukunftsweisende Aufgabe haben, wir und unsere anderen Schwesternparteien in Europa.

Wenn also die Österreichische Volkspartei zu diesem Budget ja sagt, so deshalb, weil sie glaubt, daß die wirtschaftlichen Grundsätze, die notwendig sind, von ihr gehalten

werden konnten und daß im Rahmen dieses Budgets sozialpolitisch das untergebracht werden konnte, was untergebracht werden mußte.

Nun aber wird die Frage an uns gerichtet: Sind wir nicht doch irgendwie zu weit gegangen? Ich glaube, hiezu ist vielleicht auf folgendes hinzuweisen: Es soll und muß in der Situation des gegenwärtigen Budgets und der gegenwärtigen Budgetdebatte die Öffentlichkeit und das österreichische Volk sich über eines einmal klarwerden: Der Staat und der Finanzminister sind kein Onkel aus Amerika. Der Staat ist eine Clearingstelle, die nur so viel ausgeben kann, als sie einnimmt. Daher ist es eine entscheidende Frage, wie wir unsere Wirtschaftspolitik führen. Es ist ja wirklich interessant, daß es auch bei der Sozialistischen Partei einmal einen hellen Augenblick gegeben hat, nämlich damals, als es einen Moment lang so geschienen hat, als ob Dr. Kreisky Finanzminister werden sollte. Damals hat auf einmal Dr. Pittermann sehr warnende Worte gefunden und vom Sparen gesprochen und auch von der Rückstellung gewisser sozialer Notwendigkeiten auf einen späteren Zeitpunkt. Er hat damit Grundsätze verteidigt, deren Verteidigung uns heute die Sozialistische Partei zum Vorwurf macht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir glauben also, daß mit diesem Budget zwar eine äußerste Grenze erreicht, diese Grenze aber nicht überschritten wurde. Wir glauben dies vor allem deshalb, weil uns das der Finanzminister sagt, und, meine Damen und Herren, schließlich ist der Finanzminister kein Politiker, sondern ein Fachmann, auf dessen Urteil wir uns verlassen können.

Ich bin aber der Meinung, daß man einige seiner Argumente noch kommentieren muß, weil sie wesentlich und wichtig für die Diskussion in der Öffentlichkeit sind. Der Finanzminister hat nachgewiesen, daß die Erhöhung der Tarife, der Preise und Abgaben und die Erhöhung der Sozialbeiträge um je ein halbes Prozent eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung von insgesamt 1 Milliarde 670 Millionen Schilling darstellt, eine sicherlich sehr eindrucksvolle Summe. Er hat aber ebenso den Nachweis geführt, daß man mit Recht annehmen kann, daß dies lediglich 1 Prozent jenes Brutto-Sozialproduktes ist, das mit 153 Milliarden für das Jahr 1961 geschätzt ist. Er hat uns nachgewiesen, daß er bei seinen Vorschlägen die angenommene Wachstumsrate des Sozialproduktes von 6 Prozent nicht voll in Rechnung gestellt hat, sondern nur mit 5 Prozent. Wir glauben ihm daher auch, daß er die Einnahmen im großen und ganzen richtig präliminiert hat, und ich möchte dafür als Kron-

zeugen niemand geringeren als eine sehr bedeutende Persönlichkeit, unseren lieben Freund Vizekanzler Dr. Pittermann, anführen. Es kommt mir dabei eine Situation im Koalitionsausschuß in Erinnerung, einmal so gegen Mitternacht, als er plötzlich, als wir nicht mehr weiter wußten, den Finanzvoranschlag hergenommen hat, mit Zielsicherheit geblättert und gesagt hat: Da sind so viel und da so viel Einnahmen präliminiert, da geben wir 100 Millionen dazu, da 200 Millionen — er war der reinste Einnahmenjongleur. Er muß also doch angenommen haben, daß der Finanzminister vorsichtig und richtig kalkuliert hat. Ich bitte daher, auch dieses Argument als ein stichhältiges hinzuzunehmen. Aber nun scheint mir folgendes wichtig: Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede darauf hingewiesen ... *(Abg. Rosa Jochmann: Der Herr Vizekanzler ist kein Jongleur!)* Daß er ein geschickter Jongleur ist, ist ja keine private Ehrenbeleidigung, wenn man es in politischer Beziehung gebraucht, es ist höchstens eine Anerkennung und eine Schmeichelei, daß er so tüchtig jonglieren kann. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß er sich ein Sicherheitsventil gelassen hat, das man in seiner Bedeutung richtig werten muß. Er hat sich nämlich vorbehalten, ein Drittel der Sonderkredite des außerordentlichen Budgets zu binden und nur dann freizugeben, wenn die Finanzlage den Erwartungen entspricht. Ich glaube daher, daß man allen Kritikern gegenüber, die glauben, daß das Budget zu stark ausgeweitet ist, doch sehr stark auf diesen Umstand hinweisen muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gäbe ja noch eine Reihe von Dingen, auf die man hinweisen könnte. Ich möchte das aber übergehen, ich möchte mich nur mit der Frage auseinandersetzen: Hat die Österreichische Volkspartei bei diesem Budgetkompromiß nicht doch zu viel Nachgiebigkeit bewiesen? Hat sie nicht doch Belastungen zugestanden, die unverantwortlich sind, besonders vom Standpunkt einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik? Man darf in diesem Zusammenhang nicht nur das in Kalkulation stellen, was an Neubelastungen eingeführt wurde, sondern auch das, was an Mehrbelastungen gedroht hat, verlangt wurde und abgewiesen werden konnte. Es ist sicherlich richtig, daß wir gegen die Erhöhung der Körperschaftsteuer gewesen sind, weil wir eben der Meinung sind, daß dies eine produktionshemmende Wirkung gehabt hätte. Das ist sicher richtig, und wir haben daher auch eine Vermögensteuer abgelehnt. Wir haben

es auch als nicht sehr wichtig erachtet, eine neue direkte Steuer einzuführen, nämlich die Wiedereinführung des Erbschaftsgebühren-äquivalents. Es trifft in erster Linie die tote Hand, es trifft die verstaatlichte Industrie, und ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben über die verstaatlichte Industrie und ihre Verpflichtung, ihren Beitrag zu leisten für die Kasse des Finanzministers, sei es durch Dividendenausschüttung, durch Aktienemission oder durch Volksaktien, immer wieder diskutiert und dafür kein Verständnis bei der Sozialistischen Partei gefunden. Daher ist es nicht unberechtigt, daß gerade auf diesem Wege ein geringer Beitrag geleistet wird. (*Abg. Czettel: Nennen Sie die Milliarden-Steuerleistungen der verstaatlichten Industrie!*) Wir wissen das, aber wir wissen auch, was erspart werden könnte, was mehr abgeliefert werden könnte und wo der Finanzminister und die Steuerkasse irgendwie entlastet werden könnten. (*Zwischenrufe.*)

In der Diskussion im Koalitionsausschuß hat auch die Frage der Bewertungsfreiheit und der Umsatzsteuerrückvergütung eine Rolle gespielt. Das ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nur insofern interessant, als man feststellen muß, daß dem Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann als dem Herrn der verstaatlichten Industrie zwei Seelen in seiner Brust wohnen, weil er ganz genau weiß, daß dieses Problem mit der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im Ausland in Zusammenhang steht.

Angesichts dieser Tatsachen kann man über die kleineren Belastungen hinweggehen, gegen die sicherlich verschiedene Einwendungen vorgebracht werden können, die aber doch nicht einen wirtschaftspolitisch entscheidenden Charakter haben, also Schaumweinsteuer, Bodenwertzuwachsabgabe, Erhöhung der Mineralölsteuer. Einige Schönheitsfehler hat sicherlich die Erhöhung der Beförderungssteuer, aber wir müssen andererseits sagen, daß es doch gelungen ist, in den Verhandlungen eine halbwegs erträgliche Lösung herbeizuführen, und wir müssen darauf hinweisen, daß es der Herr Minister Waldbrunner war, der lange Zeit hindurch im dafür zuständigen Expertenkomitee verhindernd eingegriffen hat mit seiner These von der Wettbewerbsgleichheit zwischen Schiene und Straße, auch dort, wo ein Wettbewerb gar nicht vorliegt.

Aber ich möchte jetzt nicht versäumen, etwas zu erwähnen und etwas einzufügen, was nicht unmittelbar mit dem Budget zu tun hat, aber doch mit der Finanz- und Steuerpolitik der Zukunft, weil es sich um echte Anliegen handelt. Es kann hier nicht darauf verzichtet werden, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, eine gewisse Steuergerechtigkeit herzu-

stellen. Ich habe schon die wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer erwähnt, die ein offenkundiger Skandal ist und eine Belastung für unsere kleinen Wirtschaftstreibenden, wobei wir auch wieder eine sehr interessante Feststellung machen müssen. Ich habe darüber schon gesprochen, weshalb sich die Sozialistische Partei gegen eine Ausgleichsteuer stellt. Das gleiche gilt für die Beseitigung des sogenannten Mittelstandsbauchs und eine gerechte Haushaltsbesteuerung.

Bei Post, Bahn, Benzin, Zigaretten tritt sicherlich eine Erhöhung der Tarife und Preise ein, aber wir müssen dabei auch im Auge haben, daß es sich hier um das Problem der Herstellung kostendeckender Preise handelt, daß wir an sich in Europa die niedrigsten Tarife haben und daß wir mit den 20 Prozent des Bundeszuschlages, der von der Mineralölsteuer abgezweigt wird, doch einen Beitrag für ein sehr wichtiges Vorhaben leisten, nämlich für die Autobahn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Personalstände wieder erhöht werden sollen; denn es ist immer sehr unpopulär, wenn zusätzliche neue Beamtenposten geschaffen werden. Ich glaube aber, man vergißt und übersieht dabei, auf welchen Sektoren dies geschehen ist; auf dem Kultursektor, der ja bestimmt benachteiligt ist, erfolgt dies durch die zusätzliche Einstellung von Hochschulprofessoren und von Mittelschulprofessoren, und dann auf dem Sektor des Bundesheeres. Wir wissen, daß im Vergleich zur gesamten Wirtschaftspolitik die Kulturpolitik noch im Rückstand ist, und wir begrüßen es als einen Fortschritt, daß der Schulbautenfonds geschaffen wurde, der etappenweise dotiert werden soll. Wir sind der Überzeugung, daß die Erfüllung so mancher kulturpolitischer Forderungen auch die Voraussetzung für eine Intensivierung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres österreichischen Vaterlandes ist.

Es hat uns außerordentlich gefreut, eine sehr interessante Feststellung zu machen, nämlich die, daß die Sozialistische Partei anscheinend ein neues inneres Verhältnis zum österreichischen Bundesheer gefunden hat. Ich höre das von den verschiedensten Seiten. Ich werte das als ein Anerkenntnis einer staatspolitischen Notwendigkeit (*Abg. Horr: Wir dankend dafür!*) und möchte vor aller Öffentlichkeit sagen, daß auch wir in der Österreichischen Volkspartei die Überzeugung haben, daß dieses österreichische Bundesheer ein notwendiges ergänzendes Instrument unserer Außenpolitik ist, nicht etwa deshalb, weil dieses Bundesheer für einen dritten Weltkrieg interessant und bedeutungsvoll wäre, sondern weil es in

einer unruhigen Zeitspanne, in einer unruhigen Gegenwartsperiode irgendwie ein militärisches Vakuum ausfüllt und weil wir doch jetzt wieder ganz deutlich bei der Südtirol-Debatte in New York erkannt haben — Herr Abgeordneter Zeillinger könnte uns einiges davon erzählen —, wie umständlich der Apparat der UNO ist und wie kompliziert es ist, dort irgend etwas in Bewegung zu setzen. Wir glauben daher, daß diese Mehrleistungen berechtigt sind. Unser Militärbudget ist noch immer wesentlich geringer als das anderer Staaten, wie zum Beispiel das der Schweiz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun muß ich mich doch Einzelproblemen zuwenden, die von Bedeutung sind, etwa dem Rentenproblem, das zu Klarstellungen nach verschiedenen Seiten zwingt.

Der Kollege Aigner hat gestern ein sehr eigenartiges Geständnis abgelegt. Er hat gefunden, daß die Rede des Generalsekretärs Withalm die SPÖ mißtrauisch gemacht habe, weil sie die Zeiten der Ersten Republik in Erinnerung gerufen hat, in denen sozialrechtliche Bestimmungen getroffen worden sind, für die die seinerzeitigen Christlichsozialen verantwortlich gezeichnet haben. Ich möchte den lieben Freund Aigner dieser Sorge entheben. An der Wiege der österreichischen Sozialgesetzgebung ist ein Christlichsozialer gestanden (*Ruf bei der SPÖ: Wer?*), der Sozialminister Dr. Resch, der ein außerordentlich geschätzter Experte und Fachmann war (*Beifall bei der ÖVP — Zwischenrufe bei der SPÖ*) und der für den Ausbau des Sozial- und Arbeitsrechtes in Österreich einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. (*Zwischenruf des Abg. Probst. — Abg. Lackner: Jugend allein entschuldigt nicht, daß man nichts weiß! — Abg. Pölzer: Daß man einen Hanusch übersehen kann, ist schon eine Bildungslücke, Herr Doktor! Seid mir nicht böse!*) Aber liebe Freunde! Jedenfalls steht fest, daß in der Ersten Republik bahnbrechende Beiträge von Männern aus der christlichen Arbeiterbewegung geleistet wurden, und infolgedessen brauchen wir keine Belehrungen von Seite der Sozialistischen Partei. Wir haben uns zu einem Zeitpunkt zur Sozialpolitik bekannt (*Abg. Pölzer: Das ist arrogant!*), als die Sozialistische Partei noch anderen revolutionären Devisen nachgegangen ist und Sozialpolitik als einen Bremshebel gegen die Herbeiführung eines Zustandes, in dem eine klassenlose Gesellschaft errichtet werden kann, bezeichnet hat. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Prinke: Ihr wart doch gar nicht in der Regierung! — Abg. Pölzer: Gemacht hat er was! — Präsident Olah gibt das Glockenzeichen. — Weitere anhaltende Zwischenrufe.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für uns ist die Sozialpolitik ein Herzensanliegen. Aber es ist doch notwendig, daß wir den wesentlichen Unterschied herauskristallisieren, der zwischen unserem Sozialplan und dem der Sozialisten besteht. (*Abg. Probst: Das ist bald wie bei den Russen, die haben auch alles erfunden! Wie die ÖVP!*) Wir haben uns verpflichtet gefühlt, dafür zu sorgen, daß die Rentenverbesserungen, die vorgesehen sind, auch eine tatsächliche Kaufkraftvermehrung für die Rentner bedeuten, nicht aber dadurch zu einer Kaufkraftminderung führen, daß man durch ein Übermaß an finanziellen Belastungen des Staates die Finanzen in Unordnung bringt und damit die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Versprechungen, die den Rentnern und den anderen Bevölkerungsschichten gegeben werden, nicht eingehalten werden können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube sagen zu können, daß das Ausmaß der Leistungen auf dem Gebiete des sozialen Sektors mit den am 1. Jänner 1961 in Kraft tretenden Verbesserungen außerordentlich ist. Mit der ersten Stufe der Valorisierung zur Herstellung einer Rentengerechtigkeit, mit der halben 14. Rente, mit der Beseitigung gewisser Ruhensbestimmungen, die eine Ungerechtigkeit bedeuten, und mit der Neuregelung der Höchstbeitragsgrundlage, durch die die Differenz zwischen den Aktivbezügen und den Renten verringert wird, wird ein wirklich wertvoller Beitrag geleistet, und ich verstehe nicht, wie heute der Abgeordnete Uhlir so sprechen konnte. Wir wissen ebenfalls ganz genau, daß diese Verbesserungen nicht allein durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge gedeckt werden können. Die großen Bundeszuschüsse, die in der Vergangenheit schon gegeben worden sind, mußten daher neuerlich erhöht werden, um das alles gewähren zu können.

Wir haben freilich eine andere Einstellung in der Frage der Frührente, weil es sich dabei sicherlich nur zu einem ganz kleinen Teil um eine soziale Frage handelt, die Frührente aber angesichts der Arbeitsmarktlage und der entstehenden Mehrbelastung ein sehr eingehendes Studium erfordert. Wir haben daher einer ersten Etappe zugestimmt, die uns die Möglichkeit geben wird, Erfahrungen zu sammeln und dann für die Zukunft das zu tun, was möglich ist und berechtigt erscheint. Wir haben es für unverantwortlich gehalten, daß Vizepräsident Olah in der Diskussion um die Frührente plötzlich erklärt hat, seine Seite sei, wenn diese Frührente, von der er selbst weiß, daß sie im ersten Jahr ja nur einen sehr kleinen Kreis betrifft, nicht komme, nicht gewillt, über die Frage der Erhöhung der

Beiträge in der Sozialversicherung zu sprechen. Aus diesem Zusammenhang war also auch unsere Zustimmung zu verstehen.

Nun hat der Abgeordnete Uhlir etwas gesagt und wiederholt, was gestern auch schon der Abgeordnete Aigner erklärt hat. Er hat nämlich auf die Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherung und auf die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung hingewiesen und gefunden, daß dabei vom Versicherungsprinzip weitgehend abgewichen wird, daß hier Bundesmittel im erhöhten Ausmaß herangezogen werden und daß die Österreichische Volkspartei damit sehr einverstanden ist. Er vergißt nur, auch zu sagen, daß es eine Landflucht gibt, daß in der Landwirtschaft eine sinkende Zahl von Arbeitskräften zu verzeichnen ist und daß darin die Ursache für die schlechte Lage der landwirtschaftlichen Sozialversicherung zu suchen ist! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe beider SPÖ. — Abg. Czettel: Wir haben ja nichts dagegen, daß sie es bekommen, aber gleiches Recht für alle!*) Aber demagogeln Sie doch nicht! Freilich haben Sie zugestimmt, aber Sie können doch nicht, wenn Sie zustimmen, gleichzeitig einen Vorwurf erheben, daß wir dafür sind, daß erhöhte Bundeszuschüsse gegeben werden. (*Abg. Czettel: Die Zahlen beweisen nur, daß wir recht haben mit unserer Forderung und daß wir nicht gegen das Versicherungsprinzip sind!*) Die gewerbliche Sozialversicherung unterscheidet sich ... (*Ruf bei der ÖVP: Eine Richtigstellung! — Ruf bei der SPÖ: Gleiches Recht für alle! — Zwischenruf des Abg. Scheibenreif. — Abg. Czettel: Frag deine Bauern! — Abg. Horr: Scheibenreif, rechne es durch, du wirst sehen, was rauskommt!*) Vielleicht diskutieren wir etwas später weiter, bis sich die Herren beruhigt haben.

Die gewerbliche Sozialversicherung unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt, ich möchte sagen in zwei Punkten von der Unselbständigenversicherung, Kollege Uhlir! Das ist ebenfalls eine sehr wichtige Feststellung, daß zur Unselbständigenversicherung die Selbständigen beitragen, während zur Selbständigenversicherung die Unselbständigen nicht beitragen. Die Selbständigen aus dem Gewerbe zahlen sich hier indirekt einen Teil ihrer Leistungen, die sie bekommen, aus der Gewerbesteuer. (*Abg. Probst: Das ist doch ganz falsch, Maleta, die Unselbständigen zahlen doch auch Steuern für den Staat, aus denen wird der Bundeszuschuß gewährt!*) Na ja, die Bundeszuschüsse, das habe ich ja gesagt, haben daher eine vollkommene Berechtigung. (*Abg. Probst: Na ja, aber die*

Unselbständigen zahlen auch Steuern! — Abg. Horr: Dann darf man es nicht bezweifeln!)

In diesem Zusammenhang noch einige andere Posten von Bedeutung, wie etwa die 200 Millionen Schilling für die Regelung der Anfangsgehälter der Beamten, die damit im Zusammenhang stehen, daß wir uns hier gegen eine negative Auslese schützen müssen, daß eine Abwanderung in die Privatwirtschaft oder in das Ausland verhindert werden muß und daß wir eine frühere Familiengründung ermöglichen müssen. Gerade die Österreichische Volkspartei hat hier im Rahmen des Möglichen Vorschläge unterbreitet, die Österreichische Volkspartei ist sich aber auch dessen bewußt, daß auf diesem Gebiet auch mit allem Ernst darauf verwiesen werden muß, daß wir in Zukunft sparen müssen und daß wir nicht neue zusätzliche Belastungen schaffen dürfen.

Nun möchte ich mich einem anderen Kapitel zuwenden, das ist die Landwirtschaft, die ja jetzt durch das Landwirtschaftsgesetz, den Grünen Bericht zusätzlich 200 Millionen Schilling erhält. Es ist erfreulich, möchte ich feststellen, daß die Sozialistische Partei, die im Vorjahr das noch als ein garantiertes Einkommen abgelehnt hat, sich heuer zu der späten Erkenntnis durchgerungen hat, daß eine Partei, auch wenn sie im überwiegenden Ausmaß Arbeitnehmer vertritt, doch im Interesse des Staatsganzen etwas für Bevölkerungsgruppen tun muß, die mehrheitsmäßig von einer anderen Partei vertreten werden, genauso wie wir uns umgekehrt unseren Verpflichtungen auch nicht entziehen.

Es ist nur das eine zu bemerken: In der Diskussion in der Öffentlichkeit ist die Frage gestellt worden: Ist etwa hier ein Kaufpreis für die Zustimmung der Österreichischen Volkspartei zur Rentenreform gezahlt worden? Ich möchte dazu eine eindeutige Erklärung abgeben. Für uns von der Österreichischen Volkspartei waren diese beiden Angelegenheiten nie gekoppelt. Wir haben uns mit beiden Problemen gesondert zu beschäftigen gehabt, weil es Menschen im Schatten der Konjunktur nicht nur auf dem Sozialsektor gibt, sondern weil es auch Menschen gibt, deren Produktionsverhältnisse sich von denen in der industriellen und gewerblichen Wirtschaft unterscheiden, die eben von naturbedingten Umständen abhängig sind. Ich glaube daher sagen zu können, daß wir feststellen müssen, daß die Leistungen für die Bauernschaft, die ja doch wieder in erster Linie für die kleineren und mittleren Betriebe von Bedeutung sind, mehr sind als eine Leistung für eine Berufsgruppe. Es handelt sich hier nicht darum, ein Produktionsrisiko von der Landwirtschaft wegzunehmen oder

irgendwie die 45-Stunden-Woche einzuführen. Wir alle wissen, unter welch erschwerenden Bedingungen draußen die Landarbeiter und Bauern ihrer Arbeit nachkommen müssen; wir müssen dafür Verständnis und Einsicht haben und der Landwirtschaft das geben, was in allen übrigen Staaten Europas schon längst verwirklicht worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es handelt sich daher um Gemeinschafts-erfordernisse, ob das nun der Wasserhaushalt ist, eine Voraussetzung für die Lebensmittelversorgung, für eine richtige Produktionsgestaltung und Planung oder die Beseitigung der Hochwasserschäden, die in ihren Auswirkungen nicht nur die Landwirtschaft allein treffen, sondern auch andere Berufsschichten. Wir wissen ja alle, unter welch katastrophalen Zuständen wir in den letzten Jahren gelitten haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß dieser Bauernstand auch ein Garant einer freien Gesellschaftsordnung in Österreich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich daher ganz kurz mit einer Frage auseinandersetzen, die in den Verhandlungen des Koalitionsausschusses eine sehr demagogische Rolle gespielt hat. Die Sozialisten haben immer wieder darauf verwiesen, welche Subventionen die Bauern bekommen. Da sind die 800 Millionen Preisstützungen für Milch und 400 Millionen Schilling Preisstützungen für Brot. Richtig. Aber wenn echte Preise aus wenn auch berechtigten politischen Gründen nicht möglich sind, dann bleibt logischerweise nichts anderes übrig, als daß wir für eine lebenswichtige Gruppe und für einen lebenswichtigen Produktionszweig durch Subventionen vorbeugen und ihnen unter die Arme greifen. *(Ruf bei der SPÖ: Der Versorgungsstaat! — Abg. Czettel: Ist das keine Versorgung?)*

Da Sie ja so sehr von Planung reden, meine sehr verehrten Herren von der Sozialistischen Partei, empfehle ich Ihnen, die letzte Veröffentlichung Dr. Nemschaks zu lesen *(Abg. Probst: Das ist keine Pflicht!)*, die sehr interessante Anregungen gibt und aus der hervorgeht, daß wir durch eine langfristige Planung eine langsame Herstellung der Preisgerechtigkeit auf einer mittleren Linie, auf lange Jahre hin gesehen, herbeiführen müssen; einerseits durch allmählichen Abbau der Subventionen, andererseits durch allmähliche Preiskorrekturen. *(Abg. Probst: Sagen wir so: Man kann ihn lesen, aber es ist keine Pflicht!)*

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch noch ein Wort über Budget und gewerbliche Wirtschaft. An sich sind hier nur mehr einige zusätzliche Bemerkungen notwendig, denn im Grunde waren meine Aus-

führungen eine Auseinandersetzung zwischen der Wirtschaftsvernunft mit sozialistischen Gedankengängen, und im Grunde genommen haben sich durch die Verhandlungen des Koalitionsausschusses wie ein roter Faden die Auseinandersetzungen um die Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik hindurchgezogen. Ich glaube, in einem Punkt sollten wir doch den Vorwurf widerlegen, der dem Parlament immer wieder gemacht wird, daß an einer Budgetvorlage nichts geändert wird. Wenn schon die Sozialisten stur sind in der Frage der Herstellung einer Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den einstufigen kleinen Betrieben und den mehrstufigen Konkurrenzbetrieben durch eine Ausgleichsteuer, dann halte ich es durchaus für berechtigt, einen an sich geringfügigen Freibetrag von 25 Millionen Schilling hier einzubauen und etwa dort auf der anderen Seite etwas wegzunehmen, wo Möglichkeiten sind, etwa auf dem Sektor der verstaatlichten Industrie oder der großen Unternehmungen und Konzerne. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wirtschaftspolitik — ja, wohl, sie ist notwendig, sie ist richtig, aber wir haben auch die Verantwortung, daß wir als christliche Demokraten dafür sorgen, daß die Wirtschaft allen Bevölkerungsgruppen dient, und die Kleingewerbetreibenden und die kleinen Händler, diese kleinen Existenzen haben ein Recht darauf, daß man, wenn von Wirtschaftspolitik gesprochen wird, auch an ihre soziale Sicherheit denkt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist die Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor der wir stehen, und ich glaube daher, daß es auch begrüßenswert ist, daß für die Kreditaktion im Kleingewerbe und für die Bürgschaftsfonds Ges. m. b. H. im Budget größere Mittel vorgesehen sind.

Sicherlich, wir sind in einem Strukturwandel der Wirtschaft. Gewerbe sterben, neue Gewerbe entstehen, daher muß jenen, denen noch geholfen werden kann, geholfen werden, und für jene, denen nicht mehr geholfen werden kann, muß man dann durch Umschulung oder durch Rente Vorsorge treffen; denn Anspruch auf die Hilfe des Staates haben nicht nur die Arbeitnehmer, den hat auch der Selbständige, wenn er seine selbständige Existenz, seine Zukunft nicht garantiert hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich begrüße es daher, daß es möglich war, diese zusätzlichen Kredite zu geben, weil die einzelnen Ressortminister doch größere Beträge als im Vorjahre bekommen haben. Bedauerlich ist, daß auf dem Wohnbausektor nicht mehr geschehen kann. Aber hier muß doch auch eines offen ausgesprochen werden: Wir werden vom Budget loskommen müssen, wir werden

neue Wege gehen müssen. Sicherlich ist einerseits die Wohnung eine Ware, sie hat ihren Preis, andererseits gibt es selbstverständlich wieder weite Schichten, die eben ein Menschenrecht auf eine Wohnung haben, und daher wird man auch hier in einer vernünftigen fachlichen Diskussion, meine Damen und Herren, eine Lösung suchen müssen, die nicht einerseitig expropriert, die eine Gerechtigkeit herstellt, die aber auch auf die sozialen Bedürfnisse die notwendige Rücksicht nimmt. (*Abg. Horr: Aber nicht so, wie es die Hausherren wollen!*) Reden Sie nicht von den Hausherren, werter Kollege! Es ist eine primitive demagogische Art und Weise, uns als Hausherrenpartei zu bezeichnen. Wir verwarfen uns dagegen, wir, die breiten Schichten der kleinen Leute, der Gewerbetreibenden und so weiter, der Arbeiter und Angestellten in der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Probst: Gibt es keine Hausherren? Es gibt doch Hausherren!*) Sie haben ja auch ihre Schloßbesitzer und ihre Hausherren in den Reihen der Sozialistischen Partei. (*Abg. Uhlir: Das sind lauter Hausherren, die kleinen Gewerbetreibenden!* — *Abg. Mitterer: Die Gemeinde Wien ist der größte Hausherr!* — *Abg. Pölzer: Der zweite ist schon der Prinke!* — *Abg. Horr: Aber bei der Gemeinde zahlen sie 1 S!* — *Abg. Dr. Prader: 11 S Zins pro Quadratmeter!*) Das wollen Sie nicht sehr gerne hören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir konnten diesem Budget unsere Zustimmung geben, aber wir wissen, daß uns dieses Budget zu einer wirklichen ernststen Überprüfung aller Möglichkeiten des Sparens, der richtigen Verteilung der Belastungen zwingt, daß es uns zwingt, der Realität ins Auge zu sehen. Wir glauben, daß dies möglich ist. Wir müssen den Appell an Sie richten, daß wir im Interesse des Staatsganzen bei allen Wünschen und Forderungen, die kommen, irgendwie darauf sehen, daß eben dieses Staatsganze nicht irgendwie Schaden leidet.

Hohes Haus! Ich bin am Ende meiner Ausführungen und möchte nur eine Feststellung machen: Manche bürgerliche Kritiker mögen erkennen, daß die Österreichische Volkspartei in einer schwierigen Situation war, daß sie sich mit viel Fleiß, mit viel Mühe mit diesen Problemen auseinandergesetzt hat, daß sie eine Partei ist, die sicherlich die Stabilität der Wirtschaft garantieren muß, weil sie in diesem Staat der einzige Garant, der echte Garant für die Stabilität unserer Wirtschaft ist. Sie mögen aber auch erkennen, daß auch wir uns unseren sozialen Verpflichtungen nicht entziehen. Das Beste gewollt und das Mögliche erreicht zu haben, meine Damen und Herren, ist immerhin ein Erfolg. Und wem trotzdem die ÖVP bei diesen Budget-

verhandlungen als zu weich und nachgiebig erscheint, für den habe ich einen Ratschlag: Das nächste Mal besser wählen, das nächste Mal kein „Gleichgewicht der Kräfte“ herstellen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Dann, meine Damen und Herren, werden wir auch in der Lage sein, weitere Verhandlungen zu führen. (*Abg. Czettel: Warum eine solche Angst vor der nächsten Wahl? Wir haben noch Zeit, Dr. Maleta! — Weitere Zwischenrufe.*) Nein! Den Aufmarschplan zur nächsten Wahl haben wir Ihnen mit diesem Budget zerlegt, meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Weikhart: Jetzt ist Phantasie da!*)

Man muß sich dessen bewußt sein, daß dieses österreichische Volk diese Österreichische Volkspartei braucht, damit nicht einmal eine Zeit kommt, in der man der angeblich so schlechten Gegenwart als einem verlorenen besseren Zeitalter Österreichs nachtrauert. Bekanntlich kommen Reuetränen zu spät. Aber wir in der Österreichischen Volkspartei wissen, daß diese Partei eine große Aufgabe erfüllt. Wir unterziehen uns jederzeit den Verpflichtungen, die die Tagesprobleme an uns stellen, wir sorgen aber auch dafür, daß es auch in der Zukunft eine freie Ordnung und freie Menschen in Österreich gibt! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Olah: Als Kontraredner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Gredler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. (*Abg. Probst: Ah, die Opposition kommt hinterher!* — *Abg. Dr. Migsch: Spät, aber doch!*)

Abgeordneter Dr. Gredler: Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat viel über die Koalition gesprochen, sich auch mit uns Freiheitlichen befaßt — ich werde mir noch erlauben, ihm darauf die Antwort zu geben —, er hat sozial- und wirtschaftspolitische Probleme erörtert, er hat allerdings nichts über die Defizitsituation des gegenwärtigen Haushaltsplans gesagt. Hier darf ich ihn noch ergänzen.

Nach geradezu chaotischen Vorgängen liegt nunmehr dieser Haushaltsplan 1961 vor. Die Frage, ob er überhaupt dem Artikel 51 Abs. 1 und 3 der Bundesverfassung gemäß ist, wird noch zu prüfen sein.

Würde man auf der Ministerbank, die allerdings nahezu leer ist, etwa einen Quiz, wie hoch die tatsächliche Bruttosumme des nächstjährigen Staatshaushaltes, wie hoch das tatsächlich zu erwartende Defizit und wie hoch die tatsächliche Staatsverschuldung jetzt ist, durchführen, man würde zweifellos bei einer solchen Befragung von jedem der Herren eine andere Antwort erhalten,

Die Koalition hat ihr Budget eingebracht; sie hat die Frage offengelassen, ob die Mehrbelastungen überhaupt getragen werden können, wie sie getragen werden, ob sie nicht etwa überwältzt werden. Sie läßt die Frage offen: Wer soll denn das bezahlen?

Wieder einmal, so schrieb ein nicht parteigebundenes Blatt, wird der Österreicher nach dem Willen der Koalitionsparteien die Zeche zu zahlen haben, wieder einmal gibt der Staat weit mehr aus, als er einnimmt. Geschieht dies in einer Familie, so ist das ein Scheidungsgrund, geschieht dies im kaufmännischen Leben, so droht das Kriminal — aber der Staat darf es.

Wir unterscheiden uns, meine Damen und Herren, sehr wesentlich von den Ameisen dadurch, daß wir keine Blattläuse zum Melken haben. Es mangelt uns solcher Schnabelkerfe, deren Honigtau die abmelkende Ameise wohl zu schätzen weiß. Wir, die österreichische Bevölkerung, werden selbst gemolken. (*Abg. Probst: Auch viel Phantasie, Herr Kollege Gredler!*) Herr Kollege! Um festzustellen, daß die österreichische Bevölkerung gemolken wird, braucht man keine Phantasie, da genügt das Zahlenmaterial. (*Abg. Dr. Migsch: Ist die Phantasie so groß wie bei den Ameisen? — Abg. Probst: Ameisenphantasie!*)

Das Parlament wird all diesem zustimmen; es wird praktisch nicht einen Schilling am Budget ändern, es wird widerspruchlos hinnehmen, wenn allein im Vorjahr durch Mehrüberschreitungen der Ministerien das ohnedies bereits vorhandene Passivum um weit mehr als 1 Milliarde Schilling überschritten wird. Das Parlament wird eine vielleicht noch glossierende, aber sicher kaum mehr echt beratende und schon gar nicht beschlußfassende Tätigkeit ausüben, es wird dahinvegetieren als Hilfseinrichtung des Koalitionsausschusses. (*Abg. Horr: Na, Sie brauchen wir dazu!*) Herr Kollege, es wäre gut, wenn man mich dazu brauchen würde. (*Heiterkeit.*) Leider ziehen meine Argumente nicht; es sind aber die Argumente, die bis in Ihre eigenen Reihen hineingehen. (*Abg. Probst: Wenn Sie am Schluß kommen wie heute?*) Herr Kollege, wenn Sie bedauern, daß ich am Schluß komme: Am Ende kommt das Beste! (*Heiterkeit. — Beifall bei der FPÖ.*)

Ich sagte bereits: Im Haushalt droht dem Partner, der mehr ausgibt als vorhanden, nach Zerrüttung der Ehe die Scheidung. Ist unsere Bevölkerung interessiert genug, beobachtet sie die Problematik genug, um zu beurteilen, um ihre Konsequenzen zu ziehen, um auch die Scheidung von der Koalition mit dem Stimmzettel durchzuführen (*Abg. Sebinger: Das hat sie nicht getan!*),

eine Bevölkerung, die anscheinend viel zu wenig weiß, daß das, was sie mit ihrer Arbeit verdient, zu gut einem Drittel und mehr von der öffentlichen Hand wieder weggenommen wird — die sich nicht der indirekten Steuern bewußt wird, nicht der Tatsache, daß sie bei jeder Zigarette, bei jedem Liter Benzin, bei jedem Einkauf überhaupt nicht nur das, wie Sozialisten schon gesagt haben, höchste Besteuerungsniveau der Welt mitzuzahlen hat, sondern in der nächsten Zeit sogar noch mehr zu zahlen haben wird, eine Bevölkerung, die anscheinend nicht spürt, daß von zwölf Arbeitsmonaten im Jahr einige ausschließlich dazu aufgehen, daß die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden daraus gedeckt werden, daß die kalte Sozialisierung einen immer größeren Umfang annimmt? (*Abg. Horr: Das tut Ihnen am meisten weh!*)

Das Defizit ist sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Budget bedrohlich. Allein das außerordentliche sieht ein Passivum von 2,3 Milliarden Schilling vor, das Defizit beträgt in der ordentlichen Gebarung, wie Sie wissen, etwa 400 Millionen. Aber selbst das ist unrealistisch angesetzt, denn wir hören, daß der Betrag von etwa 200 Millionen Schilling, die man zur Erhöhung der Mindestgehälter benötigen wird, zu gering ist, daß man damit nicht auskommen wird. Wir hören ferner, daß bei einzelnen Erhöhungen in diversen vorgesehenen Posten, von denen ich noch sprechen werde, weniger zu erwarten ist, als man offiziell zugibt. Und Fachleute meinen, daß allein die ordentliche Gebarung etwa um 1 Milliarde Schilling zu optimistisch angesetzt ist. Daß vom vergangenen Jahr bereits an die 2 Milliarden Schilling fehlen, ist Ihnen sicherlich bekannt.

Schließlich hat man die Schulbauten und die Hochwasserschädenbekämpfung aus dem Budget genommen und zwei Fonds mit etwa je 300 Millionen Schilling geschaffen. Und selbst wenn die Ressorts im kommenden Jahr 1961 ihre Ansätze weit weniger als im vergangenen Jahr überschreiten würden, so glaube ich, gestützt auf das vorgebrachte Zahlenmaterial, daß wir ein Gesamtdefizit von vielleicht gegen 5 Milliarden Schilling für das Jahresende 1961 zu befürchten haben. Auch der Kunstgriff des Herrn Finanzministers, einfach den Familienbeihilfenfonds aus dem Budget auszugliedern, um so auf seine 46 Milliarden-Begrenzung zu kommen, ist ihm bekanntlich nicht gelungen. Und daß der inländische Kapitalmarkt nicht in der Lage ist, solche Budgetlücken zu schließen, ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu debattieren, wir wissen es.

Meine Damen und Herren! Die „Arbeiter-Zeitung“ — und ich erwähne es, ich habe es schon vor etwa zwei Jahren im Parlament erwähnt — hat einmal geschrieben, das damalige Budget wäre gut frisiert. Es war ein Artikel des Herrn Karl Aush. Ich befürchte, daß man dieses Budget eher als schlecht frisiert bezeichnen muß. Sollte vielleicht der Professor Kamitz im Frisieren mehr Übung haben als sein Nachfolger? Jedenfalls, es zeigt schwere Mängel. (*Abg. Dr. Maleta: Wie ihr erst frisieren würdet!*) Darüber werde ich mich noch auseinandersetzen. Das Budget 1960 zeigte Eigentümlichkeiten in seiner Entwicklungsgeschichte, und wenn ich es mir schon versage, von früheren zu sprechen, so darf ich mich schon auf Grund des Ineinandergreifens des Staatshaushaltes 1960/61 auch kurz mit dem von 1960 und seiner Durchführung beschäftigen.

Im Herbst 1959 — und die amtliche „Wiener Zeitung“ hat es etwa Mitte September erwähnt — meinte der damalige Finanzminister in einer Rede, der Staat sollte sich eigentlich für das Jahr 1960 mit etwa 37 Milliarden Staatshaushaltsbegrenzung begnügen. Meine damalige Erwähnung hat durch den Herrn Abgeordneten Machunze zwei Zwischenrufe erfahren, sie erregte die Verärgerung des Herrn Dr. Kamitz, und ich mußte dem letzteren erst nach einem mühseligen Nachblättern in den Quellen — ich dachte, er habe die Rede schon früher gehalten — aus der „Wiener Zeitung“ die Tatsächlichkeit dieser Zitierung nachweisen. Sie ist ihm nicht mehr in Erinnerung gewesen.

Damals hat sich die Österreichische Volkspartei zugute gehalten, daß sie der Auffassung des Herrn Vizekanzlers, die er ebenfalls vorher in einer Rede geäußert hat, der Staat könnte etwa 45 Milliarden ausgeben, entgegengetreten ist, daß sie sie abgewehrt hat. Aber, meine Damen und Herren, prüfen Sie doch die Lage des Budgets 1960, de facto hat sich doch zweifellos die Zahl des Herrn Vizekanzlers und nicht die Zahl des Herrn Bundesministers für Finanzen durchgesetzt. Auf welchem Weg? Ob das auf dem Weg der sogenannten mitregierenden Opposition ging — ein Wort, das ich dem Vokabelschatz des geehrten Herrn Vorredners entlehnen darf — kann ich nicht prüfen. (*Abg. Dr. Maleta: Sie sollten mehr entlehnen!*) Einiges, Herr Kollege, werde ich nicht von Ihnen entlehnen (*Abg. Dr. Maleta: Das Gute!*), nämlich daß Sie privat gemachte Scherze hier ins Haus ziehen. Gott sei Dank eine Bemerkung, deren Scherzhaftigkeit sofort irgendwie klar fühlbar war. (*Abg. Dr. Maleta: Es ist gut um die Politik bestellt, solange es Witze gibt!*) Richtig, Herr Kollege, aber man darf nicht einen Witz, den einem jemand privatim sagt, gewissermaßen zum Beton

seiner Argumentation machen. Das ist eine schwache Fundierung. Aber darüber wollen wir uns noch unterhalten. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich möchte darauf zurückgehen, daß ÖVP-Quellen die Ansätze des Budgets 1960 als unrealistisch und die Einnahmenschätzungen als überhöht beschrieben haben. In der Vorlage des Budgets von damals war — wenn Sie sich erinnern — ein kleiner Überschuß vorhanden, aber nur weil man die Posten aus dem ordentlichen in das außerordentliche Budget verschoben hat. Und mit welcher Mühe der heutige Finanzminister nun mit Bundesanleihen, wohl auch mit Schatzscheinen bemüht ist, dieses Budgetloch 1960 von vielleicht gegen 2 Milliarden Schilling zu stopfen, wird er Ihnen schon bestätigt haben oder zu bestätigen wissen. Ich sprach auch kürzlich in diesem Hause dazu, soweit mich nicht damals das Schellengeläute des Glöckners von Notre maison, unseres verehrten Herrn Ersten Präsidenten daran gehindert hat. Ich verstehe, daß der Herr Finanzminister kürzlich den Pressevertretern gegenüber diese Schwierigkeiten seiner Aufgabe besonders unterstrichen hat. Ich bin mir darüber im klaren, daß es bei der Lage des Budgets 1960 sehr schwierig für ihn war, das Budget 1961 entsprechend zu entwerfen.

Der Herr Bundeskanzler hat uns liebenswürdigerweise eingeladen — erinnern Sie sich an seine kürzlichen Erklärungen —, Kritik zu üben. Er hat dies leider in einem Tonfall gütigen Hohnes getan. Bei allem Respekt glaube ich schon, sagen zu müssen, daß diese Anmerkung in dieser Budgetsituation wirklich wenig am Platze war. (*Zwischenrufe.*) Ich höre da gerade einen Zwischenruf. Wir haben schon oft positive Vorschläge gemacht. Ich möchte jetzt nicht mit dem Scheuch—Hartleb-Landwirtschaftsgesetz beginnen, ich darf nur darauf hinweisen, daß ich selbst im Anschluß an das belgische Kriegssachschadengesetz vor etwa einem Jahr hier einen Antrag auf eine Reform der Kriegssachschadengesetzgebung vorgelegt habe, die aber nirgends Erörterung fand. Ja, es ist billig, uns zu sagen: Ihr seid nicht konstruktiv, ihr macht keine Vorschläge!, wenn man jeden Vorschlag von uns einfach in die Lade legt, begräbt und nie darüber verhandelt.

Nun, solche Vorschläge wurden gemacht, sie wurden sogar da und dort einmal in Ausschüssen — selten genug — beachtet. Aber die Sanierung der gegenwärtigen Budgetlage ist wirklich nicht unsere Aufgabe. Denn betrachtet man diesen Budgetentwurf der Regierung mit allem Abstand, mit aller Ruhe, dann muß man doch wohl feststellen, er enthält genug Enttäuschungen, er zeigt uns eindeutig genug, daß

wir in einen recht verhängnisvollen Kurs unserer Finanzpolitik geraten sind. Wir alle haben das unbehagliche Gefühl, eine mit vielen Worten verbrämte Gefährdung, eine leichte Aufweichung des Schillings nicht loswerden zu können. Sie hören davon auch immer wieder draußen das Gespräch. Wir wollen es nicht, wir alle gemeinsam wollen es nicht, aber wir hören von Befürchtungen. Befürchtungen, die bei dieser Aufblähung des Budgets und manchen Dingen, die sich darum ranken, doch irgendwie begreiflich erscheinen.

Ich möchte mich auch namens meiner Kollegen und auch selbst gegen die verspätete Einbringung des Entwurfes wenden. Ich sagte schon, ich will das heute weiter nicht streifen. Aber ich bitte Sie, sich zu erinnern: Der freiheitliche Bundeskanzler Schober hat 1929 eine Reform durchgeführt, wonach die ursprünglichen acht Wochen zur Behandlung des Budgets zwecks ausführlicher Beratung — mit den Stimmen, wenn ich mich richtig erinnere, des ganzen Hauses — auf zehn Wochen ausgedehnt worden sind. Diese Pflicht zur gründlichen Prüfung des Haushaltes ist uns durch die Abkürzung genommen worden, und zwar gerade in einer Situation, deren Ernst doch der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister selbst in ihren Reden hervorgehoben haben. Man kann doch nicht mit voller Unbekümmertheit über einen solchen Haushaltsplan rasch hinweggehen. Man muß doch betrachten, wie der Haushaltsrahmen in den letzten Jahren immer wieder die Möglichkeiten überschritten hat, wie ein geradezu erschreckender Trend einer weiteren Ausgabenerhöhung vorhanden war: 1952 21 Milliarden, 1955 28 Milliarden, 1958 38 Milliarden und 1961 — wenn es gut geht — gegen 48 Milliarden.

Dazu kommt, daß von den Kreditoperationen des Bundes im Jahre 1960 zuerst einmal 500 Millionen — wie Sie wissen werden — zur Abdeckung von Rückständen des Budgets 1959 verwendet werden sollten. Von der im September 1960 aufgenommenen Bundesanleihe, die man nur mit sanfter Gewalt auf 1 ½ Milliarden hinaufgetrieben hat, steht wieder nur 1 Milliarde zur Verfügung, denn 500 Millionen dienen zur Rückleitung von Schatzscheinen. Für die Abdeckung des Budgetdefizits 1960 wird also der Herr Finanzminister hohe Mittel benötigen; und sie erhöhen das Defizit zusätzlich. Der Kapitalmarkt — ich darf es noch einmal betonen — ist nicht entsprechend aktiviert worden. Eine drohende wachsende Staatsschuld legt ihn lahm, Leistung, Investitionstätigkeit wird gebremst, und die österreichische Finanzpolitik beginnt im Grunde an dem Ast zu sägen, auf dem Wirtschafts- und Sozialpolitik sitzen.

Ich erinnere mich, vor einigen Monaten hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen noch in der Vorstellung gesonnt, daß er die Mehranforderungen der Ressorts von einigen Milliarden Schilling zurückweisen werde. Jahr für Jahr versuchen wir Freiheitlichen leider immer vergeblich, auf diese Abgabensteigerung, auf die immer größere Knechtschaft des Individuums in der öffentlichen Finanzverstrickung hinzuweisen.

Wir alle wissen bereits, daß sich am Ende jedes Rechnungsjahres das gleiche Spiel wiederholt und der Berg der Verpflichtungen höher wird. Was sollen denn die Beschwörungen, die Appelle des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Finanzministers, daß sich die Bundesregierung, die Herren Minister um eine Beschränkung der Personalausgaben bemühen sollen? Betrachten Sie diesen Haushaltsentwurf! Sicherlich, es kann da und dort einmal die Notwendigkeit der Einstellung eines Beamten geben, aber doch wohl kaum von 6000 Beamten! Dieser Haushaltsentwurf platzt doch geradezu aus den Nähten — personell; auch finanziell. Mit Schrecken sehen wir auf die runde Zahl von fast 48 Milliarden Schilling. Man verkriecht sich hinter Dauerlasten, neuen Notwendigkeiten, die einen Verbleib bei den bisherigen Ausgabenzahlen unmöglich machen, ja diverse Neubelastungen angeblich notwendig machen.

Aber das ist ja mit ein Haupteinwand von uns gegen diesen Haushalt, daß er den Versuch einer wirklichen Bändigung im Ernst überhaupt nicht unternimmt, trotz der schönen Worte, die ihn aus der reichlichen Sammlung solcher Anlässe begleiten, bis er nicht nur für uns, sondern für die ganze österreichische Bevölkerung eine herbe Enttäuschung ist.

Warum ist es zur verspäteten Einbringung gekommen? Betrachten wir doch nicht nur die Gründe aus der jüngsten Vergangenheit, sehen wir doch einmal, wie schleppend ein solches Budget in Österreich entsteht. Da machen die Ressorts ihre Urentwürfe, man koordiniert vor dem Sommer auf der sogenannten Beamtenebene. Es war vor den Ferien, im Frühjahr noch: Da packt die Ressortschefs das Reisefieber, der eine fährt nach Indien, der andere auch, dann fährt einer links nach Chile und der andere rechts, nordwärts hinauf nach Skandinavien, der eine nach London, der andere nach Deutschland. Sogar nach Deutschland fährt einer! Und dann treffen sie sich kurz auf dem Flugplatz Schwechat. Sie können kaum das Budget verhandeln. Es kommt eine Regierungsumbildung, es kommen die Kehraus-Wochen des Parlaments, es kommt die Urlaubszeit. Hie und da steigt ein propagandistischer Ballon der

Koalitionsparteien. Man debattiert im Haus über den Versorgungsstaat, man bezieht Ausgangsstellungen, wer eigentlich für die armen Rentner mehr tun wolle, mehr getan hat und mehr tun werde. Die Betroffenen merken gar nichts davon, daß die einen wollen und die anderen werden.

Langsam kommt der Herbst. Man hört von Forderungen der Ressorts; sie sind um 10 Milliarden zu hoch. Der Herr Finanzminister folgt seinem Vorgänger, er brilliert als Rhetor. Er rechnet mit einer Zuwachsrates des Nationalproduktes, vielleicht von 5, vielleicht von 7 Prozent — die Mittellinie mag 6 Prozent sein —, und er sagt: Die Steigerung des Budgetvolumens ist mit allerhöchstens 46 Milliarden als oberste Grenze gegeben, denn sonst gefährdet man die Stabilität des Geldwertes.

In seinen eigenen Reihen mögen manche sogar an diesen 46 Milliarden einige Kritik geübt haben. Bitte, er ist neu im Amte, er macht Konzessionen. Er beurteilt offen die Möglichkeiten einer antizyklischen Budgetpolitik in der Hochkonjunktur skeptisch, sich auch darin von seinem Vorgänger unterscheidend. Er sagt aber richtig, die einzige Reservenbildung liege in der Staatsschuldtilgung. Das außerordentliche Budget solle allmählich — so führt Finanzminister Heilingsetzer aus — überhaupt abgebaut werden.

Nun sind es nicht 46 Milliarden, sondern gegen 48 Milliarden, das außerordentliche Budget wird nicht abgebaut, die Verschuldung sinkt nicht. Der Herr Finanzminister ist inzwischen auf zwei Wochen zur Weltbank gefahren zur Tagung des Internationalen Währungsfonds, sicherlich eine Notwendigkeit. Die Parteien greifen inzwischen hinter seinem Rücken eifrig ein, Minister beginnen zu sprechen, wahlstrategische Erwägungen jagen sich. Monate sind vergangen, die Verfassungsbestimmung drängt. Nun, in einer verschärften Situation wird die Verfassung dann rasch neu geschöpft, die Koalition bleibt erhalten, die Materie kommt spät ins Haus. Sie wird natürlich angenommen werden. Bei den Verhandlungen hat man die Ressortchefs schon kaum mehr zugezogen.

Und wie sieht das Ergebnis aus? Mehrausgaben aller Art: Rentenvalorisierungen, Weiterauszahlung der Ausgleichszulagen, Grüner Plan, und ich weiß nicht, dies und jenes. Ich möchte jetzt nicht auf alle Details eingehen.

Auf der anderen Seite: Wo bringt man das Plus her, wie schafft man nun die Abdeckung dieses riesigen Budgets? Bundesbahntariferhöhung, Zigarettenpreiserhöhung, Mineralölsteuererhö-

hung, Erhöhung der Beförderungssteuer, der Steuer auf extraprima Spirit, und Schaumweinsteuer. Na, diese beiden letzteren — sollen sie sie haben, diese Erhöhungen! Voller Heizölzoll, Gebührenäquivalent, Bodenwertzuwachssteuer — man hört immer bessere und neuere Worte geprägt —, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und so fort.

Um die ganze Traumhaftigkeit dieser Zahlen irgendwie begreiflich zu machen, gebraucht man den Slogan: Wir besteuern die Reichen, das süße Leben, la dolce vita! Den Kleinen, den Armen, denen wollen wir helfen!

Meine sehr Verehrten! Ich kann es Ihnen nicht ersparen, zu prüfen, wie Sie ihnen helfen. Zum Zwecke der Hilfe für die Armen geht man nun etwa daran, die Eingänge der Bundesbahn zu erhöhen. Man erhöht allein die Eingänge aus der Güterbeförderung um 350 Millionen Schilling, wohl wissend, daß auch die Kleinen und Armen über die Preise der Güter hinweg alle diese Dinge in den Kaufpreisen werden zahlen müssen.

Aber nicht allein das. Man denkt sich: Man muß ja den Kleinen, den Armen helfen, also muß man doch auch die Personentarife der Bahn erhöhen. Und nun erhöht man, um dem Kleinen zu helfen, die Tarife. Man wird es so machen: Man wird die Tarife der 2. Klasse etwa um 25 Prozent anheben. Aber die Tarife der 1. Klasse wird man ein wenig senken, denn man will ja dem Armen und Kleinen auch einmal Gelegenheit geben, in der 1. Klasse zu fahren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man überlegt sich nun folgendes — ich erinnere an Maria Antoinette, die einmal gesagt haben soll: Wenn die Armen kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen! —: Wenn die Armen schon Schwierigkeiten haben, die 25prozentige Fahrpreiserhöhung für die 2. Klasse zu bezahlen, dann können sie ja allenfalls in der verbilligten 1. Klasse fahren. La dolce vita! Die Tarife der Autobusse von Bahn und Post werden ebenfalls um 25 Prozent erhöht.

Auch die Pendler — ich glaube, mich nicht zu irren, es sind 300.000, und da rechne ich die Schüler nicht einmal ein —, also eine „reiche“ Bevölkerungsklasse, deren dolce vita man unbedingt besteuern muß, werden, zwar, wie es nun heißt, nicht über Gebühr, sondern nur verhältnismäßig, das heißt der Steigerung der Gesamtpreise nach, ebenfalls mehr zahlen müssen.

Die Zigaretten. Meine sehr Verehrten! Ich erinnere mich an eine Rede des Herrn Vizekanzlers — ich glaube, es war sogar eine Fernsehsendung —, wo er sich recht ergrimmt

gegen den Gedanken ausgesprochen hat, den Preis der Austria 3 zu erhöhen. Das war vor etwa 14 Tagen, drei Wochen. Der Preis der Austria 3 — bekanntlich eine beliebte Marke der „Reichen“ im Lande — wird von 18 auf 25 Groschen erhöht. Jene Austria 3, die doch die breiten Massen zu rauchen pflegen! Ich befürchte, der Herr Vizekanzler wußte damals, als er diese Erklärung abgegeben hat, sogar schon, daß es zu dieser Erhöhung von nahezu 40 Prozent kommen werde. Ich kann es nicht beurteilen, aber ich befürchte es.

Bitte, Sie haben eine Tat gesetzt: Sie haben, meine sehr Verehrten, den Sekt mehr besteuert. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich frage: Welcher moderne Reiche zahlt sich den Sekt, den er trinkt, selbst? (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*) Neben der Institution der Babysitter hat doch die moderne Zeit auch, wenn Sie wollen, den Spesensitter oder Sektsitter erfunden. (*Heiterkeit.*) Wenn jemand einmal Gelüste hat nach einer Flasche Sekt, so lädt er seinen Geschäftsfreund ein, setzt den Sekt als Spesen ab, und letzten Endes zahlt der Herr Finanzminister in seiner Güte diesen Sekt über die Verminderung der Einkommensteuer. Die zahlt er! (*Heiterkeit.*) Also, mit der Sektsteuer werden Sie ihre 5 Milliarden nicht abdecken können.

Ich fürchte sogar — ich glaube, ich habe in meinem Leben kaum je Extraprimasprit oder wie das Zeug heißt, getrunken, — daß auch bei der Brantweinsteuer — es hat vorhin in meiner Sprechstunde jemand mit mir darüber gesprochen, sie mag bevölkerungserzieherische Gründe haben, und ich stimme der ganzen Idee durchaus zu — gewisse Schwierigkeiten für die Kleineren, und zwar für die Händler geben wird. Es soll eine Kontingentierung vorhanden sein, wonach die großen Erzeugerfirmen noch weiter günstig beliefert werden, was aber gerade die kleineren Händler sehr unangenehm in ihrer kommerziellen Situation trifft. Ich weiß es nicht — aber ich möchte auf dieses Detail ebenfalls hinweisen. (*Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.*)

Damit man aber, meine Damen und Herren, den Armen hilft und die Reichen besteuert, hat man auch die Beförderungssteuer, die ja bekanntlich ebenfalls auf die Preise überwältzt werden kann, erhöht. Man hat neben der Erhöhung der Eisenbahntarife auch die Steuer für den Güterfernverkehr, für die LKW-Transporte, von 35 auf 40 S pro Fahrt und Tonne erhöht. Das ist interessant, denn es ist im Grunde genommen ein Fall des unlauteren Wettbewerbes. Der Staat hat einen potentiellen Konkurrenten: die privaten Straßentransportfirmen; und diesen schreibt er nun zusätzliche Steuern vor, die aber doch

letzten Endes meist auf die Preise abgewälzt werden.

Es mag sein, daß die Österreichischen Bundesbahnen diesen Weg gehen mußten. Wir haben zwar gestern gehört, sie haben mehr Einnahmen, aber ich habe mir die Zahlen herausgesucht: Im ersten Halbjahr 1960 hat das Gesamtdefizit der Österreichischen Bundesbahnen immerhin 937 Millionen Schilling ausgemacht, und es ist nur durch Kürzung der Investitionen möglich gewesen, unter der Bilanz von 1959 zu bleiben. Das reine Betriebsdefizit soll mit 841 Millionen Schilling höher als im ersten Halbjahr 1959 gelegen sein.

Bei Benzin und Dieselöl gelten die gleichen Überlegungen. Während der Vorgänger des Herrn Finanzministers in einer seiner vielfältigen neuen Funktionen — ich meine in der des Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen — betont hat, daß seiner Meinung nach die Mineralölsteuer gesenkt werden müßte, um dadurch den Verbrauch zu erhöhen und dem Staat Mehreinnahmen zu bringen, hat sein Nachfolger den umgekehrten Weg für richtig gehalten. Nun, wo wirkt sich das aus? Bei frachtintensiven Gütern und früher oder später doch wiederum bei den Preisen.

Heizöl: Ähnliche Situation! Da wird man vielleicht mit der Vermögensteuer kommen. Der Eingang aus der Vermögensteuer im laufenden Jahr ist unter dem präliminierten Ansatz geblieben, und das Hinaufklimmen der Budgetpost aus dieser Position um 15 Millionen Schilling ist nach Ansicht der Experten durchaus problematisch. Die Eingänge werden dort gar nicht in dem Maße kommen, wie man sie erwartet.

Genau das gleiche ist bei der Bodenwertzuwachsabgabe der Fall. Hier werden Sie von Experten gelesen haben, daß diese 80 Millionen Mehreinnahmen, die man erwartet, nur eingehen können, wenn man neue Beamte neu einschult, und zwar 70 bis 100 solche Fachbeamte, die noch gar nicht da sind; daß man außerdem befürchtet, daß es zu zahlreichen Berufungen kommen wird, daß sich das Gesetz also vielleicht erst 1962 auswirkt, und drittens, daß die Prüfungen gar nicht leicht sind, ja daß die Leute vielfach ausweichen.

Ich erinnere mich, wie hier in diesem Hause vor Jahren einmal über die Wohnungsablösen gesprochen wurde. Es wurde dann irgendeine Strafsanktion gesetzt. Aber was war denn die Auswirkung? Wir wissen es doch alle: Die Ablösen sind faktisch überall gestiegen, weil jetzt einfach eine Risikoprämie wegen der Gesetzeswidrigkeit dabei ist. Die wirkliche materielle Auswirkung blieb aus.

Ich verstehe sehr gut, daß wir alle gemeinsam gegen unzulässige, gegen zum Teil unerträgliche Spekulationen auf dem Gebiete des Bodens ankämpfen müssen. Ich befürchte nur, daß die Erwartungen, die jetzt im Budget angeblich in diese Bodenwertzuwachsabgabe gesetzt werden, einfach im Licht der Realität dahinschmelzen.

Das Gebührenäquivalent! Es fehlt mir heute die Zeit, darüber weiter zu sprechen, aber es ist doch so, nicht nur der Staat, auch die Gemeinden, die Länder besteuern la dolce vita. Man erwägt, daß man in Wien den Straßenbahnfahrpreis auf 2,70 S, vielleicht sogar auf 3 S erhöht. Ja fahren die Reichen damit? Und in Kärnten etwa ist die Landesfremdenverkehrssteuer erhöht worden. Das ist doch in einer Situation des Fremdenverkehrs wie jetzt zweifellos ein falscher Weg.

Man will die Länder für gewisse sozialpolitische Leistungen, für den Aufwand der Rentenleistungen heranziehen. Aber vergessen Sie doch nicht: Das Finanzausgleichsgesetz 1959 hat bekanntlich bis 1963 den Finanzausgleich geregelt. Die Gebietskörperschaften verfügen nur über gewisse Steuerquellen. Damals wurde, wenn Sie sich richtig erinnern, eine Teilung des Aufkommens vereinbart, und zwar partizipiert jetzt der Staat an dem Gewerbesteueraufkommen mit 40 Prozent. Angesichts dieses Finanzausgleiches entbehrt also der Gedanke einer teilweisen Überwälzung des Aufwandes für die Rentenleistungen auf die Länder doch durchwegs der Begründung.

Es ist sogar ein kleines merkwürdiges Detail, daß es meines Wissens gerade das sozialistische Wien mit seinem Finanzreferenten, Herrn Vizebürgermeister Slavik, war, das den Widerstand gegen die Pittermannsche Regelung organisiert haben soll. Aber die Bundesregelung hängt hier tatsächlich in der Luft.

Ich möchte jetzt nicht darüber sprechen, welche Schwierigkeiten angesichts dieser Situation der Herr Bundesminister für Finanzen hat, um den Budgetausgleich auch nur halbwegs zu finden. Er muß den Ressorts einiges wegnehmen, was er ihnen versprochen hat. Den Heeresminister muß er gleich um 50 Millionen Schilling kürzen. Ich brauche über das Landesverteidigungsbudget hier nicht zu sprechen, aber ich möchte wenigstens erwähnen, welche Fehler allein dadurch passieren, daß die Kasernenbauten Sache des Herrn Handelsministers sind. Nichts gegen den Herrn Handelsminister, zumal er mit einer Verletzung darniederliegt. Aber ich höre, daß er zum Beispiel — ich glaube in Fehring in der Steiermark — eine Kaserne gebaut hat,

geradezu einen Luxusbau, und daß man mit einem Fünftel der Mittel hätte auskommen können, während auf der anderen Seite das Heeresbudget überall notleidend ist.

Herr Dr. Pittermann hat es in einer Rede vor kurzer Zeit einmal ein Gaukelspiel genannt, wenn man neue Staatsausgaben übernimmt und gleichzeitig Steuersenkungen verheißt oder gar durchführt. Wen er in seiner Rede als Gaukler gemeint hat, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Er hat in die Vergangenheit gesehen. Aber er wird es wohl verstehen, wenn wir die Traumsziffern dieses gegenwärtigen Budgets ebenfalls mit dem gleichen Ausdruck belegen.

Denn, meine Damen und Herren, sehen Sie sich — und so sehr ich weiß, daß Zahlen langweilen, muß ich Ihnen hier welche vorbringen — die Entwicklung der österreichischen Staatsschulden, die wachsende Zinsenlast an! 1959 hat sich die österreichische Staatsschuld auf 15,6, nun auf 20 Milliarden Schilling erhöht, bei einem Schuldzuwachs von 4,8 Milliarden und einer Schuldtilgung von 888 Millionen Schilling, also eine Zunahme um 25,12 Prozent. Der Zuwachs der Verschuldung entfällt zu über 3,2 Milliarden auf die Emission von Bundesanleihen und zu etwas über 1 Milliarde Schilling auf die Ausgabe neuer Bundesschatzscheine.

Der Stand der ausgegebenen Bundesschatzscheine hat Ende 1959 bereits fast 7 Milliarden Schilling erreicht. Im Jahre 1960, noch im Jänner, wie Sie sich erinnern können, sind etwa 700 Millionen dazugekommen. Nun, im ersten Monat 1960 sind bereits fast sieben Zehntel des Nominales der Schatzscheinneuemission des gesamten Jahres 1959 zur Ausgabe gelangt. Und der Aufwand für die Verzinsung der Staatsschuld nähert sich 1960 weitgehend der Tilgungsquote, während er noch vor zwei Jahren unter der Hälfte dieses Betrages lag. Der Verzinsungsaufwand hat sich innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt. Sollte die Entwicklung in gleicher Richtung fortgehen, so würde der Verzinsungsaufwand für 1961 den Tilgungsaufwand bereits bedeutend übersteigen.

Das mag langweilig sein, das mögen fachliche Dinge sein, aber, meine Damen und Herren, bei dieser Situation kann doch wirklich der Herr Bundeskanzler nicht geradezu hänselnd über die Kritik dieser oder jener Art hinweggehen. Denn zu einer Selbstzufriedenheit ist wahrlich bei dieser Situation kein Anlaß, wie immer man sie betrachtet und wie sehr — und ich habe Verständnis dafür — Sie sie auch aus parteipolitischen Gründen verteidigen müssen, denn Sie haben sich ja darauf geeinigt.

Selbst die „Neue Zürcher Zeitung“, also bestimmt ein objektives Organ, hat am 25. Oktober einen Aufsatz gebracht, aus dem ich nur ein kurzes Zitat entnehme: „Die Defizite im Bundesbudget beliefen sich in den Jahren 1958 — Stagnation auf hohem Niveau ohne Rezession — und 1959, bei einem neuen Konjunkturaufschwung auf 5·5 und auf 3·9 Milliarden Schilling. 1960 wird das Defizit 2 Milliarden Schilling überschreiten. Für 1961 hält man ein mindestens gleich hohes für annehmbar, obwohl die bisherige Finanzierung der Defizite mit Kreditoperationen (Neuverschuldung) nicht mehr gelingt.“ Also selbst dieses Organ sieht eine bedrohliche Lage. Und was schreibt denn die „Neue Tageszeitung“ der ÖVP am 5. November? „Wir leben über unsere Verhältnisse, wir wurden regelrecht erpreßt!“ Ja ist am Ende das Hauptorgan des Herrn Bundeskanzlers auch ein unerbetener Kritiker? Muß man denn wirklich, meine sehr Verehrten, „geistig unterbelichtet“ sein, um mit diesem Budget nicht einverstanden zu sein? Hat nicht der Herr Obmann der Österreichischen Volkspartei recht, wenn er die Koalition als eine aus einer Notgemeinschaft emporgewachsene Kampf-gemeinschaft bezeichnet hat? Nur mit einem anderen Sinn: eine Kampfgemeinschaft so, daß Sie ständig untereinander kämpfen. So, glaube ich, war das zu verstehen.

Erlauben Sie mir einen Blick in die Länder jenseits des Eisernen Vorhangs. Setzt man das Volkseinkommen der Sowjetunion in Vergleich zu den Ausgaben des dortigen Staatshaushaltes, so ergibt sich folgendes interessante Bild: 1941 flossen etwa 41·6 Prozent, 1958 und 1959 40·5 Prozent und 1960 nur mehr etwa 40 Prozent des sowjetischen Volkseinkommens durch den Staatshaushalt. Bei uns geht man davon aus, daß zurzeit der Anteil des Staates an der Verwendung des Volkseinkommens immer mehr steigt. In der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft wird ein etwas geringfügiger werdender Betrag des Volkseinkommens für den Staat verwendet, bei uns geht man den entgegengesetzten Weg. Meine Damen und Herren! Wo immer wir politisch stehen, das muß uns doch irgendwie zu denken geben. Sie werden mir daher gestatten, daß ich angesichts dieser Lage nicht nur zum konkreten Budget, sondern zur Frage der Finanzpolitik, im Größeren gesehen, überhaupt spreche; es wird nicht so lange dauern.

Ich habe häufig während der Generaldebatte auch grundsätzlich über das Wollen der Freiheitlichen Partei auf vielen Lebensgebieten gesprochen. Es ist meist Sitte, das zu tun, aber es fehlt leider heute einfach die Zeit dazu.

Denn die problematische Defizitwirtschaft steht so im Vordergrund dessen, was wir behandeln, daß es Sie wirklich mit Recht ermüden würde, wenn ich mich von diesem Grund- und Urthema unserer heutigen Diskussion entfernte.

Im ersten Weltkrieg, bei einer etwa 2 prozentigen Steuerquote, hatte es der damalige Ressortchef für Finanzen natürlich kaum notwendig, sich über die Auswirkungen der Budgetpolitik auf die Struktur der Volkswirtschaft Gedanken zu machen. Heute, bei einer sich bereits dem 40 Prozent-Schlüssel nähernden Umverteilung über die öffentliche Hand ist dies natürlich anders. Es war sicher der Mangel an Erfahrungen in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts, der uns in die Epoche der interventionistischen, nach Autarkie strebenden Länder geführt hat, die zwischen den beiden Weltkriegen den weltweiten Zusammenhang der Wirtschaft zerschlug und wohl mit schuld war an der späteren tragischen Entwicklung. Seit damals wurden auch die Tendenz der wirtschaftlichen Betätigung des Staates und dessen Anteil am Sozialprodukt immer größer. Internationale Wirtschaftsbeziehungen wurden in bilaterale Kanäle gepreßt. Der Außenhandel schrumpfte, ein Gegeneinander der Einzelwirtschaften entstand. Gleichzeitig wurde die Kaufkraft des öffentlichen Haushaltes aufgebläht und die Budgetpolitik, um in Zeiten der Krise Arbeitsbeschaffung zu treiben, bewußt defizitär gehalten, was an sich begreiflich war. Inflationen, Geldverdünnungen aller Art — Sie alle haben es früher oder später einmal in Ihrem Leben erlebt — waren die Regel, Preisstopp, Kontingente, Devisenmauern die Folge, Abwehrmaßnahmen anderer Länder in der gleichen Art die Konsequenz. Das Ausgaben-volumen des Staates, die öffentliche Verschuldung stiegen sprunghaft an. Die Steuergesetzgebung, durchsetzt mit zahlreichen Sonderbestimmungen, förderte nicht selten dirigistische Tendenzen.

Alles das war einmal. Aber, meine sehr Verehrten, war es nur? Ist es nicht heute ähnlich? Wollen wir nicht heute, und zwar wie immer wir politisch denken, wo immer wir zumindest in unserem politisch-öffentlichen Bekenntnis stehen — auch Sie, meine sehr Verehrten, tun das —, wollen wir nicht in der Weltwirtschaft, aber auch in unserem kleineren Rahmen, vor allem in unserem europäischen Rahmen, Freiheit, Solidarität, Menschenwürde? Wollen wir nicht im Inneren den sozialen Rechtsstaat und ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen sozialen Wünschen und den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung? Aber die

Belastungen des Sozialproduktes in Österreich, die Form, die Durchführung unserer Steuer-gesetzgebung, die Aufblähung des öffentlichen Haushaltes läßt mich befürchten, daß wir im Grunde genommen einer gefährlichen Situation gegenüberstehen. Die Tendenz besteht, uns darüber hinaus immer neue Lasten aufzu-erlegen und damit das Ausmaß der Freiheit weiter einzuschränken, ganz abgesehen davon, daß wir uns aus dem Aufbauwerk der euro-päischen Wirtschaftsgemeinschaft bewußt aus-geschlossen haben, daß wir zum Anhängsel des EFTA-Bremsblocks der Engländer ge-worden sind.

Die Regierung trägt die Verantwortung für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen eines Landes, für die Konjunktorentwicklung, für die Finanzpolitik. Sie trägt die Verant-wortung, daß der Staat in seinem Umver-teilungsprozeß nicht immer größere Portionen aus dem Kuchen des Sozialproduktes heraus-schneidet. Sie trägt die Verantwortung, daß der öffentliche Haushalt ausgeglichen bleibt. Denn wenn der Staat die Nationalbank zur Deckung von Defiziten mißbraucht, gefährdet er neben der Stabilität des Geldes die innere Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, ja darüber hinaus die heute recht eng zusammen-hängenden europäischen Finanzwirtschaften.

Zeichnen sich solche Gefährdungen nicht ab? Ist denn wirklich die Lage der Bundesfinanzen ausgewogen? Und andererseits: Haben wir wirklich etwa die großen Programme auf dem Gebiete des Straßenbaues, die Notwendigkeiten der Förderung von Wissenschaft und Unter-richt — darüber hat mein Freund Kandutsch gestern gesprochen —, die Wünsche auf dem sozialen, auf dem agrarischen Sektor, vor allem aber auch die der Kriegs- und Nachkriegs-geschädigten, der Bomben- und Besatzungs-geschädigten, für die wir uns erlaubt haben heute einen Antrag einzubringen, auch nur halbwegs befriedigt? Ist nicht trotz dieser Unzulänglichkeiten der Anteil der Bundes-abgaben, der Anteil des öffentlichen Haushaltes am Sozialprodukt ständig gestiegen? Die Finanzpolitik, hat sie nicht immer größere Steuereinnahmen beansprucht, nicht immer größere Ansprüche an den Kapitalmarkt ge-stellt? Und das Ergebnis: Verschuldung, Defizit! Die Kaufkraft unseres Geldes ist leider — hören Sie ins Volk hinein — in Frage gestellt. Haben Überstellungen für eine Zy-klenpolitik nicht völlig gefehlt, sowohl jetzt als auch vorher? Ich habe schon betrachtet, daß der Herr Finanzminister in einer Einschaltung zu seiner gedruckten Rede am Montag und in einem beigelegten Seitchen 8 a sich zu der Finanzpolitik seines Vorgängers bekannt hat. Waren diese Einschaltung und diese Seite 8 a nur Zufall? Die Finanzpolitik läßt vermissen,

auch gesellschaftspolitisch durch Neubildung von Eigentum und Vermögen gestaltend zu wirken. Schon deswegen, und mit all den komplizierten Vorschriften überladen, müssen wir auch die Steuerpolitik negativ beurteilen.

Meine Damen und Herren! Der bekannte Finanzwissenschaftler Dr. Schmolders hat kürzlich in einem Vortrag in München aus-geführt, daß in vielen Ländern eine Art schleichende Inflation zu bemerken ist. Er führt sie darauf zurück, daß von den Sozial-partnern, vom öffentlichen Haushalt, also den Ländern, den Gemeinden, von kreditnehmen-den Investoren immer neben- und gegen-einander gleichzeitig Forderungen geltend ge-macht werden und daß Kompromisse zu Lasten des Geldwertes münden. Haben nicht Sie, die Sie die Regierung tragen, die Verantwortung, den Menschen vor Augen zu führen, was vor hundert Jahren der französische National-ökonom Frédéric Bastiat in einem Satz aus-geführt hat: „Der Staat ist die große Fiktion, mit deren Hilfe jeder auf Kosten anderer zu leben versucht“, damit die Öffentlichkeit begreift, daß ein gesunder Staat das nicht ermöglichen darf.

Ich erspare es mir, auszuführen — ich habe noch eine Fülle von Zahlenmaterial hier —, wie weit die Erhöhung direkter Steuern leistungsmindernd wirkt, wie weit die valuta-rischen Bestände der Notenbank schwächer geworden sind. Ich möchte jetzt nicht zitieren, weil ich das Gefühl habe, schon zu lange, zu ausführlich zu diesem Problem gesprochen zu haben. Vielleicht kann man im Kapitel Finan-zen, in der Schlußphase des Budgets, noch einmal dazu Stellung nehmen.

Nein, es ist nicht der Schlechteste in diesem Land, der hier eine mahnende Kritik am Platz findet. Aber solche offene Worte — wir haben gerade von einem meiner Vorredner gehört, daß sie bei einer Gelegenheit vor Kanadiern gebracht wurden; hier im Hause haben wir sie vermißt — sind doch notwendig.

Herr Dr. Maleta! Wir sind nicht ein Sammel-becken negativer Elemente mit einigen posi-tiven Lichtern. Ich möchte mich sehr ruhig und wirklich ohne jede Ergriffenheit mit dieser ewigen Argumentation beschäftigen, die mit der Lupe sucht, ob man nicht irgendwo bei uns einen Nazi findet. Man könnte sehr nahe suchen, man hätte es nicht schwer, auch in Ihren eigenen Reihen welche zu sehen — ich möchte es nicht erwähnen.

Aber blicken wir doch zurück in unsere Geschichte. Hatten wir nicht in einer Zeit einer bedauerlichen Krise der demokratischen Grundhaltung alle totalitäre Ansätze? Hat nicht ein namhafter Sozialdemokrat, Julius

Deutsch, sehr richtig geschrieben, wie schwierig es damals war, etwa die Formulierung „Diktatur des Proletariats“ zu beleuchten? Wie er sich nicht ohne weiteres gegen Dr. Otto Bauer durchsetzen konnte? Obwohl Otto Bauer mit diesem Ausdruck gar nicht eine Diktatur im sowjetischen Sinn gemeint hatte, hatte Julius Deutsch das propagandistisch richtige Gefühl, daß man es darunter verstehen könnte, und es gab zwischen beiden Herren eine Debatte. Das gleiche war doch auch auf der Rechten dieses Hauses. Und war es nicht so, daß Landbund und Großdeutsche, die Leute des Schober-Blocks, eigentlich am längsten, vielleicht auch, weil sie zahlenmäßig kleiner waren, am zähesten versucht haben, die demokratische Grundordnung dieses Landes zu verteidigen? Hat nicht Vizekanzler Winkler damals versucht, in Graz den Landbund zusammenzurufen und sich gegen ein totalitäres Konzept zu stemmen? Ich weiß, ich gebe zu, auch diese mittlere Schichte wurde zerrieben zwischen rechts und links, in die Totalität getrieben. Auch ich war darunter. Wenn Sie mir heute sagen, ich hätte nicht das Recht, zu diesen Problemen frei zu sprechen: Ich habe kein anderes wie meine Kollegen, denn ich bin ihren Irrtümern unterlegen, ich habe nur das Glück gehabt, kaum volljährig zu sein, als sich diese Entwicklung gezeigt hat. Ich konnte schon meines Alters, meines Einrückens wegen keinerlei Funktionen haben, die Sie mir heute vielleicht zum Vorwurf machen könnten. Aber ist es denn demokratisch und fair, wenn man immer wieder versucht, den Standpunkt, wo einer vor 16, vor 20 Jahren gestanden ist, nun als Argument gegen ihn zu bringen?

Ich habe mich schon damit befaßt, daß man hier einen Scherz von mir als politisches Argument gebracht hat. Es ist nicht ganz üblich, aber bitte, ich nehme es als Spaß, und es soll als Spaß gelten. Aber, Herr Doktor Maleta, in diesem Zusammenhang muß ich auf einen Vorfall zurückgehen, der sich im Juli 1959 abgespielt hat. Damals — es ging über alle österreichischen Sender — haben Sie meinen Klubkollegen, Herrn Dr. Tongel, vorgeworfen, daß er sich gewissermaßen um ein Aufsichtsratsmandat beworben hätte. Die Öffentlichkeit hat das damals auch so zur Kenntnis genommen, weil es über den Rundfunk verbreitet wurde. Was war aber die Tatsache? Gegen unseren Willen hat man in dem Gesetz, das die Aufsichtsräte der verstaatlichten Industrien festlegt, den Schlüssel des Hauptausschusses zur Grundlage gemacht. Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß es viel besser wäre, wenn man ohne jede parteipolitische Brille dort Fachleute eingesetzt hätte. Solche können selbstverständ-

lich dieser oder jener Partei angehören. Wir verlangen ja nicht, daß ein Fachmann politisch neutral ist. Es gibt politisch Neutrale, aber Sie haben völlig recht, wenn Sie einmal gesagt haben, es gibt auch politisch Profilierte darunter. Wir begrüßten es sogar, wenn man diese Fachleute, gleichgültig, wo sie politisch stehen, in die Aufsichtsräte berufen hätte.

Nun, da aber dieser Schlüssel galt, ergab sich zwangsläufig bei einigen der größten Aufsichtsräte die Frage, ob wir auf Grund der von Ihnen beschlossenen Gesetze, also in Auslegung der verfassungsmäßigen Situation, jemand entsenden sollen. Damals haben wir den lange in Linz wohnhaften Doktor juris van Tongel für die VÖEST in Vorschlag gebracht. Einige Tage vor der Debatte wurde Dr. Tongel von Dr. Maleta angerufen, und er frug ihn, ob dieser Vorschlag noch gelte. Dr. Tongel, der inzwischen Abgeordneter geworden war, sagte nein, der Vorschlag betreffe seine Person nicht mehr. In einer solchen Situation kann man dann fairerweise im Hause nicht sagen: Ich habe mit Ihnen, Dr. Tongel, über Aufsichtsräte gesprochen! Denn er hat sich ja nicht beworben. Im Gegenteil, er hat seine Funktion zurückgelegt. (*Abg. Dr. Maleta: Ein spätes Dementi! — Abg. Dr. van Tongel: Ich wurde von Dr. Maleta angerufen!*) Sie werden sich erinnern, es war damals so. Es ist deswegen ein spätes Dementi, weil ich gezwungen war, es heute zu bringen. Ich hätte es sonst überhaupt nicht erwähnt, aber dadurch, daß Sie uns heute hier eine interne Unterhandlung — Sie haben übrigens dann auch bei Herrn Dr. Pittermann ein Internum des Koalitionsausschusses gebracht — vor Augen geführt haben, mußte ich mich damit beschäftigen.

Zur Frage des Herrn Kollegen Zeillinger. Meine Damen und Herren! Es war damals, ich glaube, es war der 26. Oktober, eine schwierige Situation bei der UNO. Damals hieß es, nicht wie mit Ihrem Telegramm, zu sagen, hier stehen 89 Prozent, sondern damals war es notwendig, zu sagen, hier stehen 100 Prozent hinter dem Außenminister und dem Staatssekretär. (*Ruf bei der ÖVP: Sie hätten ja ein Telegramm schicken können!*) Und damals haben wir Kollegen Zeillinger nicht zurückgerufen. Lieber Freund, wir haben dieses Telegramm in diesem Zeitpunkt nicht schicken müssen, denn wir waren ja nicht schuld daran, daß ihr euch in einem tragischen Moment herumgestritten habt. Wir haben durch das Entsenden unseres Vertreters dokumentiert, daß wir für eine Einheitsfront aller Österreicher stehen. Wir wollten nicht in einem Moment, wo nur der „fidele

Castro“, als Gastgeschenk des Herrn Chruschtschew vielleicht, uns bei der UNO unterstützt hat, unseren Vertreter abziehen, uns dann vielleicht hier billige Lorbeeren sammeln und sagen: Wir waren ohnedies dagegen. Staatssekretär Gschnitzer weiß das auch, ebenso der Herr Außenminister. Wir wollten diese Einheitsfront belassen, sie war es uns nicht wert, hier zu acht zu erscheinen, abgesehen davon, wo ein Nachblättern in der Geschäftsordnung doch zeigt: Ob sieben oder acht — Sie hätten uns mit ihrer Mehrheit genauso heruntergestimmt. Abgesehen davon kam ja nicht nur Zeillinger einmal in der Zwischenzeit nach Österreich, sondern auch ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei wurde früher zurückberufen. Unser Argument, warum wir unseren Kollegen Zeillinger in New York lassen mußten, ist ein eindeutig gesamtösterreichisches; man hätte es vermeiden können, heute darüber zu sprechen.

Entschuldigen Sie diese Abschweifung vom Thema und erlauben Sie mir, daß ich trotz der vorgerückten Zeit noch ganz kurz — ich werde auch diesen Teil kürzen, ich bitte Sie, mir daraus keinen Vorwurf zu machen — auf die Rentendiskussion der anderen Parteien eingehe.

Sie haben jetzt die Überzeugung in den Menschen geweckt, daß durch eine Erhöhung der Altersrente der im Ruhestand befindliche, meist in sehr dürftigen Verhältnissen lebende Mensch ein angenehmes Alter garantiert bekommt. Meine Damen und Herren! Ich befürchte nur, daß Sie dem, dem Sie vielleicht 30 S im Monat geben, im Wege der diversen Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen, von denen ich vor einer viertel oder einer halben Stunde sprach, am Schluß vielleicht 40 S nehmen werden. Das Versicherungsprinzip oder das Förderungsprinzip des Staates ist in der einen oder anderen Form, das wissen wir doch alle, hundertprozentig nicht zu erreichen. Das Ideal einer blühenden Volkswirtschaft wäre sicherlich das Versicherungsprinzip. Aber wir befinden uns ja in einer Situation nach Kriegen, nach Währungszusammenbrüchen und vor allem angesichts der Tatsache, daß der arme Mensch, der alternde Mensch nach dem ersten Weltkrieg oder nach dem zweiten Weltkrieg sein Geld verloren hat, und daher müssen wir natürlich Solidarität üben. Nur befürchten wir, daß Sie eine Situation, wie sie sich in einer Übergangszeit abzeichnet, versteinern, petrifizieren.

Das, was ich jetzt sage, mag vielleicht unpopulär sein, aber in normalen Zeiten ist es an sich Aufgabe des Staatsbürgers und nicht des Staates, für sein Alter zu sorgen.

Natürlich ist es richtig, daß man den Menschen, die unverschuldet in Not gekommen sind — und das sind vielleicht Millionen in Österreich —, beistehen und ihnen auf Kosten der Allgemeinheit einen möglichst sicheren Lebensabend beschere soll. Aber ebenso richtig ist es, daß man in normalen Zeiten den im Wohlstand lebenden, arbeitenden Menschen dazu veranlassen soll, möglichst für sein Alter selbst zu sorgen, sonst mangelt es in der Volkswirtschaft an der gesamten glücklichen Entwicklung. Wir vertreten den Standpunkt, daß es Aufgabe eines jeden Volkes ist — das sei noch einmal unterstrichen —, für die in Not geratenen Mitbürger einzustehen, und das sind zur Stunde sehr viele. Aber es kann nicht Aufgabe sein, auf weite Sicht hin von vornherein auf kollektivistischer Basis eine Versorgung sicherzustellen und den Staatsbürger jeder Selbstverantwortung und jeder Selbstvorsorge zu entheben. Ich gebe zu, es ist ein schwieriges Kapitel, aber die schon mehrmals zitierten Ausführungen des Herrn Kollegen Klenner schienen doch in die gleiche Kerbe zu schlagen. (*Abg. Mark: Das ist ein Irrtum!*) Ich glaube, daß man sie nicht demagogisch umbiegen soll, sondern daß wir uns über die Mittel und Wege ... (*Abg. Mark: Ihr habt es demagogisch mißbraucht!*) Ich habe sie sicher nicht demagogisch mißbraucht! Ich glaube, daß man sich über die Mittel und Wege klarwerden muß und daß wir uns darüber einigen müssen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas herausgreifen, und zwar die Idee der Einrichtung einer Wirtschaftskommission. In Staaten, in denen es keinen Proporz gibt, hat man beste Erfahrungen gemacht, zum Beispiel mit einem council of economic advisors, einer beratenden Körperschaft, in den USA. Aber bei uns würde daraus doch eine Proporz-Wirtschaftslenkungscommission entstehen, eine Art neuer Koalitionsausschuß, womöglich verfassungswidrigen, aber Recht setzenden Charakters. Es ist eindeutig, daß man einer solchen Körperschaft nicht zustimmen kann.

Der Herr Finanzminister hat einmal gesagt, ein Budget greift in das Wirtschaftsgeschehen ein, man könne dazu positiv oder negativ Stellung nehmen. Bei der Lage der Dinge wird es schwer fallen, positiv dazu Stellung zu nehmen. Ich bin mit ihm darin einig, als er gestern ausführte, daß viele getroffene Entscheidungen einen Eingriff in ein Menschen-schicksal bringen. Aber, meine sehr Verehrten, gerade darum muß man doch diesen Entwurf ablehnen. Vor zwei Jahren sprach der Herr Klubobmann der Volkspartei vom „kargen Brot der Opposition“. Verzeihen Sie mir:

Mit diesem Budgetentwurf haben Sie uns den Tisch wahrlich reichlich gedeckt!

Der Herr Finanzminister hat sich, ich sagte es schon, auf die Finanzprinzipien seines Vorgängers berufen. Von sozialistischer Seite ist diesbezüglich mehrmals eine Kampfdebatte geführt worden, siehe zum Beispiel das Parlamentsprotokoll über die 65. Sitzung der VIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates im Jahre 1958. Ich kann Sie darauf verweisen. Die meisten von Ihnen werden sich daran erinnern können. Ich gehe gar nicht in die Problematik ein — das wird wahrscheinlich mein Herr Nachredner noch eifrig besorgen —, aber von einem kann ich Sie doch nicht befreien, nämlich davon, daß Sie beide gemeinsam die Verantwortung dafür trugen, auch für das jetzige Budget tragen und für das frühere getragen haben, und daß Sie voll und ganz diese Finanzpolitik des Vorgängers doch verantworten müssen. So wie die Volkspartei auch das Abweichen vom Konzept verantworten muß, denn Sie stimmen doch beide dem einen oder dem anderen zu.

Es wurden große Worte von einer notwendigen Synthese zwischen der wirtschaftlichen Zukunft und den sozialen Erfordernissen gesprochen, aber befürchten Sie nicht, daß es gerade in diesem Budget daran mangelt?

Gestatten Sie mir, daß ich noch zum Schluß einen weiteren Gedanken anschließe, der sich nicht mit den rein materiellen Problemen beschäftigt, die ich Ihnen hier zum Teil sogar gekürzt mittels der Ziffern der Staatsverschuldung und der Budgetaufblähung schon vorgetragen habe.

Ich halte es für bedauerlich, daß vor allem die heranwachsende Generation, aber darüber hinaus die Staatsbürger überhaupt weniger denn je angesichts der Ausschaltung des Parlamentes während der Regierungskrise, angesichts der Zahlen des Budgets, angesichts der Umstände, wie es verhandelt wurde, wie es zustande kam, bereit sind, am Staatsgeschehen einen echten, einen interessierten Anteil zu nehmen. Eine Demokratie aber steht und fällt letzten Endes mit der Bereitschaft der Wahlmündigen, an dieser Staatsform mitzuarbeiten, sie als beste Möglichkeit einer menschlichen Gemeinschaft zu sehen. Diese Würdigung des demokratischen Staatsgedankens kann — und wir sind uns doch darüber alle einig — nie mit Gewalt erreicht werden. Sie muß durch Überzeugung entstehen, sie hängt davon ab, wie viele Menschen an sie glauben und bereit sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran mitzuarbeiten. Und dazu gehört die Überzeugung der Bevölkerung, daß sich die Regierung jeweils bemüht, die

für die Gesamtheit beste Lösung zu finden und zu verwirklichen.

Unbeschadet von allen Wahlergebnissen hat doch die Bevölkerung — hören Sie jetzt in sie hinein — diese Überzeugung nicht. Es sind, wie ich schon sagte, die Kritiker nicht die Schlechtesten im Lande. Sie sitzen doch da und dort, und zwar mehr, als man allgemein annimmt, auch in Ihren eigenen Reihen.

Die Auffassung, daß die Koalition von fast 90 Prozent der Wähler gewünscht wird, ist einfach falsch. Ein jüngerer österreichischer Autor sagte einmal, in Österreich wählen die Menschen nicht für, sondern gegen eine Partei. Aus Abneigung gegen Links, wählen die einen rechts, aus Abneigung gegen Rechts wählen die anderen links. Das bedeutet aber noch nicht... (*Abg. Dr. Pittermann: Das ist sein Trost — aus Abneigung gegen die FPÖ wählen sie uns!*) Wir sind die Mitte, Herr Dr. Pittermann! Ein Blick nach rückwärts auf die auch von Ihnen bewilligte Sitzordnung des Parlaments unterstreicht diese Tatsache! Das bedeutet aber noch nicht, daß diese 1959 noch fast 90 Prozent zählende Wählerschaft damit eine Einheitspartei mit zwei Köpfen, die sich gelegentlich beißen, wirklich hat haben wollen. Herr Dr. Gorbach hat gestern von einer Atempause gesprochen, die durch die Budgetkrise in das sonst so gute Koalitions-klima gekommen ist. Ich glaube, die Einigung über das Budget ist jetzt eine Atempause in der sonst so latenten Koalitionsstagnation.

Die Staatsverdrossenheit, das Vorbeileben der Bevölkerung an den öffentlichen Dingen wird durch Vorgänge, wie sie sich in den letzten Wochen abgespielt haben, nur noch erhöht. Ich gehe da völlig einheitlich mit dem nicht der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft zugehörenden Herrn Professor Antonioli, dem Präsidenten unseres Verfassungsgerichtshofes, der völlig recht hatte, als er bei einer Rede in Innsbruck kürzlich sagte, der Gesetzgeber — er meinte damit praktisch den Koalitionsausschuß — gefährde die Freiheit. Er sagte weiter, Demokratie darf nicht zu dem Irrglauben verführen, daß sich dieser Gesetzgeber, also die Koalition, über die innere Ordnung der Dinge hinwegsetzen kann. Man könne, so sagte der große Rechtslehrer, den Vorwurf nicht zurückhalten, daß aus reiner Interessenpolitik solches in Österreich geschieht. Das ist umso bedauerlicher, meine Damen und Herren, als aus Kriegs- und Nachkriegsgeschehen eine Generation emporgewachsen ist, die Furchtbares erlebt hat und der man eine geistige, eine patriotische Heimat in einer echten Demokratie geben muß.

Die Zerreißung der Familien, der Verlust der Eltern, die Verschleppung aus der Heimat, der Verlust von Habe und Wohnung, das hat doch bei vielen Hunderttausenden, vielleicht bei Millionen unserer Menschen erschütternd gewirkt. Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz, verbunden mit einer inneren und auch vielfach äußeren Isolierung gegenüber den Ansprüchen der Gemeinschaft, ist eine nach diesen Zeitläuften begreifliche Folge gewesen. Die Einsatzfreudigkeit für eine politische Überzeugung, die zweifellos in der Zwischenkriegszeit zu weit gegangen ist und tragische Folgen ausgelöst hat, hat nunmehr geradezu zu einer apolitischen Reaktion der Massen geführt. Die Welt der größeren Gemeinschaft wurde und wird gering geschätzt. Der Mensch scheint doch „vom Brot allein zu leben“, um ein Buch zu zitieren. (*Abg. Winkler: Herr Kollege! 95 Prozent Wahlbeteiligung!*) Ich glaube, daß Sie, wenn wir darüber diskutieren, doch selbst nicht annehmen, daß 95 Prozent Wahlbeteiligung ein echtes Interesse am politischen Geschehen bedeuten. (*Zwischenrufe.*) Die Leute gehen vielfach deswegen zur Wahl, weil sie nach totalitären Erfahrungen von einst das Gefühl haben, es sei bequemer, hinzugehen, und sie wählen vielfach das, was der Urgroßvater in dieser oder jener Gestalt gewählt hat. (*Abg. Probst: Das ist ein Traum!*) Meine Damen und Herren! Wenn Sie ernstlich behaupten wollen, daß das Volk draußen wirklich politisch interessiert ist, dann gehen Sie an der Tatsache einfach vorbei! (*Ruf bei der SPÖ: Die Wähler!*) Hören Sie in die Jugend, hören Sie doch in die junge Generation! (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Ihr habt euch schlecht vermehrt! Wo sind denn eure Großväter? — Abg. Dr. J. Gruber: Da müßten Sie mehr Stimmen haben, wenn alle so wählen würden wie ihre Großväter!*) Meine Herren Kollegen! Wir sind eine neue politische Partei! (*Ironische Heiterkeit.*) Das Argument mit den Urgroßvätern trifft bei uns sicher nicht zu!

Ich kehre zu dem ersten Zwischenruf zurück. Es ist leicht, mit den hohen Wahlbeteiligungszahlen, die übrigens, wie Sie genau wissen, bei der letzten Wiener Wahl bereits wesentlich unter die von Ihnen vorher zitierten 95 Prozent gesunken sind, zu operieren. Die höchsten Wahlbeteiligungen hätten Sie nach diesem Prinzip etwa in der deutschen Ostzone mit 99,9 Prozent. (*Zwischenrufe. — Abg. Mark: Haben Sie das kontrolliert? In Wien und in Österreich können Sie es kontrollieren!*) Und ich glaube nicht, daß dort ein wesentliches Interesse vorhanden war. (*Abg. Mark: Wer kontrolliert das? — Abg. Probst: Und Sie glauben das von der deutschen Ostzone?*) Meine

Damen und Herren! In diesen Zonen des Ostens werden die Leute geschlossen zu den Wahlen geführt. (*Abg. Mark: So wie in der Zeit, die hinter uns liegt!*) Von der rede ich nicht. Sie kommen immer mit einer Argumentation aus dieser Zeit, die hinter uns liegt und verschwunden ist. Ich rede im Augenblick von der Tatsache, daß in breiten Teilen der österreichischen Jugend und der österreichischen Öffentlichkeit ein Zweifel am Staat, am Parlament, an der Demokratie vorhanden ist. Wenn Sie die Unwahrheit meiner Behauptung damit beweisen wollen, daß Sie auf hohen Wahlziffern beharren, so ist das irrig. Ich kann es Ihnen hier nicht beweisen, weil ich nicht die Galerie zitieren kann, aber Sie können, wenn Sie draußen mit Ihren eigenen Wählern sprechen, diese Staatsverdrossenheit doch nicht ableugnen. Und Sie können es auch nicht ableugnen, ich sagte es vorhin schon: Es war seinerzeit ein zu brennendes, zu haßerfülltes Interesse oft vorhanden, sodaß heute breite Teile der österreichischen Bevölkerung am öffentlichen Geschehen vorbeileben. So hören Sie sich doch die Sendungen von Fischer-Karwin im Radio an, wo unter acht Befragten vor zwei Jahren niemand wußte, wieviele politische Parteien es im Parlament gibt, wo unter sieben Befragten niemand das Staatswappen kannte. Also, meine sehr Verehrten, wenn Sie behaupten wollen, daß diese meine Argumentation unrichtig ist, muß ich Sie verweisen auf eine Loge außerhalb dieses Hauses. Es ist einfach falsch, aus der Tatsache einer 90prozentigen Wahlbeteiligung in Österreich schließen zu wollen, daß das gesamte Volk für die politischen Angelegenheiten sich interessiere, mitdenkt und mitfühlt. Das ist einfach falsch, und jeder Mann wird es Ihnen bestätigen. Bei Argumenten mit der Zeit vor 1945 schlafen mir bereits die Füße ein, denn wann immer Ihnen hier die Argumente ausgehen, kommen Sie damit. Da Sie damit mich nicht treffen können, warten Sie meist auf meine Kollegen.

Die Freiheitliche Partei ist eine Partei der Gegenwart (*Abg. Glaser: Und nicht der Zukunft!*) und braucht sich über Vergangenes mit Ihnen nicht auszusprechen. Ob die Österreichische Volkspartei, um auch diesen Zwischenruf zu beantworten, eine Partei der Zukunft ist so wie die der Freiheitlichen, das werden zukünftige Wahlergebnisse noch unter Beweis zu stellen haben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir Freiheitlichen glauben mit Ortega y Gasset, daß der Staat kein Geschenk ist, welches der Mensch vorfindet, sondern daß er von diesem mühsam geschaffen wird. Und darum ringen wir um die Durchsetzung der freiheitlichen Gedanken gegen alle Bestre-

bungen der Staatsgewalt oder der Koalition, das menschliche Leben mehr und mehr einer staatlichen Regelung zu unterwerfen. Das gegenwärtige Budget erscheint uns als ein Schritt auf dem Weg weiter zur Verstaatlichung unseres Daseins. Logischerweise müssen wir ihm unsere Zustimmung versagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Migsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Migsch: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Frage des politischen Interesses, die mein Vorredner aufgeworfen hat, wollen wir nicht tragisch nehmen. Wer das menschliche Leben kennt, weiß, wie es ist, kann nicht mit Recht annehmen, daß jeder Mann oder jede Frau aus dem Volk die Professur in Politik abgelegt hat. Politische Interessen eines Volkes machen sich an anderen Tagen reichlich geltend. Solche Tage waren im Oktober 1950, zu solchen Tagen zählen der Tag des Abschlusses des Staatsvertrages sowie Wahltage. Wenn — und das verstehe ich voll und ganz — die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei einen Grund suchen, einen ideologischen Grund, warum so wenig Österreicher sie wählen *(Abg. Lola Solar: FPÖ!)*, dann wollen sie sich mit der Staatsmüdigkeit der Österreicher eine gute und billige *(Zwischenrufe bei der ÖVP: FPÖ! FPÖ!)*, ja FPÖ, Ausrede schaffen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Der Abgeordnete Dr. Maleta hat am Beginn seiner Rede einige Fragen an uns Sozialisten gerichtet, die wir sehr ernst nehmen. Er hat die Frage der Koalition aufgeworfen und uns in einer sehr freimütigen Weise einige Gründe bekanntgegeben, die innerhalb der Reihen der Österreichischen Volkspartei Mißbehagen und Mißtrauen herbeigeführt haben. Er hat die Frage aufgeworfen, ob auch in Zukunft die Koalition nach den Spielregeln einer Arbeitsgemeinschaft handeln kann. Nun möchte ich durchaus nicht leugnen, sondern mit der gleichen Offenheit sagen, daß wir seit langem von zahlreichen Mißtrauen gequält werden, die darauf hindeuten, daß die Österreichische Volkspartei nur eine Gelegenheit sucht, uns den Sessel vor die Tür zu stellen.

So wie Maleta seine Gründe geschildert hat, werde auch ich die unseren aufzählen. Das begann bereits am Flugplatz, als unsere Delegation aus Moskau zurückkehrte. Meine Damen und Herren! Ich war selber Zeuge, denn ich stand daneben: Einer der Landeshauptleute der Österreichischen Volkspartei begrüßte den Bundeskanzler Raab, ich hörte mit, ich stand daneben *(Abg. Dr. Hurdes: „Feind hört mit“!)*,

und er schlug ihm vor: Jetzt machen wir Neuwahlen und schlagen wir die Roten!

Jeder, der die Geschichte der Republik kennt, weiß, daß die Außenpolitik seit 1945 eine gemeinsame war. Jeder kennt die großen Lasten, die seine Partei getragen hat, und den Beitrag, den die andere Partei geleistet hat. *(Abg. Dr. Prader: Auch die Finanzpolitik war eine gemeinsame!)* Ja, auf die komme ich auch zu sprechen. Hier haben Sie zum erstenmal versucht, sich ein Verdienstfederl auf Ihren Hut zu setzen, das Ihnen allein nicht zukam. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber gehen wir weiter. Die Regierung Raab-Kamitz wurde als eine Koalitionsregierung eingesetzt. Sieben lange Jahre haben Sie niemals von einer Finanz- und Budgetpolitik der Regierungskoalition, sondern stets nur von einem Raab-Kamitz-Kurs geredet. Mit dieser These wollten sie offenbar versinnbildlichen, daß die Sozialisten trotz ihrer Beteiligung an der Regierung in Finanz- und Budgetfragen nichts dreinzureden hätten. *(Abg. Prinke: Aber geh! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Das glaubt doch niemand!)* Jetzt aber, da die Mängel und die Schwächen der österreichischen Finanzen offenkundig geworden sind, erst jetzt erinnert man sich der Mitverantwortung der Sozialisten. Weiter — Doktor Maleta ist nicht hier — haben Sie mit der Parole „Raab-Kamitz-Kurs“ 1956 einen sehr großen Wahlerfolg erzielt, es fehlte Ihnen ein Mandat auf die Mehrheit. Der Inhalt und der Ton der Rede, die Ihr damaliger Klubvorsitzender Dr. Maleta als Stellungnahme der Volkspartei zur Regierungserklärung hier gehalten hat, war — das hat kein sozialistisches Blatt, sondern das haben die „Salzburger Nachrichten“ geschrieben — überheblich und im Tone falsch. Wie glaubten Sie schon zu triumphieren: „Sie haben nichts zu reden, jetzt stehen wir unmittelbar vor der Erfüllung.“ Ich sage Ihnen, wie wir das empfanden, meine Herren! Und ich kann hier Daten anführen, während Sie doch mehr oder weniger nach versteckten Absichten fragen.

Darf ich Ihnen noch etwas sagen. Die Wahlen 1956, 1959 und die Bundespräsidentenwahlen haben wir gegen Sie als Verteidigungsschlachten geführt, mit dem Ziel, so stark zu werden, daß die Alleinherrschaft für Sie nicht möglich ist. *(Abg. Prinke: Wir haben sie nie reklamiert, Herr Kollege, im Gegenteil!)* Und jetzt gehe ich auf Ihre Argumente hier ein. *(Abg. Prinke: Da ist viel Phantasie dabei!)*

Sie vermuten ein geheimnisvolles strategisches und taktisches Konzept: Was will hier Pittermann? Was wollen die Sozialisten? *(Zwischenruf.)* Derjenige, der die Struktur unserer Partei und ihre Geschichte kennt, der

weiß, wie jeder unserer Mandatare und Funktionäre an das Parteiprogramm gebunden ist. Wenn Sie sich über unsere Ziele unklar sind, dann lesen Sie unser Parteiprogramm. (Abg. Prinke: *Dann werden wir auch nicht klarer sehen!*) Dort steht alles. Dort steht alles mit Klarheit und Deutlichkeit, dort können Sie erkennen, was los ist und was wir anstreben. (Abg. Hartl: *Die Macht im Staate!* — Abg. Prinke: *Nach ihren Taten werden wir Sie beurteilen!*) Sie sind andere Methoden gewohnt. Sie sind als konservative Partei programmatisch weniger gebunden. Sie haben dadurch eine gewisse taktische Beweglichkeit, die wir nicht besitzen. Aber wenn Sie über unsere Ziele informiert sein wollen, lesen Sie dort in dem Parteiprogramm nach, dort steht alles und gar nichts anderes. Geheimprozesse, Geheimaktien, Geheimstrategie haben wir hier nicht zu verwirklichen. (Abg. Dr. Kranzlmayr: *Probst, der spricht dir viel ab!* — Abg. Probst: *Warum?* — Abg. Dr. Kranzlmayr: *Weil alles öffentlich ist!* — Abg. Probst: *Alles ist nicht öffentlich, aber die Politik!*) Gewiß ist eines richtig: Es wäre eine Aussprache ... (Zwischenrufe.) Ja, ich sehe, daß Sie zu einer solchen Aussprache, von der wir gemeint haben, daß es der Dr. Maleta ernst meint, nicht bereit sind. Ich breche die Debatte ab und warte ab, bis Sie doch wieder hier zu einer gewissen geistigen Bereitschaft zurückkehren.

Nun weiß ich auch nicht, ob das, was Ihr Parteiobermann Dr. Gorbach gestern gesagt hat, richtig ist oder nicht. Er hat hier — und wir haben das mit Freuden bemerkt — zum ersten Male davon gesprochen, daß die Finanz- und die Budgetpolitik der beiden Regierungsparteien eine gemeinsame ist. (Abg. Dr. Prader: *Auch die Sozialpolitik!*) Ist darin jetzt wirklich die Abkehr von jener These des Raab-Kamitz-Kurses oder eines Gorbach-Heilingsetzer-Kurses, ich weiß es nicht, zu erblicken — ja oder nein? Wir wären erfreut darüber, wenn Sie endlich auch auf diesem Gebiete zu einer einvernehmlichen Zusammenarbeit bereit wären und es Ihnen möglich wäre, solche gewiss nicht leichte Fragen nicht im heftigen Streit, sondern eher nach sachlicher Überlegung zu lösen. Wir wären zu einer solchen Politik und zu einer solchen Zusammenarbeit jederzeit bereit.

Eines will ich Ihnen noch sagen: Aus grundsätzlichen Erwägungen außenpolitischer, innenpolitischer, sozialer und soziologischer Struktur heraus werden wir selbst dann, wenn wir die Mehrheit in diesem Staate werden, Sie zur Mitarbeit in der Regierung einladen. (Abg. Eichinger: *Da weiß man nichts Genaues!* — Heiterkeit.) Wir haben diese Absicht, zusammenzuarbeiten, gleichgültig wie die Wahlen ausgehen. Auch das können Sie in unserem

Parteiprogramm lesen, Herr Abgeordneter! Lesen Sie mehr, dann wird Ihnen das Verständnis leichter fallen. (Abg. Machunze: *Wir müssen auch die „Arbeiter-Zeitung“ lesen!*)

Nun, die Jungfernrede des neuen Finanzministers zu dem von ihm eingebrachten Budgetvoranschlag für 1961 wurde von einem Teil der der Volkspartei nahestehenden Presse sehr unfreundlich aufgenommen. Und ich verstehe auch das Bedürfnis ihres Sprechers, hier zu den Dingen Stellung zu nehmen. Die Artikel „Auf gefährlichem Kurs“, „Die Budgetrede des Finanzministers bedeutet eine schwache Bemäntelung der Grundsatzlosigkeit“, „Das Spiel mit unseren Milliarden“ und andere mehr, charakterisieren diese Unfreundlichkeiten.

Wir sagen offen: Diese Kritiker haben nicht recht, denn sie werfen dem neuen Finanzminister Laster vor, die sie bei seinem Vorgänger als Tugenden gepriesen haben. Und offenbar handeln sie nicht deshalb so, weil sie die Lage der Bundesfinanzen nicht erkennen, sondern bloß aus der egoistischen Angst heraus, daß sie als die bisherigen Hauptnutznießer der Hochkonjunktur jetzt stärker herangezogen werden müssen. Und wer könnte das leugnen: Der neue Finanzminister hat kein gutes Erbe angetreten! Er fand ein Budget für 1960 vor, in dem gewisse Einnahmen weit höher angesetzt worden waren, als sie tatsächlich in die Staatskasse eingingen. Er fand eine überaus hohe Last von Staatsschulden und Verpflichtungen vor, eine leere Finanzkasse, bis zur Neige ausgeschöpfte Reserven, und Staatsbanken, die sich weigern, weitere Bundesschatzscheine zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! Ich könnte heute die gleiche Rede halten, die ich am 15. Dezember 1958 hier gehalten habe. Damals habe ich Ihnen eine Analyse der Finanz- und Budgetpolitik der Jahre 1953 bis 1959 vorgelegt. Ich könnte Ihnen heute Artikel aus Ihren Parteizeitungen, aus den Zeitschriften und Monatsschriften, die Ihrer Gedanken- und politischen Welt angehören, aus den Sommertagen zitieren, wo die Feststellungen getroffen werden, die ich damals vor zwei Jahren getroffen habe. Aber es ist leider so: Die Uhren finanzpolitischer Erkenntnisse gehen in Österreich manchmal nicht nur sehr langsam, sondern vielfach auch zurück. Die heutige Finanzsituation ist gar nichts anderes als das logische Erbe jener Linie, die Sie so stolz mit Raab-Kamitz-Politik bezeichnet haben.

Der Finanzminister Dr. Kamitz war ein blendender Rhetoriker. Wenn Sie alle seine Budgetreden durcharbeiten, finden Sie immer und immer wieder Gedanken, die ausgezeichnet

sind und die jeder, der sich für ein Budget verantwortlich fühlt, wortwörtlich unterschreiben muß. Ich will aus den vielen Reden, die ich bei mir habe, nur eine einzige zitieren, und zwar die vom 26. Oktober 1955. Damals sagte der Vorgänger des heutigen Finanzministers: „Ich möchte ... mit allem Nachdruck feststellen, daß ein ausgeglichener Staatshaushalt die wesentlichste und entscheidendste Voraussetzung für die Stabilität der Währung darstellt.“

Vergleichen Sie nun an Hand der Rechnungsabschlüsse das Ergebnis der Haushaltspläne von 1953 bis 1959. Was finden Sie? (*Abg. Machunze: Aber ist das nur die Schuld des Finanzministers, Kollege Migsch?*) Darüber werde ich sprechen. Auch hier habe ich das Material, das Sie sich selber aus diesem Bericht herausarbeiten könnten, wenn Sie fleißiger wären. (*Abg. Dr. Prader: Sie haben doch 45 Milliarden verlangt voriges Jahr! — Abg. Prinke: Wir werden Ihre Reden durchlesen!*)

Seit 1955 sind die Rechnungsabschlüsse und 1960 der Voranschlag im hohen Maße defizitär, weil Dr. Kamitz eben das nicht getan hat, was er in seinen Budgetreden als richtige Finanz- und Budgetpolitik deklarierte. (*Abg. Dr. Prader: Weil Sie ihn das haben nicht tun lassen!*) In den Jahren 1955 bis 1960 ist ein Defizit von insgesamt 15.682 Millionen Schilling zu verzeichnen. Am 22. Oktober 1958 hat der frühere Finanzminister von dem Budget für das Jahr 1959 behauptet, es sei anzunehmen, daß das virulente Defizit infolge günstiger Einnahmen geringer werde, wenn nicht überhaupt verschwinden werde. In Wirklichkeit hatten wir damals das höchste Defizit im Ausmaße von beinahe 5½ Milliarden Schilling. So liegen die Dinge.

Die Budgetdefizite haben die Verschuldung des Staates von 1955 bis einschließlich 1960 um 98 Prozent auf beinahe 23 Milliarden Schilling erhöht. (*Abg. Prinke: Weil man alle Reserven weggenommen hat!*) Die Verschuldung bedingt von Jahr zu Jahr steigende Verzinsungs- und Tilgungsraten. (*Zwischenruf des Abg. Sebingner.*) 1953 wurden für die Verzinsungs- und Tilgungsbeträge 329 Millionen Schilling aufgewendet, 1961 werden es 2039 Millionen Schilling sein, also beinahe soviel wie der gesamte Ertrag der Körperschaftsteuer. (*Abg. Machunze: Oder das gesamte Defizit der Bundesbahnen!*)

Wodurch ist nun die Lage entstanden? Der Vorgänger des gegenwärtigen Finanzministers hat gerade das nicht getan, was er in seinen Reden versprochen hat, nämlich jede laufende Ausgabe auch mit einer laufenden Einnahme zu decken. (*Abg. Prinke: Weil*

ihr alle Reserven ausgeschöpft habt!) Hier auch der Vergleich: Von 1953 auf 1960 sind die Gesamtausgaben um 113 Prozent gestiegen, die Einnahmen aber nur um 79 Prozent. Weit schlimmer werden diese Verhältnisse, wenn man bloß die ordentlichen Ausgaben der Hoheitsverwaltung betrachtet. In der Hoheitsverwaltung bedeuten ordentliche Einnahmen und Ausgaben das laufende, stets immer wiederkehrende Geschäft. Hier sind im gleichen Zeitraum die Ausgaben um 133 Prozent gestiegen, die Einnahmen aber nur um 111 Prozent. (*Abg. Eichinger: Aber nicht durch die Schuld des Finanzministers Dr. Kamitz!*)

Dr. Kamitz hat sich einmal vorgestellt, daß eine Steuersenkungspolitik, der Verzicht auf staatliche Einnahmen eine solche Wirtschaftsankurbelung bedeuten würde, daß er aus erhöhten Erträgen die erhöhten Ausgaben zu decken in der Lage gewesen wäre. Das war ein Irrtum. (*Abg. Dr. Prader: Das war kein Irrtum!*) Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß beinahe ein Fünftel aller unserer echten laufenden und ordentlichen Ausgaben der Hoheitsverwaltung durch Einnahmen nicht gedeckt ist. (*Abg. Dr. Hurdes: Wieviel davon sind in den Ressorts Proksch und Waldbrunner gestanden?*) Darüber können wir auch reden. Darauf komme ich noch zurück.

Damit vergleichen Sie nun die Entwicklung der einzelnen Steuern. Die Körperschaftsteuer hat sich um 130 Prozent erhöht, entspricht also annähernd der Ausgabenentwicklung, die Einkommensteuer nur um 32 Prozent (*Abg. Machunze: Wer wollte mit höheren Ziffern ins Parlament?*), die direkten Steuern insgesamt nur um 37 Prozent, die Verbrauchssteuer um 114, nur die Zölle sind um 448 Prozent angewachsen, die Warenumsatzsteuer samt Zuschlag nur um 110 und die Gebühren und Verkehrssteuern um 98 Prozent. (*Abg. Dr. Prader: Herr Doktor, kennen Sie das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages?*) Besser als Sie!

Wenn „Die Presse“ am 8. November 1960 schreibt: „Der Satz, niemand darf mehr ausgeben, als er einnimmt, ist Gebot jeder Finanzverwaltung, wenn sie nicht bankrott machen will“, so muß gesagt werden, daß sich dieser Vorwurf nicht gegen den gegenwärtigen, sondern gegen den vergangenen für die Finanzpolitik Verantwortlichen richtet.

Ich komme jetzt zurück auf Ihre Behauptung. Wenn Sie einen Analogieschluß zum Bodenertragsgesetz ziehen, so werden Sie auch daraus die eindeutigen Schlüsse ziehen können.

Unser Brutto-Nationalprodukt weist in den Jahren 1954 und 1955 die höchste Wachstumsrate auf. In den beiden folgenden Jahren 1956

und 1957, wo die Defizitpolitik, also die ungedeckte Staatswirtschaft eingesetzt hat, flacht die Wachstumsrate ab und sinkt 1958, 1959 und 1960, also in der Zeit der großen Defizite, auf die Hälfte von 1954 ab. (*Abg. Dr. J. Gruber: Ursache und Wirkung!*) Daß die Steuersenkungspolitik dazu beigetragen hätte, die Wachstumsrate zu erhöhen, na, liebe Freunde, eine solche Behauptung kann bei dieser Tatsache wohl keiner aufstellen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Rezession hat es keine gegeben?*) Na freilich. (*Abg. Dr. J. Gruber: Eben!*)

Wir sind davon überzeugt: Im Interesse der Erhaltung der Währungs- und der Wirtschaftsstabilität, an der wir genauso interessiert sind wie ihr (*Abg. Lola Solar: Hoffentlich!*) — und diese Zielrichtungen sind in unserer Wirtschaftspolitik wohl gemeinsam und unbestritten —, im Interesse dieser Politik werden wir jetzt einige harte Jahre der Finanzwirtschaft einschlagen müssen.

Dr. Kamitz hat unser Finanzwesen aufgeleicht. Es ist nur logisch, daß jetzt eine Periode einer harten Politik kommen muß. Dr. Maleta — er ist nicht da — möge sich überlegen, ob nicht diese Tatsache auch im Kreise der Anhänger der Volkspartei so weit bewußt geworden ist, daß vielleicht die politischen Schwierigkeiten, von denen wir heute hier gehört haben, auf diesen Umstand zurückzuführen sind. (*Abg. Dr. Hurdes: Das Volk weiß, wer immer die größeren Forderungen gestellt hat im Budget!*)

Jetzt komme ich auf etwas zurück, was nach meiner Meinung besprochen werden muß. Während des Streites um das Budget wurde uns Sozialisten ein widersprüchliches Verhalten vorgeworfen. Man sagte: Ihr kennt die schwierige Lage des Bundes, und trotzdem fordert ihr die Rentenreform. Der Sprecher der FPÖ Dr. Gredler tat es ja auch hier in diesem Saale, und auch Dr. Maleta hat die Frage aufgeworfen. Eine Periode einer harten Finanz- und Budgetpolitik ohne Rentenreform hätte bewirkt, daß jene Männer und Frauen unseres Volkes, die ohnehin nur die Zaungäste des österreichischen Wirtschaftswunders sind, die Zeche der letzten Jahre hätten bezahlen müssen. Wann soll man große soziale Reformen durchführen, wenn nicht in den Zeiten einer Hochkonjunktur? Der gesunde Magen einer Hochkonjunktur kann fette Bissen leichter verdauen als der kranke einer Depression. Ein Aufschub der Rentenreform auf finanzpolitisch bessere Tage hätte für die Rentner eine Wartezeit von wahrscheinlich mehr als fünf Jahren bedeutet. (*Abg. Dr. Prader: Wer hat denn das verlangt?*) In der Zeit wären jene Rentner zu Altrrentnern geworden, und die Fortschritte unserer Rentengesetzgebung wä-

ren ausgehöhlt worden. (*Abg. Dr. Prader: Das hat kein Mensch verlangt!*) Eine solche Politik konnten und wollten wir nicht machen, und deswegen haben wir trotz der Situation der Bundesfinanzen die Forderung nach der Rentenreform erhoben.

Herr Kollege, wir anerkennen mit Freude, daß wir in unserer Auffassung Bundesgenossen gefunden haben, zunächst in katholischen Zeitungen, wie im „Tiroler Volksboten“ — der Artikel wurde auch Ihnen zugestellt —, dann in der Grazer „Kleinen Zeitung“, dann im Bauernbund, und wir glaubten bis zur Stunde der Rede des Herrn Dr. Maleta auch im Arbeiter- und Angestelltenbund. (*Abg. Machunze: Natürlich!*) Was Dr. Maleta heute gesagt hat, klang so, als ob sich die Volkspartei nur aus taktisch-strategischen Gründen angeschlossen hätte. (*Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Dr. Prader: Er hat das Gegenteil gesagt!*) Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß es nicht so war, sondern daß Sie diese unsere Auffassung auch geteilt haben. Das ist uns lieber, als wenn die Rentenreform in Ihren Reihen nur als taktisch-strategische Aufgabe aufgefaßt würde. (*Abg. Prinke: Gestern ist hier erklärt worden, man hat die Rentenreform gemacht, weil Withalm es verlangt hat! Das ist gestern gesagt worden, und heute sagt ihr das Gegenteil?*)

Bei der Gesundung unseres Budgets handelt es sich um weit größere Beträge, als die erste Etappe der Rentenreform verlangt, und hier komme ich auf einen Zwischenruf zurück. Wenn Sie die sozialen Belange in den Staatshaushalten vergleichen, die Finanzminister Dr. Kamitz vorgelegt hat, und diese Zahlen herausziehen, dann erkennen Sie, daß in den Plänen des Dr. Kamitz die Arbeiter und Angestellten von Jahr zu Jahr zu kurz gekommen sind. (*Abg. Machunze: Das sind doch Kamitz-Komplexe! — Heiterkeit.*) Das sind keine Kamitz-Komplexe! Ich lade Sie ein, mit mir die Rechnungshofberichte durchzuarbeiten und diese Zahlen herauszusuchen. Ich habe mir selber 40 solcher Tabellen angelegt. Es wird für Sie sehr heilsam sein, damit Sie den sozialen Urgrund dieser Politik endlich erkennen. Gewinner gab es bei dieser Politik: nämlich Menschen, bei denen die Steuerermäßigungen wirklich ins Gewicht fielen, und Menschen — darüber werde ich noch sprechen —, die in den Genuß gewisser wirtschaftlicher Privilegien gelangten.

Ich möchte zur Rentenreform nur sagen: Die Rentenreform gefährdet weder die Stabilität der Wirtschaft noch jene der Währung. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Man möge ruhig diesen Krampus, mit dem man die Bevölkerung immer und immer wieder zu erschrecken versuchte, in die Requisiten-

kammer des Propagandatheaters zurückversetzen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Prader.*)

In diesem Zusammenhang gilt es aber auch, vor einem anderen hohlköpfigen Gespenst zu warnen, das offenbar Dr. Gredler und die FPÖ unerhört beeindruckt und auch die Kritiker beeindruckt, die heute die Politik der ÖVP aus ihrem Lager kritisieren. Manchen erscheint ein Verbot der Ausgabenvermehrung des Staatshaushaltes das ABC einer gesunden Finanzpolitik zu sein. Ich glaube, daß ein solches Verbot und eine solche Auffassung nicht nur eine bloße Fiktion, sondern auch unrealistisch ist.

Und seien wir ehrlich: Alle jene Männer und Frauen, die irgendwo in der Öffentlichkeit wirken, sei es hier im Hause, sei es in einem Landtag, sei es in einem Gemeinderat oder sei es in irgendeiner Interessenvertretung, sind nicht dazu da, die Unschuld vom Lande zu spielen. Wir können ja nicht vor Problemen, die auftreten, wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken.

Gewiß gibt es für jede Institution und auch für die Ausgabenwirtschaft und die Einnahmenwirtschaft des Staates Grenzen und ein rechtes Maß. Aber die menschliche Gesellschaft ist keine bloße tote buchhalterische Größe, sondern echtes Leben!

Wir haben auf sehr vielen wirtschaftlichen und sozialen Gebieten sehr Großes geschaffen, aber auf einem Gebiet blieb ein Aschenputtel der Zweiten Republik zurück. Ich meine die Schule, Erziehung und Kultur. Unser Bruttonationalprodukt hat sich von 1953 auf 1960 beinahe verdoppelt, die Aufwendungen für Schule, Erziehung und Kultur sind aber nur um 41 Prozent gestiegen und machen kaum 40 Prozent des gegenwärtigen Alkohol- und Nikotinkonsums aus.

Wir Sozialisten haben nicht nur den Ehrgeiz, unser Heimatland zu einem Muster eines modernen Wirtschaftsstaates auszubauen, nicht, um, wie Ideologen da stets behaupten, durch die vermehrte Wirtschaft vermehrte politische Macht zu gewinnen, sondern um den Staat zu einem Hüter der Währungsstabilität zu machen, zu einem verlässlichen Wahrer des wirtschaftlichen Wachstums und zu einem gewissenhaften Vormund der Vollbeschäftigung. Wenn Sie die Dinge in einer Schau über zwei Jahrhunderte betrachten, dann werden Sie zugeben müssen, daß der liberale Staat des vergangenen Jahrhunderts gerade auf diesem Gebiete Todsünden begangen hat, während umgekehrt der moderne Wirtschaftsstaat, der solche wirtschaftliche Lenkungsarbeiten übernimmt, in der freien Welt zu einer Wohlstandsentwicklung geführt hat, die es bisher niemals in der Geschichte der Menschheit gegeben hat.

Aber wir haben darüber hinaus auch den Ehrgeiz, unser Österreich zu einem Hort sozialer Geborgenheit und sozialer Gerechtigkeit zu entwickeln, und wir wollen unser Land auch zu einem Muster einer freien, auf Menschenwürde und Menschenrecht gegründeten Gesellschaft formen.

Auf dem Gebiete von Schule und Erziehung stehen jedoch noch alle jene großen Reformen aus, die unsere Zeit stürmisch erfordert. Wir melden daher heute bereits unsere Vorstellung an. Wir wollen Geburtshelfer solcher Reformen sein, die wahrscheinlich — die Kritiker der Finanzpolitik von heute mögen sich die Haare raufen — eine Verdoppelung oder eine Verdreifachung der bisherigen Aufwendungen für Erziehung und Schule erfordern werden.

Es mag sein, daß dem „Rentenföhn“ vom Herbst 1960 eine Sturm- und Drangperiode auf dem kulturellen Sektor folgen wird, die unsere konzessionierten Schulgesetzverhandler und die ewigen Lehrplänereformer unsanft aus ihrem Dornröschenschlaf erwecken wird. (*Abg. Machunze zum Abg. Dr. Neugebauer: Konkurrenz, Herr Präsident!*) Wir wollen eben nicht, daß Schule, Erziehung und Kultur dauernd als Schnorrer vor dem Tempel des Staatsbudgets stehen. Deswegen wollen wir uns durch solche neandertalerische Finanzauffassungen nicht die Hände binden lassen, und wir würden es begrüßen, wenn die Österreichische Volkspartei auch das ablehnte.

Aber einige Worte möchte ich doch noch über das Steuerzahlen sagen. Gewiß wird das Steuerzahlen nie ein Vergnügen sein, aber jenen Jammerpepis, die im Steuerzahlen die achte biblische Todsünde erblicken, muß einmal gesagt werden, daß weder sie noch alle anderen Österreicher ansonsten jenes Einkommen und jenes Vermögen besitzen würden, über das sie heute verfügen. Es ist kein Widerspruch und keine Groteske, der Staat ist heute in seiner Führungseigenschaft jener Faktor, der die dynamische Wachstumsrate der Wirtschaft geboren hat, sie leitet und pflegt. Diesem dynamischen Wachstum, also gerade dem hohen Steueraufkommen, ist die Entwicklung der allgemeinen Wohlfahrt zu danken.

Ich gebe ohneweiters zu, in früheren Jahrhunderten bedeutete eine Steuereinzahlung durchwegs eine Schmälerung von Einkommen oder Vermögen. Der moderne Wirtschaftsstaat entnimmt aber den Großteil seiner Einnahmen unmittelbar dem Bruttoertrag der Wirtschaft, und diese Entnahmen erfolgen zumeist in einem Zeitpunkt, wo juridisch gesehen diese Beträge noch niemals Einkommen oder Vermögen geworden sind. Wir werden — das gebe ich zu — durch juridische

Formen getäuscht, die aus vergangenen Zeiten stammen.

Ich weiß nicht, ob ich annehmen darf, daß heute zwischen den Koalitionsparteien ein milderer Klima herrscht. Aber mein Parteifreund Uhlir hat Sie bereits über den Sinn der Aktion unseres Parteibornannes Dr. Pittermann aufgeklärt. Wenn er an Sie die Einladung gerichtet hat, die Atempause auszunützen, um ein gemeinsames finanzpolitisches und wirtschaftspolitisches Konzept zu schaffen, so ist darin kein strategischer Hintergrundgedanke zu erblicken, sondern die Erkenntnis, daß wir es ja doch tun müssen und es sehr gut für Österreich und seine Wirtschaft wäre, wenn wir es sehr bald täten.

Ich kann Ihnen die Grundzüge unserer Vorstellung ohneweiters sagen. Sie sind sehr einfach, und vieles werden Sie selber billigen oder sogar glauben, daß vieles auf Ihrem eigenen Mist gewachsen ist. Ein solches Konzept müßte mit der Reform unserer Budgetmethode und -technik beginnen. Selbst ein so gescheiter Mann wie Herr Dr. Gredler, der schon in einigen Jahren eine Reihe von Haushaltsplänen miterlebt und mitberaten hat (*Abg. Dr. Gredler: Nach dem Kompliment kommt jetzt bestimmt das bittere Ende!*) und gegen sie gestimmt hat, hat die Verworrenheit und die Unklarheit unserer Budgettechnik und -methodik, wo wirklich Birnen mit Äpfeln zusammengeworfen werden, noch nicht erkannt.

Als erste Reform wäre die vollständige Trennung der Wirtschaftsverwaltung von der Hoheitsverwaltung notwendig. Damit müßte man beginnen. Unser Budget enthält die Einnahmen von jeder verkauften Burgtheaterkarte, von jedem Kilogramm Salz, von jedem Festmeter Holz, von jeder Briefmarke, von jeder Bahnkarte, von jeder Zigarette. Ich frage Sie: Worin besteht der volkswirtschaftliche Unterschied zwischen einer Theaterkarte der Josefstadt oder der Burg? (*Abg. Hartl: In der Farbe! — Heiterkeit.*) Wahrscheinlich nur in der Farbe — oder im Preis! Dadurch, daß wir die Einnahmen und die Ausgaben echter Betriebe der Monopole und der Bundesbahn in unserem Staatshaushaltsplan haben, ergibt sich von Jahr zu Jahr eine natürliche Aufblähung des sogenannten Budgetrahmens. Und dann erhalten alle diese berufsmäßigen Nörgler die Gelegenheit, jährlich über die Aufblähung des Budgetrahmens zu schimpfen. Ist Ihnen noch nicht aufgefallen, daß sich dieses Gezeter seit fünfzehn Jahren alljährlich im Herbst, wenn der Haushaltsplan ins Parlament kommt, vollzieht? Man muß aber auch folgendes sagen: Unsere Betriebe und Monopole und auch die Bundesbahn sollen die Rechtsform

eines öffentlichen Unternehmens erhalten. Sie können nur mit diesen Methoden, die sich in der Erwerbswirtschaft seit Jahrhunderten bewährt haben, geführt werden. Die Methodik der Kameralistik eignet sich für sie nicht. An die Stelle der Einnahmen- und Ausgabenrechnung gehört eine echte Vermögensbilanz, und sie sollen auch die Möglichkeiten der Abschreibung und der Rücklagen haben, so wie die „Vöslauer“ oder wie die VÖEST.

Man könnte auch darüber reden, ob man gewisse Fonds, die Kinderbeihilfenfonds, aber auch die Wohnaufonds aus dem Haushaltsplan des Bundes ausgliedern soll. Das sind ja in Wahrheit keine staatlichen, sondern gesellschaftliche, echte gesellschaftliche Institutionen. (*Abg. Prinke: Sie sind nicht drinnen, es sind ja nur die Zuschüsse drinnen!*) Der Staat gibt hier nur die Rechtsordnung. Er hat auch ein wesentliches Interesse daran, sie für konjunkturpolitische Zwecke einzusetzen, also Zuschüsse zu geben, wenn es die Konjunkturlage erfordert, wenn sie es verlangt. Aber wenn diese durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben durch die Staatskasse gehen, tragen sie ja eine gewisse Gefahr in sich. Diese Gefahr haben wir ja praktisch erlebt. Ein armer notleidender Finanzminister greift in die Kasse des Kinderbeihilfenfonds und entzieht ihm im Laufe der Jahre 1 Milliarde 200 Millionen Schilling. Schon aus dem Grunde wäre nach meiner Überzeugung die Trennung der Kasse notwendig.

Wenn wir durch solche Reformen unseren Haushaltsplan von einem Brutto- zu einem Nettobudget machen, dann wird er die Klarheit und Übersichtlichkeit aufweisen, die nach meiner Überzeugung eine Voraussetzung auch für eine gesunde Konjunkturpolitik ist. Weil bei unserer Methodik Kraut und Rüben durcheinandergeworfen werden, fehlt ja der Regierung das Erkennen jener Größenordnungen und jener Maßstäbe, die für eine intensive und wirksame Konjunkturpolitik nötig wären.

Nicht aus dem Grunde eines schlechten Willens, sondern aus der Tatsache, daß uns bloß Keulen des Urmenschen in der Konjunkturpolitik zur Verfügung stehen, ist unsere Konjunkturpolitik eben eher eine Pfuscherei als das Werk eines Meisters. Wenn diese Reformen durchgeführt worden sind, werden wir leichter jene Mittel und Wege erkennen, die nötig sind, um unsere Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft in der Hoheitsverwaltung in Ordnung zu bringen.

Gestatten Sie mir hier einige Sätze. Wir sind sehr stolz auf unsere demokratische Verfassung, und die Freiheiten haben ja heute wieder erklärt, wie sehr sie für Freiheit und Menschenrecht seien. In unserer Verfassung

steht: Vor dem Gesetz ist jeder gleich, Privilegien sind abgeschafft, es gibt keinen Unterschied nach Stand, Geschlecht und Vermögen. Und wir alle bemühen uns ehrlich und redlich, die Wirtschaft von den bürokratischen Fesseln und vom mittelalterlichen Zunftgeist zu säubern. Während wir aber im Vorgarten unseres Staatshaushaltes tätig sind, hat sich durch die Hintertür ein neues echtes Privilegiensystem eingeschmuggelt.

Jede Zeit hat ihr Bild vom Menschen. Im vergangenen Jahrhundert, im Jahrhundert des Individualkapitalismus wurde uns der Unternehmer als homo oeconomicus vorgeführt. Heute zeichnet man ihn als einen vom Herzinfarkt bedrohten Manager, der eifrigst Spesen schindet, vorzeitig Abschreibungen vornimmt und reichlich Rückvergütungen aus der Warenumsatzsteuer einkassiert.

Nun leugnen wir gar nicht: Die Rückvergütung der Warenumsatzsteuer bei Exporten bedeutet in zahlreichen Wirtschaftszweigen eine höchst notwendige wirtschaftliche Maßnahme, nämlich überall dort, wo es gilt, durch sie die Hürde eines Protektionismus zu überspringen. In vielen Fällen aber ist dieses System eine bloße Einkommenserhöhung bei dem, der dieses Privilegium genießt.

Ähnliches gilt für die Bewertungsfreiheit. Es ist doch klar, daß die früheren Grundsätze der Abschreibung von technischen Anlagen in unserem Zeitalter der rasanten technischen Entwicklung nicht mehr gelten können. Ich finde es für selbstverständlich und gut, daß bis zu einem gewissen Maße mit diesen Methoden Mittel gewonnen werden, um eine Eigenfinanzierung der Investitionen durchzuführen. Aber, meine Damen und Herren, wer könnte leugnen, daß ein solches System die Gefahr von Fehlinvestitionen in sich trüge? Denn der einzelne Manager nimmt ja solche Investitionen vielfach nicht vor, um seine Konkurrenzfähigkeit neu zu begründen, zu verstärken, zu intensivieren, er tut es doch oft nur deshalb, weil er sich damit Steuern erspart. Hier ist eine Quelle entstanden, aus der sich in einer in den früheren Jahrzehnten nicht gekannten Form aus unversteuerten Quellen neue Vermögen bilden. Ich glaube, daß es für die Abgeordneten vom Wirtschaftsbund sehr interessant wäre, diese Fragen der neuartigen Form der Bildung von anonymen Großvermögen zu studieren und sich mit uns auch zu überlegen, wie man Mittel und Wege finden könnte, um diesen Prozeß unter jene soziale Kontrolle zu nehmen, die aus ökonomischen und sozialen Gründen nötig wäre.

Das ist im kurzen und ganzen das Konzept, das mein Parteiboss Dr. Pittermann Ihnen vortragen wollte. Es ist natürlich, daß in

einzelnen Detailfragen die Standpunkte verschieden sind und man sich zusammenraufen muß. Wir Sozialisten würden uns aber freuen, wenn die ÖVP sich entschließen könnte, mit uns ein solches Reformwerk zu beraten und zu schaffen. Dann hätten wir vielleicht die neue Plattform eines gesunden Zusammenwirkens, die ihr Klubobmann Dr. Maleta heute gefordert hat. Vielleicht können wir auf diesem Wege die seit 1945 so erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien auf lange Jahre hinaus vertiefen.

Man soll aber die Dinge nicht dramatisieren. Der Kampf um das Budget 1961 war schwer und nicht leicht. Aber wir haben uns gefunden. Wir glauben, daß ein Großteil der Kritik, die an diesem Budget geübt wurde, ungerechtfertigt ist. Denn letzten Endes ist dieses Budget nur eine Folge jener Finanzpolitik, die in den Jahren 1955 bis 1960 geführt worden ist. Wenn wir erkennen, daß heute unsere Finanzpolitik an einem Scheideweg steht, dann, glaube ich, hat dieser Streit um das Budget 1961 mit dazu beigetragen, die Finanzverwaltung Österreichs einem Gesundungsprozeß zu unterwerfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Gorbach**: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Weißmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Walther Weißmann**: Hohes Haus! Wenn diese Schweregeburt des Budgets 1961 keinen anderen positiven Erfolg gehabt hätte, als daß viele Dinge, die untergründig in der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und in der Koalition geschwelt haben, einmal offen und klar hier vor diesem Forum ausgesprochen werden, dann wäre das an sich schon ein großer Erfolg gewesen. Es haben sehr maßgebliche Sprecher der Parteien ihren Standpunkt hier klargelegt; ich darf mich auf ganz wenige Feststellungen und Repliken beschränken.

Vorweg, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen ganz ehrlich und offen sagen, daß wir in der Österreichischen Volkspartei dieses Budget wirklich, wie der Herr Bundeskanzler schon ausgesprochen hat, für die Grenze des noch Vertretbaren halten. Und wenn der Herr Minister Migsch hier jetzt ankündigt, daß anscheinend in sehr kurzer Zeit wieder neue Wünsche, neue Forderungen vorgebracht werden, dann — das muß ich Ihnen, meine Damen und Herren, sagen — verstehe ich nicht, wie das mit der gemeinsamen Regierungserklärung, mit der Aufforderung zum Sparen in Einklang zu bringen ist.

Ich hätte mich sehr gewundert, wenn der Herr Abgeordnete Migsch heute in seiner Rede nicht vieles wiederholt hätte, was er schon sehr oft gesagt hat, und wenn er vor

allem den Namen des verfloßenen Finanzministers Dr. Kamitz (*Abg. Aigner: Er lebt noch! — Heiterkeit*) nicht sehr oft erwähnt hätte. (*Abg. Probst: „Abgeflossen“!*) Er hat ihn erwähnt, ich habe es mitgeschrieben, er hat ihn wirklich zitiert, und er hat sehr scharfe Kritik an dem Raab-Kamitz-Kurs geübt. (*Zwischenrufe.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Wir haben hier in Zusammenhang mit der Budgetdebatte sehr klare, sehr offene und sehr mutige Worte gehört. Ich persönlich war darüber sehr froh, weil es viel besser ist, daß man zwischen Partnern, die zusammenarbeiten sollen, ungeklärte Dinge oder Dinge, die vielleicht das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern in der Lage sind, ausspricht. Aber uns zu sagen: Wir wünschen die Koalition, wir wünschen die Zusammenarbeit, und im selben Atemzug aber auf die gemeinsame Politik der vergangenen Jahre dann mit allen Mitteln der — vorsichtig ausgedrückt, meine Herrschaften — Demagogie herzufallen, das halte ich nicht im Sinne dessen, was heute hier gerade gesprochen wurde. (*Abg. Probst: Was ist da „vorsichtig“? — Abg. Dr. Neugebauer: Worin besteht da die Vorsicht?*)

Hohes Haus! Ich will nicht wiederholen, was hier an Zahlen genannt wurde, aber eines kauft dem Herrn Minister Migsch in ganz Österreich niemand mehr ab, nämlich wenn er sagt, daß der Wirtschaftsablauf der vergangenen Jahre heute den Österreichern sozusagen ein Danaergeschenk beschert habe, etwas, was wir jetzt auszulöffeln haben. Ich glaube, ich muß wirklich nicht wiederholen, daß dieses Österreich in den Jahren seit 1952 einen nie gesehenen, einen ungeahnten Wirtschaftsaufschwung erlebt hat! (*Abg. Dr. Migsch: Trotzdem! Trotz des Raab-Kamitz-Kurses!*) Darüber wollen wir jetzt nicht streiten. Ich sage „wegen“, Sie sagen „trotz“. (*Abg. Pölzer: Nur Kamitz hat alles gemacht — sonst niemand!*) Die Tatsache ist vorhanden, daß dieser Wirtschaftsaufschwung jedenfalls unter dem Zeichen stand, das Ihnen so unangenehm ist oder war. (*Abg. Dr. Migsch: 15 Milliarden Defizit!*) Es wird also nichts unversucht gelassen.

Meine Damen und Herren! Heute zum Abschluß der Budgetdebatte hat der Herr Abgeordnete Migsch es für gut gehalten, alles das, was in den vergangenen Jahren aufgebaut und was in den vergangenen Jahren erreicht wurde, sozusagen als einen Mißerfolg hinzustellen und zu sagen, daß wir heute wegen dieses Mißerfolges gezwungen sind, ein aufgeblähtes Budget zu beschließen, und daß jetzt harte Jahre vor uns stehen.

Es ist hier auch ein sehr hartes Wort darüber gesprochen worden, daß die Voranschläge nicht mit dem übereinstimmen, was dann dem Hohen Haus als Rechnungsabschluß vorgelegt wurde. Es wurde hier also wörtlich gesagt: Der Herr Finanzminister Kamitz hat das, was er in seinen Budgetreden als Aufgabe, als Vorbild, als Verpflichtung dargestellt hat, nicht eingehalten, und es sind also schließlich und endlich in den einzelnen Jahren immer wieder Defizite aufgeschienen. Ja, meine Herrschaften, wer aber hat denn die Forderungen gestellt, daß immer wieder neue Aufgaben vom Staat übernommen werden, wer hat denn die Forderungen gestellt, daß immer wieder neue Pflichtaufgaben beschlossen werden, die sich zum Teil erst im nächsten Jahr verpflichtend ausgewirkt haben? (*Abg. Doktor Migsch: Aber unsere Leute kamen zu kurz!*) Meine Herrschaften! Auch Sie hier in den Reihen der Sozialistischen Partei werden mir bestätigen, daß Sie erstaunt waren, als man bei der Beratung des Voranschlags 1961 festgestellt hat, daß mehr als 2 Milliarden Schilling Pflichtaufgaben dem Budget aus Beschlüssen zugewachsen sind, die wir alle gemeinsam hier beschlossen haben. (*Abg. Dr. Migsch: Jetzt sind wir zufrieden!*) Und nun muß ich Ihnen sagen: Dann können Sie aber nicht behaupten, daß der Finanzminister der Schuldige war, denn, meine Herrschaften, dann müssen wir uns alle ein bißchen an die Brust klopfen oder selber an der Nase nehmen. Beschlossen haben diese Dinge wir hier in diesem Saal gemeinsam! (*Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Dr. Gredler: Er muß sich selber an der Nase nehmen! — Heiterkeit.*)

Der Herr Abgeordnete Migsch hat sich auch bemüht, uns klarzumachen, daß die Hauptnutznieser der Konjunktur — er hat es nicht ausgesprochen, aber er hat es so unausgesprochen durch den Saal klingen lassen — ganz bestimmte Kreise in Österreich gewesen seien und daß also alle anderen Stiefkinder dieser Konjunktur waren.

Wir sind uns in einem einig gewesen, und wir haben bei der Beratung des Rentenplanes uns tatsächlich gegenseitig gar nichts vorzuwerfen, aber auch keine Verdienste voreinander in Anspruch zu nehmen. Wir wissen, daß wir den Alten in unserem Staate echte Hilfe angedeihen lassen müssen. Aber jetzt ist es wieder so, daß plötzlich die Aufbringung der Mittel — und das ist hier gestern schon besprochen worden — für gewisse Zwecke einfach einer bestimmten Seite zugewiesen wird und daß man die Verteilung sehr großzügig dann für sich selbst in Anspruch nimmt. Herr Abgeordneter Migsch! Ich darf hier daran erinnern, daß ich zufällig bei diesen Beratungen zumindest teilweise mit dabei

war, und da hat man uns so in den Pausengesprächen gesagt: Wir mußten ja mit einem Rentenplan herauskommen, denn euer Generalsekretär hat ja angedeutet, daß die ÖVP mit einem solchen Plan kommen wird. Wir durften also nicht warten, um sozusagen nicht überrundet zu werden und nicht die zweiten zu sein. (*Abg. Aigner, zur ÖVP: Damit ihr euch leichter tut! — Abg. Dr. Migsch: Das war doch nur das Zuckerl, damit ihr euch leichter tut!*) Dann aber stellen Sie sich hier herauf und erklären: Wir sind diejenigen, die diesen Armen wieder die Geschenke gebracht haben, wir sind dafür da, um den Armen in diesem Staate etwas zu bringen; die ÖVP, das ist die böse Partei, die ja nur für Kapitalisten da ist, die nur für die Reichen da ist, wie das immer so schön heißt (*Abg. Doktor Migsch: Manches Mal schon! — Abg. Altenburger: SPÖ, die Partei für die schlechten Zeiten!*), die also für den armen und für den kleinen Mann in unserem Staate nichts übrig hat.

Wir müssen uns gegen diese demagogische Verdrehung zur Wehr setzen, weil das nicht stimmt, weil es nicht wahr ist und weil wir, wie heute schon der Herr Abgeordnete Maleta gesagt hat, nicht bei Ihnen in die Schule zu gehen brauchen, um sozialpolitische Überlegungen anzustellen. Wir brauchen nicht bei Ihnen nachzulesen, was zu tun ist, denn wir haben Vorbilder, an die wir uns, Gott sei Dank, halten können und die uns vor längerer Zeit, noch bevor Sie in Erscheinung getreten sind, gezeigt haben, wie man soziale Vorsorge, und zwar erfolgreiche soziale Vorsorge in einem Staat einzurichten hat! (*Abg. Pölzer: Einmal sind Sie eine neue Partei, einmal sind Sie eine alte Partei!*)

Aber ich will mich heute gar nicht mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, über das Sozialprogramm auseinandersetzen, sondern ich habe mich verpflichtet gefühlt, eine gewisse Korrektur dessen vorzunehmen, was der Herr Abgeordnete Migsch uns erzählt hat. Er sagt: Wir, die Sozialisten, sind die Hüter der Währungsstabilität. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Probst: Sie haben gesagt, Sie sind eine neue Partei! Aber die Vorbilder?*) Aber entschuldigen Sie, Vorbilder kann man doch haben, auch wenn man eine neue Partei ist! Also das schmeißen Sie jetzt, glaube ich, ein bißchen durcheinander, Herr Abgeordneter! (*Abg. Pölzer: Sie schmeißen es durcheinander! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Wir verleugnen unser Vorbild nicht, aber ihr verleugnet es hier und da! — Abg. Mark: Vielleicht können Sie uns sagen, wer Ihre Vorbilder sind! — Abg. Dr. Neugebauer:*

Wen verleugnen wir denn? — Weitere Zwischenrufe.)

Ein Satz ist aber heute hier vom Herrn Abgeordneten Migsch gefallen, der mir zu denken gibt. Der Herr Abgeordnete Migsch hat hier an diesem Rednerpult gesagt, Kamitz habe das Finanzwesen aufgeweicht. Meine Damen und Herren! Wenn nichts eine Verdrehung ist und wenn nichts die Tatsachen wirklich auf den Kopf stellt, dann dieser eine Satz. Ich muß Sie doch daran erinnern, in welcher Situation sich Österreich befand, als 1952 der Finanzminister Kamitz berufen wurde und sein Amt antrat. (*Abg. Dr. Migsch: Dr. Margarétha war ein ausgezeichnete Finanzminister!*) Er war ein ausgezeichnete Finanzmann, aber ich muß heute feststellen, daß damals ein Lohn- und Preisabkommen das andere abgelöst hat und daß Kamitz es war — es mußten sogar Wahlen durchgeführt werden —, der dafür eintrat, daß das Budget des Staates ausgeglichen aufgestellt werde, daß in den Haushalt des Staates endlich Ordnung hineinzukommen hat. Und er hat diese Ordnung durchgesetzt. (*Abg. Lackner: Er hat keine Ordnung gehabt!*) Er hat sogar etwas erreicht, Herr Abgeordneter Migsch, auch wenn Sie es nicht gerne hören, er hat erreicht, daß die Einnahmen des Staates gestiegen sind (*Abg. Dr. Migsch: Aber weniger als die Ausgaben!*), und zwar sehr erheblich gestiegen sind, wie Sie uns an Prozentsätzen selbst dargelegt haben, obwohl die Steuersätze gesenkt wurden!

Und nun muß ich Ihnen eines sagen: Es besteht ein Unterschied zwischen einem Wirtschaftspraktiker, jemandem, der unternehmerisches Wagnis besitzt, und einem reinen Fiskalisten. Ein reiner Fiskalist rechnet sich aus: Ich habe bei einer Steuersparte 100 Millionen Schilling eingenommen, ich brauche 50 Millionen Schilling mehr, also erhöhe ich die Sätze um 50 Prozent. Darf ich die Herren, die in der Gemeinde Wien vielleicht einige Erfahrung gesammelt haben, jetzt fragen: Erinnern Sie sich an die Preiserhöhung bei der Straßenbahn? Ich habe als kleiner Gemeinderat in Klagenfurt dasselbe Beispiel erlebt. Da hat man sich ausgerechnet: Wir haben ein Defizit von 25 Prozent, also muß der Fahrpreis um 25 Prozent erhöht werden und dann haben wir das Defizit gedeckt. Was ist wirklich eingetreten? Die Einnahmen sind von 100 Prozent auf 98 Prozent abgesunken! (*Abg. Benya: In Wien sind sie gestiegen!*) In Wien sind sie jedenfalls bei weitem nicht so hoch angestiegen, wie man gehofft hat. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das ist jetzt wahrscheinlich der Trost für die Straßenbahnfahrtscheine, die damals bei der

Wahl in die Wahlurne geworfen wurden! (Weitere Zwischenrufe.) Sie haben das noch sehr gut in Erinnerung. Sie wissen, daß diese fiskalistischen Rechnungen ... (Abg. Dr. Neugebauer: *Er redet jetzt von Wahlen. Da muß man dem Bismarck recht geben, den gestern der Abgeordnete Gorbach erwähnt hat! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Aber wir haben ja noch keine Wahlen, Herr Abgeordneter, ich bitte um Entschuldigung, also wir brauchen uns noch nicht darauf vorzubereiten, und der Herr Vizekanzler hat ja erklärt, daß die Legislaturperiode dieses Hauses normal auslaufen soll. (Abg. Mark: *Seid ihr beunruhigt?*) Ich muß also sagen: Wir haben gar keinen Grund, uns jetzt irgendwie auf Wahlreden vorzubereiten. (Abg. Mark: *Das freut euch halt!*)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Migsch hat aber außerdem folgendes gesagt: Dem hohen Steuereinkommen ist der allgemeine Wohlstand zu verdanken. Meine Herrschaften! Das heißt wirklich Ursachen und Wirkungen vertauschen und umdrehen! Wir stehen auf dem Standpunkt — und ich glaube, die vergangenen Jahre haben das bewiesen —, daß die hohen Steuereinkommen der Ausfluß des allgemeinen Wohlstandes waren und daß der Staat derjenige war, der aus unseren Bemühungen, dem einzelnen Staatsbürger mehr zukommen zu lassen, schließlich und endlich auch für seine Verwaltung gewonnen hat. (Abg. Dr. Migsch: *Sie müssen einen Kurs im Finanzwirtschaftlichen Institut in Bonn machen!*) Verehrter Herr Abgeordneter Migsch! Ich bin zwar kein so unerhörter Fachmann auf finanzpolitischem Gebiet wie Sie, und ich wundere mich nachträglich, daß man Sie seinerzeit, als in Ihrer Partei von der Besetzung des Finanzressorts die Rede war, übersehen und nicht vorgeschlagen hat (ironische Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP — Abg. Dr. Migsch: *Das ist billig!* — Abg. Dipl.-Ing. Waldbrunner: *Das ist sehr billig!*), ich bin aber gerne bereit, mich belehren zu lassen. Aber Sie werden mir zugestehen, daß ich die Grundsätze unserer Partei bezüglich der Finanzpolitik nach der Meinung hier veretrete, wie sie mir innewohnt und wie ich sie eigentlich ziemlich lange Jahre hindurch auch gelernt habe.

Verehrter Herr Abgeordneter Migsch! In einem stimme ich mit Ihnen überein. (Abg. Dr. Neugebauer: *Na endlich!*) O, wir stimmen in manchem überein, unsere Privatgespräche haben das sehr oft ergeben; nur sind das vielleicht die Dinge, die mehr am Rande liegen, in den Zentralproblemen aber, nämlich darin, ob wir so arbeiten sollen,

daß der einzelne Staatsbürger den Erfolg hat, daß der einzelne Staatsbürger derjenige ist, dem der Wohlstand zugute kommt, und nicht der Staat, gehen wir ein bißchen auseinander. (Präsident Olah übernimmt wieder den Vorsitz.)

Herr Abgeordneter Migsch! Sie sagen, es gibt nur einen gewissen Kreis von Leuten, die an der Konjunktur teilgenommen haben. Auch das glaubt heute in Österreich doch niemand mehr richtig. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Ich darf Sie an etwas erinnern. Hier in Wien hat vor zwei Wochen ein großes Fußballwettbewerb stattgefunden mit -zigtausend Besuchern, und da hat man im Fernsehen auch eine Aufnahme vom Parkplatz vor dem Stadion gesehen. Meine Herrschaften, ich muß Ihnen gestehen: Ich habe ein solches Bild nur noch in Amerika gefunden, sonst nirgends mehr. Sie werden mir doch sicher nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, daß das alles zufällig die Teilnehmer an der Konjunktur waren und daß alle jene Kreise, die Sie genannt haben, dort zufällig nicht anwesend waren. (Abg. Probst: *Das waren Besucher vom Fußballmatch!*) Sicher! Ganz richtig! Aber die haben sich „zufällig“ mit jenen gedeckt, die auch aus unserer Konjunktur profitiert haben. Freuen wir uns darüber! Freuen wir uns darüber, daß unsere gemeinsame Arbeit es dazu gebracht hat! (Abg. Dr. Migsch: *Aber Kollege Weißmann! Sehen Sie darin nicht die Bestätigung, daß hohe Steuern ein solches Ziel herbeiführen?*) Bisher haben wir Gott sei Dank die Steuern dreimal gesenkt! Sehr gegen Ihren Wunsch, wir wissen es. (Abg. Dr. Migsch: *Jetzt muß der neue Finanzminister erhöhen!*) Sie haben das damals als einen Aprilscherz bezeichnet, und es ist doch gelungen, dem einzelnen Staatsbürger die Wohltat dieser Steuersenkung zu bringen. (Zwischenrufe. — Präsident Olah gibt das Glockenzeichen.)

Meine Herrschaften! Zu behaupten, wir müssen jetzt die Zeche bezahlen, weil ein Budget erstellt wurde, das um — gelinde ausgedrückt — 5 Milliarden höher liegt als das vorangegangene, und dann zu sagen, daran sei der Kamitz schuld, jetzt haben wir das Geld nicht, um die Mehrausgaben aufzubringen (Abg. Pölzer: *Um neue Einnahmen hätte ich mich umschauchen müssen!*) — das ist doch ein bißchen zu demagogisch und zu billig. (Abg. Mark: *Natürlich fehlt es!* — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Machunze: *Erhöhen wir die Lohnsteuer wieder! Sagen wir das den Arbeitnehmern!*) Sie verwechseln mich vielleicht mit der Opposition, aber nicht einmal die hat behauptet, daß der Herr Minister Heilingsetzer schuld daran sei, daß die Finanzlage in diesem Budget unge-

deckt ist. (*Abg. Mark: Wir haben ja nicht gesagt, daß Heilingssetzer schuld ist! Daran ist der Kamitz schuld! — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Mitterer: Wenn es nach dem Migsch ginge, führen wir mit dem Schubkarren! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Migsch: Sie sollten ganz ruhig sein!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich wirklich den Eindruck, daß durch die sehr ruhigen, sehr maßvollen und sehr offenen Reden in diesem Hause auch der Geist der Zusammenarbeit und das Zusammenstehen im Hinblick auf dieses Budget unterstrichen werden sollten. Der Versuch, den der Herr Abgeordnete Migsch jetzt unternommen hat, ist nach meinem Gefühl ein kleiner Torpedo gegen diese Zusammenarbeit. (*Abg. Mark: Sie fangen schon wieder an!*) Selbstverständlich, ich muß das leider tun, denn nicht ich habe den Herrn Abgeordneten Migsch gebeten, diese Rede zu halten, sondern er hat sie wahrscheinlich in Ihrem Parteauftrag gesprochen. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Das glaube ich nicht einmal! — Abg. Mitterer: Er hat ja keinen Parteauftrag!*) Das muß ich ganz deutlich hier zurückweisen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch. — Abg. Mitterer: Seine Aufträge wechseln ständig: Minister, Stadtrat, Nationalrat — alles mögliche! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Olah (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte das Hohe Haus, den Redner nicht ununterbrochen zu stören!

Abgeordneter Dr. Walther Weißmann (*fortsetzend*): Ich möchte jetzt zu den Dingen kommen, bei denen ich mit dem Herrn Abgeordneten Migsch übereinstimme.

Er ist der Meinung — und diese vertrete ich auch —, daß man in der Budgetmethodik bei uns vielleicht doch andere Wege beschreiten sollte. Allein die Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Vorberatungen unseres Budgets immer in die Urlaubszeit fallen, ist nach Meinung von Budgetsachbearbeitern nicht gerade ein Vorteil für eine durchdachte, ruhige, überlegte Erstellung eines Budgets. Auch die Tatsache, daß sich die Beratungen in diesem Hohen Hause dann einer Reihe von Feiertagen nähern, ist kein Vorteil für eine durch die Zeit nicht gedrängte Beratung. Sie wissen — ich verkünde hier sicher keine Neuigkeiten —, daß andere Parlamente aus diesem Grund dazu übergegangen sind, das Budgetjahr vom Kalenderjahr zu trennen. (*Abg. Uhlir: Darüber haben wir uns schon einmal unterhalten!*) Ich weiß es, Herr Kollege! Es wird uns immer wieder vorgehalten, und von den Kennern wahrscheinlich mit Recht, daß die Umstellung sehr schwie-

rig, sehr kostspielig wäre, aber es ist vielleicht doch zu überlegen, ob man nicht einmal diesen Schritt tut, um aus einer Zange herauszukommen, in der wir uns doch immer wieder und fast jedes Jahr befinden.

Der Herr Abgeordnete Migsch hat dann auch vorgeschlagen, daß man eine Trennung der Budgetierung der Hoheitsverwaltung von der der Wirtschaftsbetriebe vornehmen sollte. Auch darin stimme ich mit ihm überein. Es tut mir leid, daß der Herr Verkehrsminister jetzt weggegangen ist, denn der Appell, aus den Österreichischen Bundesbahnen endlich einen Wirtschaftskörper zu machen, wäre eigentlich an seine Adresse zu richten gewesen. (*Abg. Dr. Migsch: Er ist einverstanden!*) Wir würden uns sehr freuen, wenn die Beratungen und die Verhandlungen darüber endlich zu einem Abschluß kämen (*Abg. Dr. Migsch: Machen wir es in einem Aufwaschen!*), weil dann vielleicht wirklich nicht mehr eintreten würde, was der Herr Kollege Migsch stets als einen Nachteil unseres Budgets bezeichnet, nämlich die alljährliche Aufblähung unseres Budgets, vielleicht vor allem durch das Defizit der Bundesbahnen. (*Abg. Dr. Migsch: Machen wir alles auf einmal! Vom Salzmonopol bis zu den Bundesforsten!*) Ich weiß ja nicht, welche Aufblähung Sie gemeint haben, aber ich habe das Gefühl, daß diese Aufblähung vielleicht auch gemeint war. (*Abg. Lackner: Das ist doch kein Defizit der Bundesbahn, wenn man ihr fremde Lasten auferlegt!*)

Meine Herrschaften! Wir kämen jetzt in eine stundenlange Diskussion über die Subventionen und ihre Notwendigkeit, wir kämen jetzt wieder in eine Diskussion darüber, ob die Milchpreisstützung eine Stützung für die Bauern oder ob sie nicht doch eine Stützung für die Konsumenten ist, in eine Diskussion, wie sie sich hier schon durch viele Stunden gezogen hat und in der wir trotz aller Beratungen zu einer Übereinstimmung nicht gekommen sind. (*Abg. Suchanek: Bleiben Sie sachlich, dann brauchen Sie eine solche Diskussion nicht zu führen! Bleiben Sie sachlich!*) Was habe ich Unsachliches gesagt? Ich habe festgestellt, daß die Österreichischen Bundesbahnen ein Defizit haben, und zwar kein unbeträchtliches. (*Abg. Lackner: Warum haben sie es?*) Wenn Sie das als unsachlich bezeichnen, dann bedaure ich Ihre Einstellung. (*Abg. Pölzer: Das hat doch andere Ursachen!*) Wahrscheinlich dürften beim Wort Bundesbahnen einige Bundesbahner aufmerksam geworden sein, die das bisher nicht mitgekriegt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat in seiner Eingangsrede erläutert, daß das Bundesbudget und jedes

Budget unseres Staates einen tiefen Eingriff in das Leben jedes einzelnen Staatsbürgers bedeutet. Das würde an sich zur Folge haben müssen, daß die österreichische Bevölkerung diesen Budgetfragen gegenüber sehr aufgeschlossen und sehr interessiert ist. Auch darüber hat sich heute eine Debatte hier abgespielt, und es wurde gesagt, daß das Interesse der Staatsbürger an politischen Dingen doch verhältnismäßig klein sei, daß sich das Volk im allgemeinen mit diesen politischen Fragen, die uns Kopfschmerzen verursachen, gar nicht befaßt.

Sie werden vielleicht erstaunt sein, wenn ich in einem gewissen Sinne der Stellungnahme des Herrn Dr. Gredler recht gebe. Nicht wenn er sagt: Die Leute draußen interessieren sich nicht. Es ist sicher falsch, wenn man die hohe Wahlbeteiligung in Österreich damit negieren will, daß man sagt: Na ja, die sind das aus der Vergangenheit, weil da ein gewisser Zwang vorhanden war, gewohnt, jetzt gehen sie also wieder zu den Wahlen. So kann man das nicht auffassen, und ich glaube, daß die hohe Wahlbeteiligung den Österreichern das Zeugnis ausstellt, daß sie ja bereit sind, politische Entscheidungen zu treffen. Aber das echte politische Interesse für die res publica war nach meiner Überzeugung zu allen Zeiten und unter jedem Regime immer nur in einer verhältnismäßig dünnen Schichte der Bevölkerung vorhanden. Das Interesse geht über Schlagzeilen in den Zeitungen in den meisten Fällen doch nicht hinaus, und es muß für uns alle wirklich erschreckend und ein gewisses Warnzeichen sein, wenn wir aus Sendungen im Rundfunk hören, daß durchaus gebildete, in österreichischen Schulen erzogene Staatsbürger sehr wenig von den Dingen der Öffentlichkeit wissen: daß man den Bundespräsidenten mit dem Bundeskanzler, daß man den Finanzminister etwa mit dem Heeresminister verwechselt, vielleicht sogar mit dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes; ich weiß es nicht. Meine Damen und Herren! Das muß uns wirklich zu denken geben, und ich bin der Meinung, daß es die gemeinsame Aufgabe dieses Hauses sein muß, der Öffentlichkeit ein Bild zu geben, das die Galeriebesucher in diesem Hause nicht mit einem gewissen Entsetzen herunter schauen läßt. Vorgestern früh gab es hier gewisse Szenen. Ich habe von den hinteren Sitzen aus die Galerie beobachtet. (*Abg. Probst: Das können Sie ja gar nicht! Sie sehen ja gar nicht hinauf!*) Oh, ich sehe es, setzen Sie sich selbst hin, kontrollieren Sie es! Es waren nicht Gesichtszüge der Anteilnahme, der Hochachtung oder der Ehrfurcht, die ich da gesehen habe, sondern die Leute da oben

haben ein bißchen abschätzig gelächelt, um nicht zu sagen, sie haben gegrinst über das Theater, das sie da unten gesehen haben.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß es der Würde dieses Hauses nicht zuträglich ist, der Öffentlichkeit solche Bilder zu bieten, und daß gerade die Beratung des Budgets, das über das wirtschaftliche Wohlergehen dieses Staates im nächsten Jahr und vielleicht darüber hinaus entscheiden wird, wirklich angetan sein müßte, die Forderung eines hohen sittlichen Ernstes an jeden einzelnen Abgeordneten zu stellen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei haben diesem Budget unser Ja gegeben, wir haben ihm das Ja gegeben mit dem Bemerken, das der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister dazu geäußert haben, nämlich daß dieses Budget die Grenze des für die österreichische Volkswirtschaft Tragbaren ist und daß es nur erfüllt werden kann, wenn die gesamte öffentliche Verwaltung von der Bundesregierung bis in die kleinsten Dienststellen hinunter sich der Sparsamkeit befleißigt und bereit ist, dieses Budget mit einem Geist der Zuversicht zu erfüllen und diesem Budget eine echte innere Aufgabe für das Wohlergehen des Staates in einem breiten Maße zu widmen.

Meine Damen und Herren! Dazu gehört aber auch folgendes: Sie wissen, daß im menschlichen Leben nicht alles mit dem Rechenstieber ausgerechnet werden kann. Es gibt sehr viele Dinge, die Imponderabilien im menschlichen Leben, die zu Höchstleistungen anspornen können, wo man sie unter Umständen gar nicht erwartete, und es gibt Brüche in der menschlichen Leistung, wo sie gar nicht notwendig wären. Wir müssen, um dieses Budget erfüllen zu können und um eine stabile Finanzpolitik für unseren österreichischen Staat und für unsere österreichische Wirtschaft in Zukunft zu sichern, die Bevölkerung mit Zuversicht erfüllen, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese Zuversicht heute nicht allenthalben vorhanden ist, daß die Goldpreise klettern in einem Maße, wie man es kaum für vorstellbar gehalten hat, daß die Aktienkurse klettern. Das sind Erscheinungen, die man zur Kenntnis nehmen muß. Das österreichische Volk wird uns und unserem Bestreben nach einem für die österreichische Wirtschaft und für das österreichische Volk guten Budget nur glauben, wenn wir einhellig dazu stehen, wenn wir es vertreten und wenn wir diese Zuversicht, dieses Vertrauen wirklich in die Bevölkerung hinaustragen.

Dazu gehört aber nicht, daß man sich hier herstellt und Kritik übt an Dingen, die wir alle gemeinsam beschlossen haben und für die die

Koalition gemeinsam eingetreten ist. Es gibt keine teilbare Koalition, meine Damen und Herren, das ist hier schon gesagt worden, und ich bitte Sie, die Koalition so zu nehmen, wie sie Ihnen von unseren Vertretern angeboten worden ist. Das Bekenntnis dazu darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern es muß ein echtes Bekenntnis sein. Wenn man mitregiert, muß man auch mitverantworten und darf nicht draußen in der Öffentlichkeit dann den Kritiker spielen. Wir werden vom österreichischen Volk dieses Budget mit Arbeit und mit Erfolg beantwortet bekommen, wenn es uns unsere Arbeit glaubt, und wir werden einen Mißerfolg akzeptieren müssen, wenn das österreichische Volk nicht an das glaubt, was dieses Parlament macht. Daß die Arbeit positiv sein muß, das, glaube ich, ist die Auffassung auf beiden Seiten. Ich würde Sie nur bitten, daß das auch durch die Reden und durch die Taten unterstrichen wird. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Olah: Es ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist damit geschlossen.

Ich bitte jene Frauen und Herren Abgeordneten, die ihre Zustimmung geben, die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1961, dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und somit angenommen.

2. Punkt: Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (266 der Beilagen): Satzungen des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut (276 der Beilagen)

Präsident Olah: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Satzungen des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut.

Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Solar. Ich bitte sie, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatterin Lola Solar: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage 266 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen beinhaltet die Satzungen des „Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut.“

Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, kurz UNESCO genannt, hat im Jahre 1956 ein „Internationales Studienzentrum für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut“ gegründet.

Dieses Studienzentrum hat seinen Sitz in Rom. Es dient der Dokumentation und Forschung auf dem Gebiete der Erhaltung und

Restaurierung von Kulturgütern und erteilt den Mitgliedern in einschlägigen Fragen Ratschläge und unterstützt die Ausbildung von Forschungs- und Fachkräften. Der Beitritt zum Studienzentrum steht allen Mitgliedsstaaten der UNESCO offen und erfolgt durch Übersendung einer förmlichen Beitrittserklärung an den Generalsekretär der UNESCO.

Der Ministerrat hat am 29. März 1960 den Beitritt Österreichs zu diesem Studienzentrum beschlossen, da dieses Institut für die Verfeinerung der Methoden der Denkmalpflege und die Bearbeitung neuer Techniken eine außerordentliche Bedeutung besitzt.

Durch den Beitritt würde die österreichische Denkmalpflege in die Lage versetzt, durch Austausch von Erfahrungen mit den Mitgliedern des Zentrums das Fachwissen der österreichischen Denkmalpfleger zu bereichern und damit mittelbar die Konservierung und Restaurierung des österreichischen Kulturbesitzes zu fördern.

Die vertragsmäßige Bindung, die Österreich durch den Beitritt zum Internationalen Studienzentrum eingehen wird, stellt einen Staatsvertrag dar, dem hinsichtlich des Artikels 11, der dem Zentrum die Berechtigung einräumt, unmittelbar auf dem Gebiete der Mitgliedsstaaten behördliche Funktionen auszuüben, gesetzändernde Wirkung zukommt. Dieser Staatsvertrag bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch den Nationalrat.

Der Unterrichtsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung vom 20. Oktober 1960 in Verhandlung gezogen. Der Ausschuß nahm eine textliche Richtigstellung in der deutschen Übersetzung zu Artikel 3 lit. b vor, wo es statt „Ratsbeschlusses“ richtig „Beschlusses des Rates des Zentrums“ zu heißen hat. Diese Klarstellung erfolgte, um einer Verwechslung mit dem im gleichen Satz genannten Exekutivrat der UNESCO vorzubeugen. Diese Klarstellung ist zulässig, da die Übersetzung ins Deutsche nicht als authentischer Text anzusehen ist.

An der Debatte im Unterrichtsausschuß beteiligten sich außer der Berichterstatterin die Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw und Eichinger sowie Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung der Satzungen zu empfehlen.

Der Unterrichtsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Satzungen des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut unter Berücksichtigung der obangeführten

Richtigstellung der Übersetzung die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Olah**: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir gelangen daher sofort zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird dem Abkommen unter Berücksichtigung der textlichen Richtigstellung in der deutschen Übersetzung einstimmig die Genehmigung erteilt.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (265 der Beilagen): Abkommen über die Gründung der „Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (278 der Beilagen)

Präsident **Olah**: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Abkommen über die Gründung der „Eurofima“, Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale.

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete **Matejcek**. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatler **Matejcek**: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Über die Regierungsvorlage 275 der Beilagen: Abkommen über die Gründung der „Eurofima“, ist zu berichten:

Das vorliegende Abkommen ist von der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister ausgearbeitet und am 20. Oktober 1955 von 14 ihrer Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, in Bern unterzeichnet worden. Diese Mitgliedstaaten waren durch ihre Verkehrsminister vertreten.

Das Abkommen hat die Gründung der Europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (Eurofima) zum Gegenstand. Die „Eurofima“ ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktionäre lediglich die Eisenbahnverwaltungen sind. Sie hat ihren Sitz in Basel. Die Gründung der Gesellschaft in Basel ist am 20. November 1956 erfolgt. Die Gesellschaft soll zunächst 50 Jahre bestehen. Im Falle Österreichs ist der Bund Aktionär der „Eurofima“, da die Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt.

Es ist der Zweck der Gesellschaft, den Eisenbahnverwaltungen, die Aktionäre der Gesellschaft sind, das für ihren Betrieb erforderliche rollende Eisenbahnmateriale einheitlicher Bauart oder einheitlicher Leistung zu den günstigsten Bedingungen zu beschaffen. Sie kann alle kommerziellen und finanziellen Transaktionen

vornehmen, die zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich sind. Die Gesellschaft beschafft ausschließlich standardisiertes Eisenbahnmateriale. Den Eisenbahnverwaltungen steht es jederzeit frei, rollendes Eisenbahnmateriale nach eigenem Ermessen und ohne Einschaltung der „Eurofima“ zu beschaffen.

Das Abkommen hat gesetzändernden Charakter und bedarf daher gemäß Artikel 50 Bundes-Verfassungsgesetz zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Nationalrates. Gesetzändernd sind unter bestimmten Voraussetzungen die Bestimmungen des Artikels 3 des Abkommens, ferner die Bestimmung des Artikels 2 des Abkommens, wonach gewisse Bestimmungen der Statuten nur mit Zustimmung der Vertragsstaaten abgeändert werden können, während alle anderen Statutenänderungen von der Gesellschaft selbst beschlossen werden können und dadurch für die Vertragsstaaten und damit auch für Österreich unmittelbar Wirksamkeit erlangen. Da somit Artikel 2 im Zusammenhang mit Artikel 1 des Abkommens eine vom Artikel 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes abweichende Regelung trifft, sind die genannten Bestimmungen des Abkommens verfassungsändernd. Das Abkommen und die Statuten, die einen Bestandteil desselben bilden, bedürfen daher der Genehmigung des Nationalrates unter sinnvoller Anwendung der Bestimmungen des Artikels 44 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

Das Abkommen, das durch Hinterlegung des französischen Ratifizierungsinstrumentes bei der Schweizer Bundesregierung und gemäß Artikel 15 am 6. April 1959 endgültig in Kraft getreten ist, wurde von allen Signatarstaaten mit Ausnahme von Österreich bereits ratifiziert. Zwei Staaten sind ihm inzwischen noch beigetreten.

Der Ausschuss für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 20. Oktober 1960 in Anwesenheit von Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, Herrn Dipl.-Ing. Waldbrunner, in Beratung gezogen und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Herren Abgeordneten Dr. Hetzenauer, Kindl, Stürgh und Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner beteiligten, einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft stellt den Antrag, der Nationalrat wolle dem Abkommen über die Gründung der „Eurofima“ samt Zusatzprotokoll, Unterzeichnungsprotokoll und Statuten die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

In formaler Hinsicht stelle ich weiters den Antrag, wenn Wortmeldungen vorliegen,

General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Olah**: Es liegen keine Wortmeldungen vor, daher erübrigt sich auch ein Schlußwort. Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich stelle die erforderliche Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Nationalrates fest.

Bei der Abstimmung wird dem Abkommen samt Zusatzprotokoll, Unterzeichnungsprotokoll und Statuten einstimmig die Genehmigung erteilt.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959 (279 der Beilagen)

Präsident **Olah**: Wir gelangen zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Populorum. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Populorum**: Hohes Haus! Der dem Hohen Haus vorliegende Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959 umfaßt wie bisher die Tätigkeit dieser Einrichtung hinsichtlich des Dienstnehmerschutzes in allen Verkehrsbetrieben, die der Aufsicht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft unterstehen. Dabei darf erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates im abgelaufenen Jahr noch wirksamer und erfolgreicher war, welche Feststellungen sich aus dem vorliegenden Bericht ergeben.

Die Zahl der vom Verkehrs-Arbeitsinspektorat zu überwachenden Betriebe ist von 9044 im Jahre 1958 auf 9301 gestiegen. Die Zahl der zu betreuenden Dienstnehmer ist von 151.806 im Jahre 1958 auf 151.215, also unwesentlich abgesunken. Die Anzahl der Inspektionen stieg jedoch im Berichtsjahr von 1324 auf 1670, demnach um 26 Prozent, wodurch um 8000 Dienstnehmer mehr durch die Inspektion erfaßt werden konnten. Durch die erweiterte Inspektionstätigkeit, die nicht zuletzt auf eine wenn auch geringfügige Vermehrung der Zahl der Dienstposten in der Verkehrs-Arbeitsinspektion zurückzuführen ist, konnten mehr Mängel festgestellt und über Veranlassung der Inspektion auch behoben werden.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug im Jahre 1959 11.223 gegenüber 12.017 im Jahre 1958, was eine Verminderung der Unfallsziffer um 6,6 Prozent bedeutet, wobei bedauerlicherweise 61 Unfälle tödlich verliefen. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Steigerung des gesamten Arbeitsaufkommens bei allen Dienstzweigen ist die Verminderung der festgestellten Unfälle als eine erfreuliche Auswirkung der Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates zu werten, das mit vielfach getroffenen Maßnahmen gegen die Unfallgefahren in allen Betrieben ankämpft.

Darüber hinaus erstreckte sich die Tätigkeit der Inspektion auf die Wahrnehmung aller Mängel, die die Gesundheit der Dienstnehmer bedrohen. Das Verkehrs-Arbeitsinspektorat war auch auf dem Gebiet der Betriebshygiene und vorbeugender Maßnahmen gegen Berufskrankheiten erfolgreich tätig. Nicht zuletzt gehört es zum Aufgabengebiet der Verkehrs-Arbeitsinspektion, auf Tagungen mit allen Institutionen zusammenzuarbeiten, die der Unfallverhütung dienen, und sich deren Erkenntnisse nach dem letzten Stand der Technik und der Wissenschaft zu eigen zu machen.

Man kann den Wert und die Bedeutung einer solchen Einrichtung, wie es die Verkehrs-Arbeitsinspektion ist, so richtig ermessen, wenn man einen größeren Zeitabschnitt ihres Wirkens umfaßt. Mit dem vorliegenden Bericht sind es nun zehn Jahre, daß die Verkehrs-Arbeitsinspektion im Rahmen aller Verkehrsbetriebe des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft ihre Tätigkeit ausübt, die als eine erfolgreiche sowohl für die einzelnen Unternehmungen wie auch für die Dienstnehmer zu betrachten ist, wofür man allen an dieser so wichtigen Aufgabe beteiligten Beamten und Fachleuten Dank und Anerkennung aussprechen darf.

Dieser Bericht über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959 wurde vom Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft in seiner Sitzung vom 20. Oktober in Verhandlung gezogen und nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Hetzenauer und Kindl sowie der Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. Waldbrunner beteiligten, einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich möchte das Hohe Haus noch auf eine dem Bericht beigelegte Schreibfehlerberichtigung aufmerksam machen, die ich zu beachten bitte.

Somit stelle ich namens des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht

1730

Nationalrat IX. GP. — 44. Sitzung — 9. November 1960

über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1959 zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte auch, gegebenenfalls General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Olah**: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir gelangen daher gleich zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministeriums unter Berücksichtigung der Berichtigungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident **Olah**: Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Im Einvernehmen mit den Parteien nehme ich die Zuweisung folgender heute eingelangter Anträge vor:

Antrag 103/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Pius Fink, Uhlir und Genossen, betreffend Verbesserung und Ergänzung der Beihilfen aus dem Familienlastenausgleichsfonds, dem Finanz- und Budgetausschuß;

Antrag 104/A der Abgeordneten Wilhelmine Moik, Grete Rehor und Genossen, betreffend eine Änderung des Mutterschutzgesetzes, und

Antrag 106/A der Abgeordneten Wilhelmine Moik, Grete Rehor und Genossen, betreffend Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

schließlich den Antrag 105/A der Abgeordneten Wilhelmine Moik, Grete Rehor und Genossen, betreffend Änderung des Landarbeitsgesetzes, dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich habe noch eine Mitteilung zu machen. Der Verfassungsausschuß tritt nicht erst eine halbe Stunde nach der Haussitzung, sondern unmittelbar nach Schluß der Sitzung zusammen. Ich bitte die Mitglieder dieses Ausschusses um Kenntnisnahme.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden. (*Abg. Dr. van Tongel: Zur Geschäftsordnung!*) Sie findet voraussichtlich am Montag, den 28. November, statt.

Abgeordneter Dr. van **Tongel**: Zur formellen Geschäftsbehandlung habe ich mich zum Wort gemeldet.

Präsident **Olah**: Zu welchem Punkt, Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Dr. van **Tongel**: Zu den Zuweisungen.

Präsident **Olah**: Ich habe ausdrücklich gefragt, ob eine Einwendung erhoben wird.

Abgeordneter Dr. van **Tongel**: Nein, es ist von den Freiheitlichen, von Dr. Gredler und Genossen heute ein Antrag eingebracht worden. Warum wurde dieser nicht zugewiesen? Er wurde heute bei Beginn der Sitzung überreicht.

Präsident **Olah**: Herr Abgeordneter! Ich kann eine Zuweisung von Anträgen, soweit sie Initiativanträge sind, in der gleichen Sitzung nur vornehmen, wenn ein Einvernehmen aller Parteien des Hauses da ist. Es ist für die vier vorgelegten Anträge kundgetan worden, daß dieses Einvernehmen da ist. Dieses gleiche Einvernehmen war nicht gegeben bei dem Antrag des Herrn Abgeordneten Gredler, der mir auch dem Inhalt nach nicht bekannt ist. Wäre aber dieses Einvernehmen dagewesen, hätte ich selbstverständlich auch diese Zuweisung vorgenommen. Ich kann in einem solchen Fall nicht anders als nur nach dem gemeinsamen Vorgehen aller Parteien dieses Hauses vorgehen. So bin ich vorgegangen, und ich bitte das Hohe Haus, das zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Dr. van **Tongel**: Ich danke sehr!

Präsident **Olah**: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 45 Minuten